

83. Geschäftsbericht 1990

83. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1990

Inhaltsverzeichnis

A.	Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick	
	1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung	5
	2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	7
	3. Zur Politik der Nationalbank	8
B.	Entwicklung der Weltwirtschaft	
	1. Konjunkturelle Entwicklung	12
	2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik	14
	3. Finanzmärkte	18
	4. Internationale Verschuldung und monetäre Zusammenarbeit	21
C.	Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz	
	1. Realwirtschaftlicher Bereich	25
	2. Monetärer Bereich	34
	3. Übrige Notenbankpolitik	47
D.	Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
	1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte	53
	2. Zahlungsverkehr	57
	3. Dienstleistungen für den Bund	59
	4. Geschäftsergebnis	62
E.	Bankbehörden und Personal	
	1. Mutationen in den Bankbehörden	70
	2. Mutationen in der Direktion	73
	3. Personal	73
F.	Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung	
	1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre	74
	2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre	75
G.	Anhang	77

A. Wirtschaftsentwicklung und Notenbankpolitik im Überblick

1. Internationale Wirtschafts- und Währungsentwicklung

Das Jahr 1990 stand im Zeichen markanter politischer Ereignisse. Der Zerfall der alten politischen Strukturen in Osteuropa brachte in mehreren Ländern demokratisch gewählte Regierungen an die Macht, die das zentralverwaltete Wirtschaftssystem durch ein marktwirtschaftliches ersetzen wollen. In Deutschland fand der Einigungsprozess mit der Eingliederung der fünf ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik seinen Abschluss. Diese Entwicklungen sind in Ost und West begrüßt worden. Einen Dämpfer erlitt die positive Grundstimmung durch die Krise am persischen Golf. Anfang August besetzte der Irak sein Nachbarland Kuwait. Darauf reagierte die Uno mit der Verhängung eines Embargos, und die Vereinigten Staaten sowie einige weitere Länder bauten mit Billigung der Uno eine starke militärische Streitmacht in der Region auf. Der Ausfall der irakischen und kuwaitischen Erdöllieferungen konnte zwar durch eine Erhöhung der Produktion in anderen Förderländern rasch kompensiert werden. Dennoch stiegen die Erdölpreise massiv an und widerspiegelten damit die Risiken eines Kriegs in der Golfregion für die Energieversorgung der Weltwirtschaft.

Golfkrise und deutsche Einigung als herausragende politische Ereignisse

Das Wirtschaftswachstum im OECD-Raum betrug im Jahre 1990 schätzungsweise 2,8%, im Vergleich zu 3,4% im Vorjahr. Es blieb bis ins Frühjahr ähnlich stark wie 1989 und schwächte sich erst in der zweiten Jahreshälfte ab. Die Abschwächung war hauptsächlich auf die restriktive Geldpolitik der Jahre 1988 und 1989 zurückzuführen. Damals hatten die Währungsbehörden ihre geldpolitischen Zügel gestrafft, um eine wachsende konjunkturelle Überhitzung zu bekämpfen. Die Golfkrise und die Entwicklung in Osteuropa wirkten sich im Jahre 1990 noch kaum auf das Wirtschaftswachstum aus.

Wachstumsverlangsamung im OECD-Raum

Die Konjunktorentwicklung der grossen Industrieländer begann im Jahre 1990 deutlich auseinanderzulaufen. In den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Kanada schwächte sich das Wirtschaftswachstum markant ab. Alle drei Länder wiesen nur noch bescheidene Wachstumsraten von 1 bis 1½% auf. Demgegenüber beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in Japan (6,1%) und Westdeutschland (4,6%). Die beeindruckende Entwicklung der westdeutschen Konjunktur trug dazu bei, dass sich die Wachstumseinbussen der meisten europäischen Länder in relativ engen Grenzen hielten.

Starke Wachstumsunterschiede

Als Folge des unterschiedlichen Wachstumstempos verringerten sich die Leistungsbilanzungleichgewichte der Vereinigten Staaten, Japans und Deutschlands. In die gleiche Richtung wirkte auch die Schwäche des Dollars, welche die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Produzenten stärkte. Diese Reduktion war ein Grund dafür, dass sich die grossen Industrieländer im Jahre 1990 nicht genötigt sahen, ihre Wirtschaftspolitik enger zu koordinieren.

Reduktion der externen Ungleichgewichte

Die Inflation, die bereits in der ersten Jahreshälfte leicht angestiegen war, erhielt durch den massiven Anstieg des Erdölpreises neuen Auftrieb. Im Zuge dieser Ent-

Namhafte Inflationsdifferenzen

wicklung nahmen die Inflationsdifferenzen zwischen den grossen Industrieländern etwas zu. Während es Japan, Westdeutschland und Frankreich gelang, die Teuerung in einem Bereich von 2½ bis 3½% zu halten, verzeichneten die Vereinigten Staaten, Italien und Grossbritannien Teuerungsraten von über 5%.

Schwäche des Dollars,
Erholung des Yens

Der amerikanische Dollar begann sich im Monat April deutlich abzuschwächen. Der Rückgang setzte sich auch nach Ausbruch der Golfkrise fort. Im Gegensatz dazu wertete sich der japanische Yen, der 1989 und im ersten Quartal 1990 sehr schwach notiert hatte, stark auf. Das britische Pfund, das im Oktober dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) unterstellt wurde, gewann bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls deutlich an Wert.

Rückgang der Aktien-
kurse, Fragilität des
Bankensystems

Die Aktienkurse bildeten sich seit Anfang Jahr deutlich zurück. Diese Entwicklung verstärkte sich nach dem Ausbruch der Golfkrise. In Japan, wo der Rückgang der Kurse besonders krass ausfiel, verringerte sich dadurch die Eigenmitteldeckung vieler Banken. Stärker im Vordergrund stand indessen die Fragilität des amerikanischen Bankensystems. Nach den Sparkassen litten verschiedene Kommerzbanken darunter, dass sich die Qualität ihrer Aktiven verschlechterte.

Anpassung der Geld-
politik

Die Konjunkturabflachung in den Vereinigten Staaten bewog die amerikanische Zentralbank im Sommer 1990, ihre restriktive Geldpolitik zu lockern. Demgegenüber erhöhte die Bank von Japan ihre Zinssätze deutlich, um einem möglichen Inflationsanstieg und der Yen-Schwäche zu begegnen. In den Ländern des EWS lagen die Zinssätze im allgemeinen über dem Vorjahresstand. Die Deutsche Bundesbank setzte ihre restriktive Geldpolitik fort. Die Möglichkeiten der anderen EWS-Länder, ihre Zinssätze zu reduzieren, waren entsprechend begrenzt.

Europäische
Wirtschafts- und
Währungsunion

Die Bestrebungen zum Aufbau einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurden im Jahre 1990 fortgesetzt. Die erste Etappe besteht hauptsächlich in der Abschaffung aller Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen und trat am 1. Juli in Kraft. Im Dezember beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft, die zweite Etappe, die im wesentlichen die Gründung einer europäischen Zentralbank vorsieht, Anfang 1994 einzuleiten.

Europäischer Wirt-
schaftsraum

Durch die rasche Verwirklichung der deutschen Einheit und das beschleunigte Tempo der europäischen Integration veränderte sich auch das integrationspolitische Umfeld für die Schweiz. Mitte Jahr begannen die Verhandlungen der EFTA-Länder mit der EG über die Gründung eines Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Ziel dieser Verhandlungen ist die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes, auf dem ähnliche Bedingungen herrschen sollen wie auf dem EG-Binnenmarkt. Die Ausnahmebegehren der EFTA-Länder und die Forderung der EG-Kommission, institutionelle Fragen auszuklammern, führten jedoch bald zu einer Verhärtung der Positionen. Im Dezember beschlossen die Minister der EG- und der EFTA-Länder, die Verhandlungen fortzusetzen, nachdem beide Seiten eine gewisse Flexibilität signalisiert hatten.

Anfang Juni reichte der Bundesrat ein Beitritts-gesuch der Schweiz beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank-Gruppe ein. Diesem Gesuch waren eingehende exploratorische Gespräche des Finanzdepartements und der Nationalbank mit massgebenden IWF-Mitglied-ländern vorausgegangen. Der IWF entschied bis zum Jahresende noch nicht darüber, welche Quote (Kapitalanteil) er der Schweiz einräumen will.

Beitritts-gesuch der Schweiz an den IWF und die Weltbank

2. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

Das Hauptmerkmal der Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz bildete die Beschleunigung der Teuerung. Dafür waren vor allem die konjunkturelle Überhitzung, die Überwälzung der Hypothekarzins-erhöhungen auf die Wohnungsmieten und der starke Anstieg der Erdölpreise verantwortlich. Nachdem die Teuerung – gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise – in der ersten Hälfte des Jahres noch bei 5% gelegen hatte, nahm sie bis Oktober deutlich zu, bevor sie sich in den letzten beiden Monaten des Jahres wieder verringerte. Im Jahresdurchschnitt stieg die Teuerung von 3,2% im Jahre 1989 auf 5,4% im Jahre 1990. Gegliedert nach Inland- und Auslandgütern kletterten die Preise um 5,8% bzw. 4,4%.

Hohe Inflation

Das schweizerische Wirtschaftswachstum belief sich im Jahre 1990 auf 2,6%. Es erreichte damit zwar nicht mehr den Vorjahreswert (3,5%), blieb aber stark. Die Hauptstützen des Wachstums bildeten die Warenexporte und die Ausrüstungs-investitionen. Das Wachstum der Bauinvestitionen schwächte sich im Laufe des Jahres deutlich ab, während der Konsum, der mit einem Anteil von mehr als 40% die Gesamtnachfrage dominiert, ähnlich wie im Vorjahr um 2% stieg.

Anhaltend starkes Wirtschaftswachstum

Die Zeichen einer konjunkturellen Verlangsamung zeigten sich im Laufe des Jahres nicht nur in der Baubranche. Auch verschiedene gesamtwirtschaftliche Indikatoren deuteten auf eine Abschwächung hin. So sank die Zahl der offenen Stellen im vierten Quartal unter diejenige der Arbeitslosen, und verschiedene Umfragen zeigten, dass die Unternehmer die konjunkturellen Aussichten am Jahresende pessimistischer beurteilten als zwölf Monate zuvor.

Verlangsamung in der zweiten Jahreshälfte

Die Ertragsbilanz schloss im Jahre 1990 mit einem Überschuss von 13,5 Mrd Franken ab. Die Zunahme um 1,3 Mrd Franken gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf die Reduktion des Defizits im Warenverkehr von 11,7 Mrd auf 9,2 Mrd Franken zurückzuführen. Die Wirkung des Anstiegs der Erdölpreise auf die Handelsbilanz wurde durch die Höherbewertung des Schweizer Frankens mehr als ausgeglichen.

Verbesserung der Ertragsbilanz

3. Zur Politik der Nationalbank

Die Preisniveaustabilität
als Ziel

Die Nationalbank verfolgt eine Geldpolitik, die auf die Stabilisierung des Preisniveaus in der mittleren Frist ausgerichtet ist. Dabei soll der Wirtschaft genügend Spielraum gelassen werden, um sich in einem Wachstumsrhythmus nahe der Vollbeschäftigung zu entwickeln. Die Nationalbank ist bestrebt, das Wachstum der Notenbankgeldmenge auf ein Ausmass zu begrenzen, das im Einklang mit ihren mittelfristigen Vorgaben steht. Gleichzeitig versucht sie, auf unerwartete Störungen angemessen zu reagieren. So trug die Nationalbank dem starken Rückgang der Nachfrage für Notenbankgeld in den Jahren 1988 und 1989, der durch die Revision der Liquiditätsvorschriften und die Einführung des elektronischen Interbank-Zahlungssystems SIC ausgelöst worden war, und der starken Abschwächung des Schweizer Frankens um die Jahreswende 1989/90 Rechnung.

Starke Konjunktur...

Die Teuerung nahm in der Schweiz im Jahre 1990 stärker zu, als Ende 1989 erwartet worden war. Die zusätzlichen Teuerungsimpulse gingen anfänglich vor allem vom Aussenhandel aus. Gegen Ende des Jahres 1989 beschleunigte sich der Rückgang des Frankenkurses, der bereits seit Mitte 1988 zur Schwäche geneigt hatte. Diese Entwicklung drohte, die Teuerung über einen Anstieg der Frankenpreise international gehandelter Güter und Dienstleistungen anzuheizen. Ausserdem stimulierte der Konjunkturaufschwung in Westeuropa die Auslandnachfrage nach schweizerischen Produkten; er trug damit zur Überhitzung der schweizerischen Konjunktur bei.

...und Golfkrise als
Gründe des unerwartet
starken Teuerungs-
anstiegs

Die Erhöhung der Erdölpreise, die auf die Invasion von Kuwait durch den Irak folgte, führte zu einer weiteren Beschleunigung der Teuerung. In der Schweiz reagieren die inländischen Preise für Benzin und Heizöl mit nur geringer zeitlicher Verzögerung auf die Schwankungen der Notierungen am Rotterdamer Erdölmarkt. Der Anstieg der Erdölpreise schlug deshalb in der Schweiz rascher und deutlicher auf den Konsumentenpreisindex durch als in den meisten anderen Industrieländern. Im Oktober 1990 kletterte die Jahresteuerung auf 6,4%. Dank des günstigen Basiseffekts und des Rückgangs der Erdölpreise verringerte sie sich im Dezember 1990 wieder auf 5,3%.

Straffung der Geldpoli-
tik, um den Franken zu
stärken

Die Nationalbank straffte ihre Geldpolitik um die Jahreswende 1989/90, um der Frankenschwäche Einhalt zu gebieten. Die Zinssätze am schweizerischen Geldmarkt stiegen darauf deutlich und verharrten bis zum Sommer über jenen in Deutschland. Ferner übertrafen sie während des ganzen Jahres jene in den Vereinigten Staaten. Als Folge der verschärften geldpolitischen Gangart wertete sich der Schweizer Franken sowohl gegenüber den europäischen Währungen als auch gegenüber dem Dollar auf. Besonders ausgeprägt war die Wiedererstarkung des Frankens im Mai, nachdem die deutsche Regierung die Modalitäten des Umtauschs von Ost-Mark in D-Mark angekündigt hatte. Der Wechselkurs des Schweizer Frankens kehrte wieder auf einen Stand von unter 0,85 Franken pro D-Mark zurück, was seit Anfang 1989 nicht mehr der Fall gewesen war.

Im Laufe des Jahres wurde mehr und mehr sichtbar, dass die schweizerische Konjunktur einen Wendepunkt überschritten hatte und sich eine Phase langsameren Wachstums abzeichnen begann. Diese Tendenz verstärkte sich nach dem Ausbruch der Golfkrise und dem Anstieg der Erdölpreise. Der Schweizer Franken wurde vermehrt als Zufluchtswährung verwendet und an den Devisenmärkten deutlich höher bewertet. Die Nationalbank nutzte den dadurch gewonnenen Spielraum, um ihren Restriktionskurs leicht zu mässigen. Auf dem schweizerischen Geldmarkt bildeten sich darauf die Zinssätze um rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt zurück. Eine vorübergehende Erhöhung der Liquiditätsversorgung reichte aus, um diesen Zinsrückgang herbeizuführen. Die Nationalbank änderte ihre restriktive Geldpolitik damit jedoch nicht grundlegend. Angesichts der anhaltend hohen Inflation und der leichten Abschwächung des Frankens in den Monaten November und Dezember sah sie keinen Anlass für einen solchen Schritt.

Leichte Lockerung des Restriktionsgrades im Herbst

Gegen das Jahresende stiegen die schweizerischen Geldmarktsätze als Folge einer markanten Erhöhung des deutschen Zinsniveaus wieder an. Die Kapitalmarktsätze, die sich nach dem starken Anstieg Anfang Jahr bis Juli zurückgebildet hatten, begannen nach dem Ausbruch der Krise im Mittleren Osten erneut in die Höhe zu klettern. Zahlreiche Banken sahen sich daher veranlasst, ihre Zinssätze auf alten und neuen Hypotheken hinaufzusetzen. Es handelte sich um die zweite Erhöhung im Berichtsjahr und um die vierte innert 18 Monaten. Die Anpassung der Hypothekarzinsen verstärkte kurzfristig den Preisauftrieb, weil die Mieten, die im Rahmen des schweizerischen Mieterschutzes mit den Hypothekarzinsen verknüpft sind, massiv angehoben wurden. Die Mieten lagen Ende 1990 um 9,5% über dem Vorjahresstand.

Erneuter Anstieg des Zinsniveaus und Anpassung der Hypothekarzinsen

Die politische Unruhe und die sozialen Probleme, die eine starke Erhöhung der Hypothekarzinsen in der Regel nach sich zieht, bewogen den Bundesrat, den Räten einen dringlichen Bundesbeschluss zur Unterstellung der Hypothekarzinsen unter die Preisüberwachung vorzuschlagen. Die Vorlage sah vor, dem Preisüberwacher die Befugnis zu geben, eine Erhöhung der Hypothekarzinsen aus konjunkturellen Gründen zu verhindern. Das Parlament entschied sich stattdessen für eine wettbewerbspolitisch motivierte Überwachung. Damit war die Gefahr, dass direkte staatliche Eingriffe in die Zinsbildung die Wirkungen der Geldpolitik schwächen könnten, gebannt.

Unterstellung der Hypothekarzinsen unter die Preisüberwachung

Schon im Frühjahr war klar, dass die um die Jahreswende 1989/90 vorgenommene erneute Straffung der Geldpolitik nicht in Einklang mit dem Geldmengenziel von 2% stand, das die Nationalbank für 1990 festgelegt hatte. Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge nahm nicht wie ursprünglich beabsichtigt zu, sondern bildete sich zurück. Nachdem die Nationalbank die Giro Guthaben von Anfang Januar bis Mitte Februar 1990 um ungefähr 150 Mio abgebaut hatte, schwankten diese bis zum Jahresende um 3 Mrd Franken. Der Notenumlauf ging als Folge des Zinsanstiegs – vor allem in der ersten Jahreshälfte – ebenfalls deutlich zurück. Der Rückgang der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge spie-

Geldmengenziel 1990 unterschritten

gelte somit hauptsächlich die Straffung der Geldpolitik wider. Die Auswirkungen der Revision der Liquiditätsvorschriften und der Einführung des Interbank-Zahlungssystems SIC, die die Nachfrage nach Notenbankgeld in den Jahren 1988 und 1989 stark beeinflusst hatten, erschwerten die schweizerische Geldpolitik hingegen nicht mehr wesentlich. Die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge nahm zwischen dem vierten Quartal 1989 und dem vierten Quartal 1990 um 2,6% ab, so dass das Ziel um 4,6 Prozentpunkte unterschritten wurde.

Geldpolitische Vorstellung für 1991

Angesichts des unsicheren internationalen Umfelds verzichtete die Nationalbank für 1991 auf ein Ziel für das Jahreswachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge. Sie benützt die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge aber weiterhin als Hauptindikator der schweizerischen Geldpolitik. Dieses Aggregat lässt als kurzfristiger Indikator zwar häufig zu wünschen übrig. Es erfüllt jedoch eine nützliche Funktion als vorlaufender Indikator, d.h. es gibt Aufschluss über die Entwicklung der Teuerung in zwei bis drei Jahren. Dies trifft zwar auch auf die Geldmenge M_1 zu. Diese ist jedoch noch zinsempfindlicher als die Notenbankgeldmenge, so dass die Festlegung von Jahreszielen für M_1 ebenfalls Schwierigkeiten bereiten würde. Die Geldmenge M_3 schwankt in der kurzen Frist normalerweise weniger stark als die eng definierten Aggregate. Die Qualität der Geldmenge M_3 als vorlaufender Indikator der Preisentwicklung ist aber nach den heutigen Erkenntnissen ungenügend. Aus diesen Gründen sieht die Nationalbank davon ab, die Notenbankgeldmenge durch eine neue Orientierungsgrösse zu ersetzen.

Reduktion des mittelfristig angestrebten Wachstums der Notenbankgeldmenge von 2% auf 1%

Die Notenbankgeldmenge wird vor allem die Rolle eines mittelfristigen geldpolitischen Indikators spielen. Die Nationalbank beabsichtigt, dieses Aggregat im Jahre 1991 in Richtung des mittelfristig angestrebten Wachstumspfad auszuweiten. Die Geschwindigkeit, mit der sie sich auf diesen Pfad zubewegen wird, dürfte vor allem von der Wechselkursentwicklung abhängen. Bisher ging die Nationalbank von der Annahme aus, ein auf jährlich 2% begrenztes Wachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge gewährleiste mittelfristig ein stabiles Preisniveau. Eine erneute Überprüfung führte zum Schluss, dass das mittelfristig angestrebte Geldmengenwachstum inskünftig eher bei 1% liegen sollte. Zwei Gründe sprechen für diese Anpassung. Zum einen scheinen die Neuerungen im Zahlungsverkehr das Trendwachstum der Nachfrage nach Banknoten und damit nach Notenbankgeld etwas reduziert zu haben. Zum andern hat sich das Gewicht des Notenumlaufs in der Notenbankgeldmenge – als Folge der Revision der Liquiditätsvorschriften und der Einführung des Interbank-Zahlungssystems SIC – erhöht. Die Zunahme der Giro Guthaben, die sich aus dem Potentialwachstum der schweizerischen Wirtschaft ergibt, ist erfahrungsgemäss prozentual stärker als jene des Notenumlaufs. Das erhöhte Gewicht des Notenumlaufs erforderte daher eine leichte Verringerung des mittelfristig angestrebten Geldmengenwachstums.

Abweichungen vom angestrebten Wachstumspfad möglich

Die Überlegungen zum mittelfristig angestrebten Wachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge bedeuten freilich nicht, dass die Nationalbank dieses

Aggregat Jahr für Jahr um 1% ausweiten wird. Vorübergehende Abweichungen vom mittelfristig angestrebten Wachstumspfad sind unter Umständen angebracht. So reagiert die Nachfrage nach Notenbankgeld deutlich auf Veränderungen der inländischen Zinssätze. Klettert die inländische Teuerung in die Höhe, ist der Zinsanstieg, der bei einem stetigen Wachstum der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge ausgelöst wird, nicht immer genügend ausgeprägt, um den Restriktionskurs der Nationalbank wirksam zu gestalten. Die Wirksamkeit der restriktiven Geldpolitik wird insbesondere dann beeinträchtigt, wenn eine Frankenschwäche oder ein starker Konjunkturaufschwung im Ausland den Preisauftrieb in der Schweiz verstärken. Unter solchen Umständen ist es sinnvoll, das mittelfristig angestrebte Wachstum vorübergehend zu unterschreiten und damit den Zinsanstieg zu verstärken. Umgekehrt kann es sich als notwendig erweisen, den mittelfristigen Wachstumspfad zu überschreiten, wenn die Zinssätze und die Teuerung wieder zurückgehen.

Die schweizerische Teuerung wird sich im Jahre 1991 als Folge der restriktiven Geldpolitik wieder mässigen. Sie wird jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen, da in der ersten Hälfte 1991 die Wohnungsmieten und zahlreiche administrierte Preise voraussichtlich erneut hinaufgesetzt werden. Bis Ende 1991 dürfte sich die Teuerung auf rund 4% vermindern. Das Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts dürfte sich ebenfalls deutlich abschwächen.

Rückgang der Teuerung
und Stagnation des
Bruttoinlandprodukts
im Jahre 1991 erwartet

B. Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Konjunkturelle Entwicklung

Uneinheitliches Wachstum in den Industrieländern

Die Konjunktur bot im Jahre 1990 ein uneinheitliches Bild. Während sich das Wachstum in Nordamerika und Grossbritannien deutlich abschwächte, setzte sich der Aufschwung in Japan und vor allem in Westdeutschland fort. Insgesamt mussten die OECD-Länder eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hinnehmen. Im zweiten Halbjahr verschlechterte sich das konjunkturelle Klima, wozu auch der Anstieg der Erdölpreise beitrug. Gemäss provisorischen Schätzungen der OECD stieg das reale Bruttosozialprodukt der OECD-Länder um durchschnittlich etwas weniger als 3%, gegenüber 3,4% im Vorjahr.

Schwache Binnennachfrage, aber erhöhte Ausfuhren in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttosozialprodukt um 0,9% (1989: 2,5%), wobei sich vor allem die Zunahme der Binnennachfrage zurückbildete. Der private Konsum und die Investitionstätigkeit nahmen als Folge der restriktiven Geldpolitik der Vorjahre und der Strukturprobleme im Immobilien- und Finanzsektor nur noch schwach zu. Die Bautätigkeit erlitt erneut einen deutlichen Rückgang, nachdem sie bereits im Vorjahr geschrumpft war. Dagegen blieben die Ausfuhren eine wichtige Konjunkturstütze.

Dynamische Entwicklung in Japan

In Japan verlief die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der steigenden Binnennachfrage sehr lebhaft. Die Investitionen der Unternehmen nahmen um rund 14% zu, gegenüber 18% im Jahre 1989. Der private Konsum wurde durch Lohnerhöhungen und die Zunahme der Beschäftigung gestützt. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs um rund 6% (1989: 4,9%).

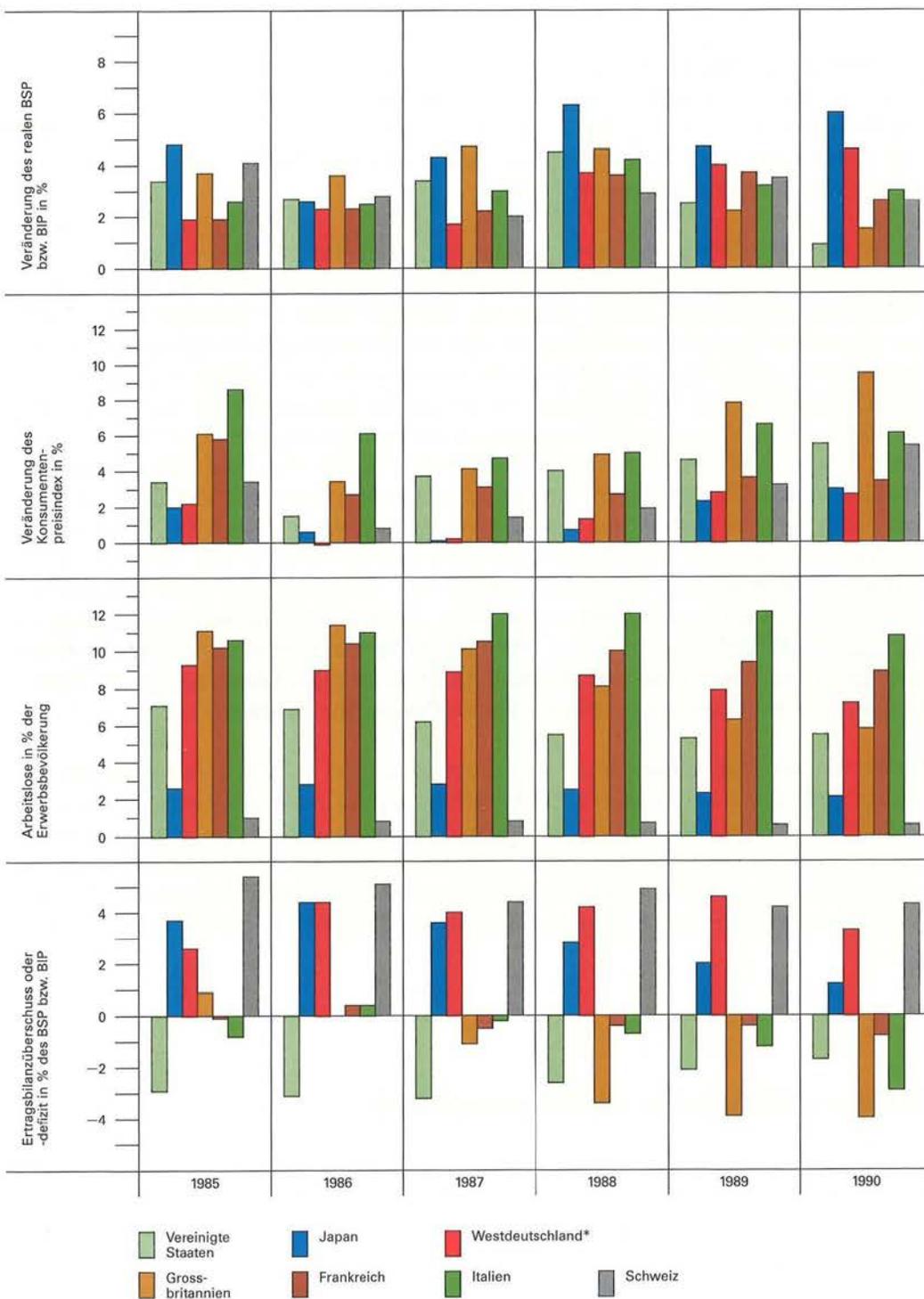
Abschwächung in Europa, trotz starker deutscher Konjunktur

In Europa schwächte sich das Wirtschaftswachstum ab. Grossbritannien geriet im zweiten Halbjahr in eine Rezession. Der Anstieg des britischen Bruttoinlandsprodukts belief sich für das ganze Jahr 1990 auf 1,0%, gegenüber 2,2% im Vorjahr. Auch in Frankreich und Italien verlor die Konjunktur an Schwung. Nur in Westdeutschland beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum weiter. Dazu trugen die Steuererleichterungen, die zu Beginn des Jahres in Kraft gesetzt worden waren, sowie die Nachfrage der zahlreichen Aus- und Übersiedler nach Konsumgütern und Wohnraum bei. Die Wirtschafts- und Währungsunion mit Ostdeutschland und die politische Einigung belebten die westdeutsche Wirtschaft ebenfalls. Das reale Bruttosozialprodukt Westdeutschlands wuchs um 4,6% (1989: 3,9%), während Ostdeutschland einen drastischen Rückgang von nahezu 20% hinnehmen musste.

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit betrug 1990 in den Industrieländern 6,0%. Damit lag sie zwar im Jahresdurchschnitt leicht unter dem Vorjahresniveau, doch war in der zweiten Jahreshälfte ein Wiederanstieg feststellbar. In den Vereinigten Staaten stieg die Arbeitslosenquote von 5,3% Ende 1989 auf 6,1% Ende 1990. In Japan verharrte sie mit durchschnittlich 2,1% weiterhin auf tiefem Niveau, obwohl die Zahl der offenen Stellen in den letzten Monaten des Jahres 1990 zurückging und damit eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt signalisierte. Westdeutschland, Grossbritan-

Wirtschaftsindikatoren ausgewählter Länder



* Ertragsbilanz ab Juli 1990 einschliesslich Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

nien, Frankreich und Italien verzeichneten einen leichten Rückgang ihrer Arbeitslosigkeit, während sich die Beschäftigungslage in Ostdeutschland in der zweiten Jahreshälfte deutlich verschlechterte.

Höhere Teuerung

Der Anstieg der Teuerung setzte sich im Jahre 1990 fort. Er beschleunigte sich vor allem im zweiten Halbjahr wegen der massiven Erhöhung der Erdölpreise. Im OECD-Durchschnitt betrug die Inflation, gemessen am Konsumentenpreisindex, 6,5% gegenüber 5,9% im Vorjahr. Besonders hoch war sie in Grossbritannien, wo sie vorübergehend auf knapp 11% stieg.

Verringerte Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen

Die Aktiv- und Passivsaldi der Leistungsbilanzen der wichtigen Industrieländer verringerten sich im Jahre 1990. Diese Entwicklung spiegelte den unterschiedlichen Konjunkturverlauf in den einzelnen Ländern wider. In den Vereinigten Staaten nahm das Handelsbilanzdefizit ab, und der Überschuss der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich. Insgesamt betrug der Passivsaldo der Leistungsbilanz 89 Mrd Dollar, verglichen mit 110 Mrd Dollar im Vorjahr. In Japan liess die kräftige Binnen nachfrage den Leistungsbilanzüberschuss weiter schrumpfen. Der entsprechende Saldo ging von 57 Mrd Dollar auf 36 Mrd Dollar zurück. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss, der im Vorjahr für Westdeutschland allein 104 Mrd D-Mark betragen hatte, ging im Jahre 1990 auf 72 Mrd D-Mark zurück. Ab Mitte 1990 wurden die Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland in die Berechnung der deutschen Leistungsbilanz eingeschlossen. Der Rückgang des Aktivsaldos widerspiegelte den kräftigen Anstieg der Importe, der durch die politische Einigung und das starke Wirtschaftswachstum Westdeutschlands ausgelöst wurde. In Frankreich und in Italien fiel das Leistungsbilanzdefizit deutlich höher aus als im Vorjahr, während Grossbritannien einen geringeren Passivsaldo auswies.

Weiterhin Stagflation in den Entwicklungsländern

Mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2,2% war die Lage der Entwicklungsländer auch im Jahre 1990 unbefriedigend. Im asiatischen Raum und in den erdölexportierenden Ländern lag der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts zwar über dem Durchschnitt, doch nahm es in den Ländern südlich der Sahara und in Lateinamerika nur geringfügig zu oder bildete sich sogar zurück. Ausserdem kletterte in verschiedenen Ländern Lateinamerikas die Inflation beträchtlich.

2. Geld-, Währungs- und Finanzpolitik

Unterschiedliche Geldpolitik der Industrieländer

Die Notenbanken der grossen Industrieländer verfolgten angesichts der verschiedenen weit fortgeschrittenen Konjunkturzyklen eine unterschiedliche Geldpolitik. Die amerikanische Notenbank lockerte ihre geldpolitischen Zügel wegen der konjunkturellen Abkühlung vorsichtig. Japan straffte die Geldpolitik dagegen deut-

lich, um die Inflationsgefahr zu begrenzen. Die Deutsche Bundesbank setzte ihre restriktive Geldpolitik fort, weil die konjunkturellen Überhitzungserscheinungen in Westdeutschland den Preisanstieg zu verstärken drohten. Auch Frankreich und Grossbritannien hielten an ihrer restriktiven Geldpolitik fest.

Monetäre Zielgrössen in ausgewählten Ländern

Land	Zielgrösse	Zielperiode	Ziel	effektives Wachstum
Vereinigte Staaten von Amerika	M ₂	4. Quartal 1989 bis	3 bis 7%	3,7%
	M ₃	4. Quartal 1990	3,5 bis 7,5%	1,4%
Japan	M ₂ + CD	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1990	9 bis 10% ¹	10,1%
Westdeutschland	M ₃	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1990	4 bis 6%	5,5%
Frankreich	M ₂	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1990	3,5 bis 5,5%	-0,7%
Grossbritannien	M ₀	April 1989 bis März 1990	1 bis 5% ²	6,0% ³
Italien	M ₂	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1990	6 bis 9%	9,7%
Schweiz	Saisonbereinigte Notenbank- geldmenge	4. Quartal 1989 bis 4. Quartal 1990	2% ⁴	-2,6% ⁴

¹ Projektion

² Veränderung gegenüber Vorjahresmonat

³ Dezember 1990 gegenüber Dezember 1989

⁴ Veränderung gegenüber Durchschnittswert des vierten Quartals 1989

Die amerikanische Zentralbank lockerte ihre Geldpolitik in mehreren kleinen Schritten. Sie nahm den Tagesgeldsatz (Federal Funds Rate), ihr wichtigstes geldpolitisches Instrument, im zweiten Halbjahr stufenweise von 8,25% auf 7% zurück. Im Dezember verringerte sie zusätzlich die Mindestreservesätze der Banken und senkte den Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 6,5%. Die Gründe für die Kursänderung lagen in der deutlichen Konjunkturabflachung, dem Budgetentscheid des Kongresses und in den Verknappungserscheinungen, die an den Märkten für inländische Bankkredite auftraten. Das Wachstum der Geldmenge M₂ bewegte sich zunächst am oberen Rand des Zielkorridors von 3 bis 7%, flachte sich in der zweiten Jahreshälfte jedoch ab. Die kurzfristigen Zinssätze lagen während des ganzen Jahres unter dem Niveau von 1989.

Vorsichtige Lockerung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten

Die Bank von Japan straffte im Jahre 1990 ihre Geldpolitik deutlich. Sie befürchtete, dass die bis zum Sommer anhaltende Schwäche des Yen sowie das hohe Wachstum der Geldmenge M₂+CD, das in der ersten Jahreshälfte weit über der Projektion von 9 bis 10% lag, die Inflation weiter anfachen werde. Die Zentralbank erhöhte daher den Diskontsatz im Laufe des Jahres mehrmals um insgesamt

Deutliche Straffung der Geldpolitik in Japan

1 $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 6%. Der Satz für dreimonatige Geldmarktpapiere (Gensaki) stieg von durchschnittlich 4,7% im Jahre 1989 auf 6,9% im Jahre 1990.

Restriktive Geldpolitik
in Deutschland

Die Deutsche Bundesbank verfolgte im Jahre 1990 weiterhin eine restriktive Geldpolitik. Die Geldmenge M_3 wuchs im ersten Halbjahr nur langsam und befand sich Mitte 1990 am unteren Rand des Zielkorridors von 4 bis 6%. In der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich das Geldmengenwachstum infolge der Wirtschafts- und Währungsunion deutlich. Anfang November unterstrich die Bundesbank ihren Willen zur Dämpfung der Inflation durch eine Erhöhung des Lombardzinssatzes um einen halben Prozentpunkt auf 8,5%.

Rückgang der französi-
schen Geldmenge

Die Banque de France reduzierte das Geldmengenziel für M_2 gegenüber dem Vorjahr um einen halben Prozentpunkt auf 3,5 bis 5,5%. Effektiv ging die Geldmenge allerdings zurück, was zum grossen Teil auf die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die damit einhergehenden vermehrten Anlagen auf dem Euromarkt zurückzuführen ist. Ausserdem fanden Umlagerungen in neue Anlageformen statt. Die Banque de France senkte aufgrund des schwachen Geldmengenwachstums und des starken Franc erstmals seit 1988 wieder ihre Interventionsätze um insgesamt $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt auf 9,25% (taux d'appel d'offres) und auf 10% (taux des prises en pension).

Restriktive Geldpolitik
in Grossbritannien und
Italien

Obschon sich das Wachstum der britischen Wirtschaft deutlich verlangsamte, hielt die Bank of England in den ersten drei Quartalen angesichts der hohen Inflation an ihrer restriktiven Geldpolitik fest. Der Basiszinssatz, d.h. der Satz, den die Banken erstklassigen Schuldner verrechnen, blieb in dieser Periode unverändert bei 15%. Im Oktober wurde der Beitritt Grossbritanniens zum Wechselkursmechanismus des EWS zum Anlass genommen, den Basiszinssatz von 15 auf 14% zu senken. Die Banca d'Italia verfolgte eine etwas weniger restriktive Geldpolitik als im Vorjahr. Im Mai 1990 nahm sie den offiziellen Diskontsatz um einen Prozentpunkt auf 12,5% zurück. Das Wachstum der Geldmenge M_2 war zwar kleiner als im Jahre 1989, lag aber über dem Zielkorridor von 6 bis 9%.

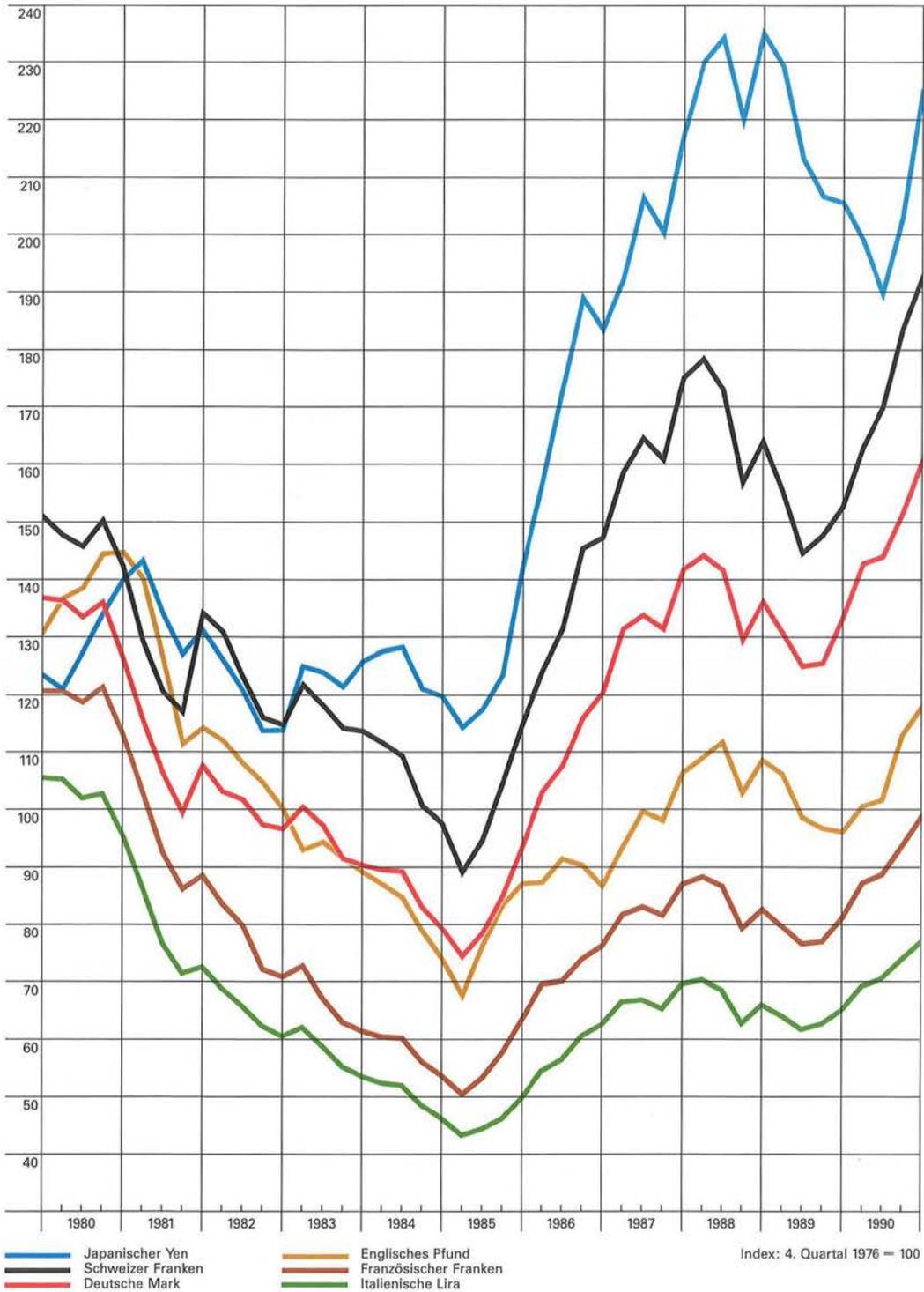
Sinkender Dollar- und
Yenwechsellkurs

Im Jahre 1990 sank der Dollar gegenüber dem Franken um 17%. Auch im Vergleich zu den EWS-Währungen büsste der Dollar deutlich an Wert ein. In der zweiten Jahreshälfte erreichte er gegenüber der D-Mark ein historisches Tief. Nach einer vorübergehenden Aufwertung im ersten Quartal verlor die amerikanische Währung schliesslich auch gegenüber dem japanischen Yen stark an Boden. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich durch die Lockerung der amerikanischen Geldpolitik verursacht. Der Yen neigte gegenüber den wichtigen europäischen Währungen zur Schwäche.

Ausbau des Euro-
päischen Währungs-
systems

Innerhalb des EWS wurde der Leitkurs der italienischen Lira im Januar um 3,7% gesenkt. Gleichzeitig wurde die Lira für die anderen Währungen gültigen Bandbreite von +/- 2,25% vom Paritätswert unterstellt. Im Juni beschloss die belgische Regierung, den belgischen Franken enger an die D-Mark zu knüpfen. Im

Der Kursverlauf wichtiger Währungen in Dollar



Oktober trat Grossbritannien mit einer weiten Bandbreite von $\pm 6\%$ dem Wechselkursmechanismus des EWS bei. Mit Ausnahme Griechenlands und Portugals sind jetzt alle EG-Länder am Wechselkursmechanismus beteiligt.

Wachsende Staats-
haushaltsdefizite...

Das Haushaltsdefizit der sieben grössten Industrieländer stieg von 1,0% des Bruttozialprodukts im Jahre 1989 auf 1,5% im Jahre 1990. Dieser Anstieg war vor allem auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und Deutschland zurückzuführen. Von den übrigen grossen Industrieländern verzeichneten Japan, Frankreich und Italien eine Verbesserung ihres Staatshaushalts, während Grossbritannien zwar erneut einen Überschuss aufwies, der aber kleiner ausfiel als im Vorjahr.

...namentlich in den
Vereinigten Staaten...

Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten betrug im Fiskaljahr 1990, das im September endete, 228 Mrd Dollar und übertraf den Vorjahreswert um 65 Mrd Dollar. Für das Fiskaljahr 1991 wird mit einem noch höheren Fehlbetrag von rund 300 Mrd Dollar gerechnet. Diese Entwicklung ist einerseits den sprunghaft angestiegenen Kosten der Sparkassen-Sanierung und andererseits dem unerwartet schwachen Wirtschaftswachstum zuzuschreiben. Ein vom Kongress Ende Oktober verabschiedetes Budgetpaket für den Zeitraum 1991 bis 1995 sieht Massnahmen zur Defizitreduktion im Gesamtbetrag von fast 500 Mrd Dollar vor. Die Konsolidierung soll zu einem Drittel über höhere Steuern und zu zwei Dritteln über Ausgabenkürzungen erreicht werden.

... und in Deutschland

Das Haushaltsdefizit Deutschlands, das für 1990 ursprünglich auf knapp 27 Mrd D-Mark geschätzt worden war, kletterte als Folge des Einigungsprozesses auf rund 50 Mrd D-Mark. Ein Grossteil der Mehrausgaben floss in Form von Transferzahlungen in die fünf neuen Bundesländer. Die Kosten des Zusammenschlusses sowie die Höhe der finanziellen Beteiligung des Staates sind noch nicht absehbar.

3. Finanzmärkte

Uneinheitliche Zins-
entwicklung am
Kapitalmarkt

Die Entwicklung der Kapitalmarktzinssätze wurde 1990 vor allem durch die Konjunkturlage und die Inflationserwartungen geprägt. In den Vereinigten Staaten und Grossbritannien, wo die rezessiven Tendenzen am stärksten waren, bildeten sich die Zinssätze im Laufe des Jahres zurück. Gleichzeitig stiegen sie in Deutschland und Japan, während sie in Frankreich weitgehend unverändert blieben. Im Jahresdurchschnitt lagen die Kapitalmarktzinssätze indessen in allen diesen Ländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten höher als im Vorjahr.

Kursrückgänge an den
Aktienmärkten

Die meisten Aktienindizes bildeten sich im Verlaufe des Jahres 1990 erheblich zurück. Besonders dramatisch war der Rückgang am japanischen Aktienmarkt, wo die Kurse von Januar bis Dezember um 40% fielen. Die Indizes in New York,

London, Frankfurt und Zürich erreichten im Sommer zunächst Jahreshöchstwerte, ehe die Ereignisse am Golf einen Kurszerfall auslösten.

Das Emissionsvolumen an den internationalen Finanzmärkten (Euromärkte) betrug im Jahre 1990 nur noch 425 Mrd Dollar. Der Rückgang um 40 Mrd Dollar gegenüber dem Vorjahr betraf syndizierte Kredite und verbriefte Wertpapiere, d.h. Obligationen, Notes und Wandelanleihen. Am Primärmarkt entfielen vom Gesamtumsatz 54% auf Obligationen mit festem Zinssatz, 28% auf syndizierte Kredite, 10% auf Notes mit variabler Verzinsung und 8% auf Papiere mit Eigenkapitalbezug. Auffällig ist die vermehrte Ausgabe variabel verzinslicher Notes und der deutliche Rückgang eigenkapitalbezogener Instrumente. Als Folge des Kurszerfalls an der Tokioter Börse sank der Wert der emittierten Wandel- und Optionsanleihen um 33% bzw. um 69%.

Geringeres Emissionsvolumen an den internationalen Finanzmärkten

Der Anteil der auf Dollar lautenden Emissionen am gesamten Primärmarkt volumen sank 1990 um 19 Prozentpunkte auf 33%, während Yen- und ECU-Emissionen Marktanteile gewannen. Zudem wurde der Rückgang bei den traditionell auf Dollar lautenden Transaktionen mit Eigenkapitalbezug nur zum Teil durch die Ausgabe anderer Anleiheformen kompensiert.

Rückgang der Dollar-Emissionen

Die privaten und staatlichen Schuldner der OECD-Länder beanspruchten wiederum den Grossteil der von den Euromärkten bereitgestellten Mittel. Während die osteuropäischen Länder ihre Neuverschuldung auf 4,6 Mrd Dollar verringerten, steigerten die Entwicklungsländer ihre Mittelaufnahme auf 23,1 Mrd Dollar.

OECD-Länder grösste Schuldner

Das ausserordentliche Wachstum des Swapmarktes, das in den letzten Jahren zu beobachten war, schwächte sich im Jahre 1990 ab. Zins- und Währungsswaps blieben mit zugrundeliegenden Kapitalien von rund 1500 bzw. 500 Mrd Dollar indessen die wichtigsten derivativen Finanzinstrumente. Verschiedene Gründe sind für die starke Stellung des Swapmarktes verantwortlich. Swaps erlauben die Steuerung von Zins- und Wechselkursrisiken, womit zwei der bedeutendsten Risiken vermieden werden können. Die Anpassung von Portfolios an veränderte Zins- oder Wechselkurspräferenzen lässt sich kostengünstiger mit Swaps als mit der Umstrukturierung ganzer Obligationen- oder Kreditportefeuilles vornehmen. Zudem können mit Swaps Arbitragemöglichkeiten segmentierter und unvollkommener Kapitalmärkte ausgenutzt werden. Zu einer Verunsicherung am Swapmarkt führte ein richterlicher Entscheid, mit dem Swap-Transaktionen britischer Gemeinden für ungültig erklärt wurden. Den rund achtzig davon betroffenen Banken könnten daraus erhebliche Verluste erwachsen.

Abgeschwächtes Wachstum am Swapmarkt

Sinkende Kurse und geringere Handelsvolumina auf den Wertpapiermärkten sowie Probleme beim traditionellen Kreditgeschäft beschleunigten weltweit den Strukturwandel im Finanzsektor. Besonders in den Vereinigten Staaten litten viele Banken unter einer Verschlechterung der Ertragslage. Die Konkurse kleinerer Institute häuften sich. Grosse Kommerzbanken kündigten Umstrukturierungs-

Beschleunigter Strukturwandel im Finanzsektor

massnahmen und die Reduktion des Personalbestandes an. Die grössere Renditedifferenz zwischen Geldmarktpapieren der Banken und des Schatzamtes sowie die tiefere Einstufung vieler Banken durch die Rating-Agenturen widerspiegeln die sinkende Bonität der amerikanischen Finanzinstitute.

Reform des Sparkassensektors in den Vereinigten Staaten

Mit der im August 1989 erlassenen «Financial Institutions Reform, Recovery and Enforcement Act» wurde ein institutioneller Rahmen für die Lösung der Probleme des amerikanischen Sparkassensektors geschaffen. Die Resolution Trust Corporation wurde mit der Liquidierung zahlungsunfähiger Institute betraut. Die beträchtlichen Sanierungskosten sind wegen der sinkenden Preise auf den Immobilien- und Junk-Bond-Märkten noch nicht absehbar.

Erschütterungen auch bei den Investment-Banken

Die auf hochrentierende Unternehmensobligationen (Junk-Bonds) spezialisierte Investmentbank Drexel Burnham Lambert musste wegen dem Niedergang des Marktes für diese Papiere den Konkurs anmelden. Andere Wertpapierhäuser versuchten, ihre Ertragseinbussen mit dem Abbau von Überkapazitäten aufzufangen.

Aufweichung des amerikanischen Regulierungsnetzes

In den Vereinigten Staaten verstärkten sich in den letzten Jahren die Bestrebungen, legislative Hemmnisse für das Bankensystem abzubauen. Die Trennung in Kommerz- und Investmentbanken (Glass Steagall Act), welche das Entstehen von Universalbanken verhindert, sowie die Beschränkung der Geschäftstätigkeit von Banken auf jeweils einen Bundesstaat (McFadden Act) werden zunehmend als unzeitgemäss erachtet. Ausdruck dieses Wandels ist die Bewilligung für die CS Holding, als erstes ausländisch beherrschtes Finanz- und Kreditinstitut die Aktienmehrheit an einer amerikanischen Investmentbank – der First Boston Corporation – zu erwerben.

Knappe Eigenkapitalquoten bei japanischen Banken

Die Eigenkapitalquoten japanischer Banken sind nach dem Kursrückgang an der Tokioter Börse zum Teil unter die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht empfohlene Marke von 8% der risikogewichteten Aktiven gefallen. Um eine Kreditverknappung zu vermeiden, hat das Finanzministerium jedoch darauf verzichtet, die Banken zur frühzeitigen Erfüllung der in Japan ab 1993 geltenden Eigenmittelvorschriften anzuhalten.

Trend zu Finanzkonglomeraten in Europa

In Europa hielt der Trend zu Finanzkonglomeraten an. In Belgien, Holland und Schweden fusionierten jeweils eine grosse Bank und ein führendes Versicherungsunternehmen. Auch andere Formen der gemeinsamen Vermarktung von Versicherungs- und Bankdienstleistungen erfreuten sich wachsender Beliebtheit. So gründeten die CS Holding, der Crédit Agricole und die Deutsche Bank Tochtergesellschaften, die Lebensversicherungen anbieten. Daneben kam es zu grenzüberschreitenden Joint Ventures und Marketing-Vereinbarungen zwischen Versicherungen und Banken in Europa. Auch in den Vereinigten Staaten erhielt erstmals eine Kommerzbank die Erlaubnis, Versicherungspolice zu verkaufen. Der Entscheid wurde allerdings gerichtlich angefochten.

4. Internationale Verschuldung und monetäre Zusammenarbeit

Das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer ging auf 5 Mrd Dollar zurück (1989: 16 Mrd Dollar). Die Erdölexportierenden Länder erzielten Überschüsse von insgesamt 12 Mrd Dollar, während der Fehlbetrag der übrigen Entwicklungsländer 17 Mrd Dollar erreichte. Das Verhältnis der Schulden zu den Ausfuhren der Entwicklungsländer nahm gegenüber dem Vorjahr von 130% auf insgesamt 124% ab. In Lateinamerika betrug die Schuldenquote gleichwohl noch 255%.

Geringfügige Fortschritte bei der Schuldentlastung

Mexiko unterzeichnete Anfang 1990 im Rahmen des Brady-Planes ein Umschuldungsabkommen mit den Gläubigerbanken, das bereits im Vorjahr ausgehandelt worden war. Von den drei angebotenen Möglichkeiten der Schuldentlastung fanden die Reduktion des Nominalwerts oder des Zinssatzes bei den Banken ungefähr in gleichem Masse Anklang, während Neugeld nur in sehr geringer Höhe gewährt wurde. Mexiko sicherte einen Teil der reduzierten Verpflichtungen finanziell ab, unter anderem durch den Erwerb von Zerobonds des amerikanischen Schatzamtes. Dafür konnten in begrenztem Umfang Kredite des IWF und der Weltbank verwendet werden. Venezuela handelte im Frühjahr 1990 ein ähnliches Umschuldungsabkommen aus, das als zusätzliche Möglichkeiten eine neue Variante der Zinssatzreduktion und die Umwandlung von Altschulden in kurzfristige Notes vorsieht. Bisher entschieden sich die Banken jedoch nur in geringem Umfang für diese beiden Angebote.

Umschuldungsabkommen mit Mexiko und Venezuela

Im Herbst nahm Brasilien mit den Gläubigerbanken Umschuldungsverhandlungen auf. Die Weigerung der brasilianischen Regierung, zu einer Lösung des Problems der Zinsrückstände in Höhe von 7,1 Mrd Dollar Hand zu bieten, hatte lange Zeit das Gespräch verhindert. Angesichts der Rückstände gewährte auch der IWF keine Kredite mehr.

Verhandlungen der Banken mit Brasilien

In der Schweiz beschloss die Eidgenössische Bankenkommission, den Wertberichtigungssatz für Finanzkredite an Problemländer auf Ende 1991 von 50% auf mindestens 65% anzuheben. Gleichzeitig wird auf diesen Zeitpunkt die Wertberichtigungspflicht für kurzfristige Handelskredite von bisher 10% abgeschafft. Gewisse Forderungen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken wurden bereits Ende 1990 von dieser Pflicht befreit.

Höherer Wertberichtigungssatz auf Finanzkrediten Ende 1991

In Osteuropa wurden bei der Einführung der Demokratie raschere Fortschritte erzielt als beim Übergang von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft. In mehreren osteuropäischen Ländern ging der Lebensstandard zurück. So sank gemäss Schätzungen des IWF und der OECD das Nationalprodukt (Netto-Materialprodukt) in der Sowjetunion um 1,5% und in Polen um 15%. Die Leistungsbilanz der osteuropäischen Länder wies insgesamt einen Fehlbetrag von 8,5 Mrd Dollar aus, wobei jedoch zwischen den einzelnen Staaten erhebliche Unterschiede bestehen. Die Gesamtverschuldung Osteuropas betrug 138 Mrd Dollar (1989 inkl.

Schwierige Lage ...

frühere DDR: 148 Mrd Dollar). Die Verteuerung des Erdöls in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 erschwerte die wirtschaftliche Lage zusätzlich.

... und strukturelle Reformansätze in Osteuropa

In den Ländern Osteuropas erreichten die Strukturreformen einen unterschiedlichen Stand. Ziel ist die Erneuerung des Preissystems, die Privatisierung von Unternehmen, der Aufbau von Finanzmärkten sowie die Liberalisierung des Außenhandels und der Wechselkurse. Die Industrieländer gewährten auf bilateraler Ebene Hilfe. Die Schweiz stellte einen Rahmenkredit von 250 Mio Schweizer Franken bereit. Ausserdem beteiligte sie sich mit einem Kredit von 30 Mio Dollar an der Finanzierung eines Stabilisierungsfonds von rund 1 Mrd Dollar zugunsten Polens, auf den bisher allerdings nicht zurückgegriffen werden musste. Auf multilateraler Ebene wurde die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) mit Sitz in London und einem Grundkapital von 10 Mrd Ecu geschaffen. Ihr Zweck sind die Gewährung von Darlehen zur Finanzierung staatlicher Infrastrukturvorhaben, die Vergabe von Krediten und Garantien sowie Beteiligungen an den Privatsektor. Der Anteil der Schweiz am Grundkapital der EBRD beträgt 2,3%.

Massnahmen gegen die Auswirkungen der Golfkrise

Im November beschloss der IWF, den von der Golfkrise besonders betroffenen Ländern im Rahmen der bestehenden Kreditfazilitäten zusätzliche Finanzhilfe zu gewähren. Falls erforderlich, sollen die Kreditmechanismen entsprechend angepasst werden. Insbesondere soll die Fazilität zur Kompensierung von Exporterlösausfällen und unerwarteten externen Störungen vorübergehend zur Finanzierung erhöhter Kosten bei den Erdöleinfuhren verwendet werden können. Ferner wurde eine Koordinationsgruppe gebildet und mit der Aufgabe betraut, den von der Golfkrise betroffenen Ländern finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. An dieser Aufgabe beteiligt sich die Mehrheit der OECD-Länder, darunter auch die Schweiz.

Wirtschaftssanktionen im Zusammenhang mit der Golf-Krise

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 6. August 1990 eine Resolution über Wirtschaftssanktionen gegen Irak und das von Irak besetzte Kuwait. Erstmals erliess der Bundesrat in Anlehnung an völkerrechtlich nur für die UNO-Mitglieder verbindliche Massnahmen zwei Verordnungen, um die Umgehung der weltweit einhellig beschlossenen Sanktionen über die Schweiz zu vermeiden. Die «Verordnung über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber der Republik Irak und dem Staate Kuwait» vom 7. August 1990 (Boykottverordnung) ordnete ein generelles Handelsverbot gegenüber Irak und Kuwait an. Untersagt sind auch Zahlungen und Darlehen im Zusammenhang mit den verbotenen Handelsgeschäften sowie sämtliche übrigen Finanztransaktionen mit juristischen oder natürlichen Personen und öffentlichen Institutionen in Irak und Kuwait. Die «Verordnung über den Schutz von Vermögenswerten des Staates Kuwait in der Schweiz» vom 10. August 1990 (Schutzverordnung) ordnete eine Verfügungssperre für Vermögenswerte des Staates Kuwait an. Diese gilt solange, als nicht klar ist, wer über diese Vermögenswerte verfügen darf. Beide Verordnungen sehen vor, dass der Bund unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmegewilligungen erteilen kann.

Der Gouverneursrat des IWF einigte sich am 28. Juni 1990 nach mehrjähriger Diskussion grundsätzlich auf eine Erhöhung des Grundkapitals um 50% und auf eine damit zusammenhängende dritte Änderung der Statuten. Letztere sieht vor, dass Mitgliedern, die ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem IWF nicht nachkommen, gewisse Rechte, insbesondere das Stimmrecht, abgesprochen werden können. Die neuen Bestimmungen sollen, die einzelstaatlichen Zustimmungen vorausgesetzt, vor Ende 1991 in Kraft treten.

Neunte Quoten-
erhöhung beim IWF

Im Juni 1990 reichte die Schweiz ein Gesuch um Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods, dem IWF und der Weltbank-Gruppe, ein. Diesem Schritt waren exploratorische Gespräche mit der Zehnergruppe sowie weiteren massgebenden Ländern vorausgegangen. Zur Bestimmung des Kapitalanteils am IWF (Quote), welcher neben den finanziellen Verpflichtungen auch die Mitbestimmungsrechte festlegt, setzte der IWF einen Mitgliedschaftsausschuss ein. Aus der Quote im IWF leitet sich in einem zweiten Schritt der Kapitalanteil bei der Weltbank ab. Obwohl alle Länder das Beitrittsgesuch der Schweiz grundsätzlich begrüßten, war es bis Ende 1990 nicht möglich, eine Einigung über die Quotenhöhe zu erzielen. Für die Schweiz ist ein Beitritt nur sinnvoll, wenn er zu einer Verbesserung ihrer Position im IWF beiträgt. Der Kapitalanteil am IWF müsste durch eine Umschichtung der Währungsreserven der Nationalbank finanziert werden, während der Anteil bei der Weltbank vom Bund übernommen würde.

Beitrittsgesuch der
Schweiz zu den Institu-
tionen von Bretton
Woods

Am 1. Juli 1990 trat die erste Phase der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Ziel des ersten Schrittes ist es, die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung und die Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik im bestehenden institutionellen Rahmen zu verstärken. Der Rat der EG wurde mit der Aufgabe betraut, die Wirtschaftspolitik der Teilnehmerländer mindestens zweimal pro Jahr zu überprüfen. Ferner wurden die Kompetenzen des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten der EG erweitert und der Ausschuss ermächtigt, die Ergebnisse seiner geldpolitischen Beratungen zu veröffentlichen.

Inkrafttreten der ersten
Phase der europäischen
Wirtschafts- und Wäh-
rungsunion

Ende Oktober 1990 setzten die Staats- und Regierungschefs der EG den Beginn der zweiten Phase der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf den 1. Januar 1994 fest. Voraussetzung ist allerdings die Vollendung des Binnenmarktes und die Anpassung des Gründungsvertrags der EG. Das Hauptziel der zweiten Stufe ist die Schaffung einer Währungsinstitution, die schrittweise zu einer Europäischen Zentralbank ausgebaut werden soll. Der Ausschuss der Zentralbankpräsidenten der EG legte Ende November einen Entwurf der Statuten des Europäischen Zentralbankensystems und der Europäischen Zentralbank vor. In Artikel 2 dieser Statuten wird die Gewährleistung von Preisniveaustabilität explizit als Hauptanliegen bezeichnet. Ferner enthält der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen, welche die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sichern sollen. Mitte Dezember 1990 wurde eine Regierungskonferenz in Rom eröffnet, welche die Revision des Gründungsvertrags im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion zum Ziel hatte.

Beschlüsse über die
zweite Phase der
Wirtschafts- und
Währungsunion

Vor allem Grossbritannien zeigte sich im Jahre 1990 zurückhaltend gegenüber den EG-Plänen zur Wirtschafts- und Währungsunion. Im Juni präsentierte die Regierung einen Alternativplan, in dem die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds und eines harten Ecu angeregt wird. Letzterer zeichnet sich dadurch aus, dass er gegenüber den EG-Währungen nicht abgewertet werden dürfte, was ihm eine besondere Attraktivität verliehe. Die britische Regierung hat Anfang 1991 einen Vertragsentwurf für die Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt, welcher das Konzept präzisiert.

C. Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz

1. Realwirtschaftlicher Bereich

Bruttoinlandprodukt und industrielle Produktion

Das starke Wirtschaftswachstum setzte sich in der Schweiz im Jahre 1990 fort. Das reale Bruttoinlandprodukt lag um 2,6% über dem Vorjahreswert und nahm somit schwächer als im Vorjahr zu. Die Inlandnachfrage blieb aber rege. Der private Konsum, insbesondere die Ausgaben für Dienstleistungen, erhöhte sich kräftig, wenn auch nicht im gleichen Ausmass wie das Bruttoinlandprodukt. Die Ausstattungsinvestitionen leisteten einen wichtigen Beitrag zum Wachstum; sie nahmen jedoch weniger stark zu als im Vorjahr. Die Bautätigkeit, die im Jahre 1989 eine Wachstumstütze gebildet hatte und auch zu Beginn des Jahres noch äusserst rege war, schwächte sich angesichts der hohen Zinsen und der Bauteuerung gegen Ende Jahr deutlich ab. Die Importe von Gütern und Dienstleistungen stiegen nicht mehr im selben Ausmass wie im Vorjahr. Die Wachstumsrate der Exportnachfrage fiel bereits in den ersten drei Quartalen tiefer aus als in der entsprechenden Vorjahresperiode und war im letzten Quartal sogar leicht negativ. Die Güterausfuhren nahmen gegenüber der Vorjahresperiode deutlich langsamer zu, während die Dienstleistungsausfuhren unter den Vorjahreswert sanken.

Hohes reales Wachstum

Die Gesamtnachfrage, die sich gegen Ende Jahr abschwächte, widerspiegelt sich in der Kapazitätsauslastung. Die Industrie produzierte bis zum Sommer an der Kapazitätsgrenze. In der zweiten Jahreshälfte ging der Auslastungsgrad leicht zurück. Ähnlich verlief die Entwicklung beim Bestellungseingang und Auftragsbe-

Starke Kapazitätsauslastung

Reales Bruttoinlandprodukt



stand, die bis Ende Jahr unter das Vorjahresniveau fielen. Die Produktion wurde noch um knapp 3% ausgedehnt. Im Bankensektor häuften sich die Anzeichen eines gedämpfteren Geschäftsgangs, während die Versicherungsgesellschaften wie bereits im Vorjahr einen guten Geschäftsverlauf meldeten.

Privater Konsum

Der private Konsum erhöhte sich im Jahre 1990 gegenüber dem Vorjahr real um 2,0%. Die Wachstumsrate fiel trotz des schwächeren Güterkonsums beinahe so hoch aus wie 1989 (2,1%). Die realen Umsätze dauerhafter Konsumgüter wuchsen weniger stark als im Vorjahr. Während die Nachfrage nach Nahrungsmitteln überdurchschnittlich kräftig stieg, liess der Absatz von Bekleidungsartikeln und Textilwaren nach. Der Dienstleistungskonsum expandierte wiederum stark. Im schweizerischen Tourismus lag die Zahl der Logiernächte der inländischen Gäste nur knapp unter dem ausserordentlich guten Ergebnis des Vorjahres.

Investitionen

Die Anlageinvestitionen nahmen im Jahre 1990 mit 2,6% real weniger stark zu als im Vorjahr (1989: 6,0%). Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten um 4,3% und wuchsen damit etwas weniger stark als im Vorjahr. Der Auftragsbestand und der Bestellungseingang schwächten sich gegen Ende Jahr deutlich ab. Nach Jahren hoher Zuwachsraten deutet diese Entwicklung auf eine Verlangsamung des Geschäftsganges hin. Die Bauinvestitionen, die rund zwei Drittel der Anlageinvestitionen ausmachen, wuchsen um 1,6% und blieben damit deutlich unter dem Wachstum von 1989 (6,7%). Das hohe Zinsniveau, die starke Bauteuerung und die dringlichen Bundesbeschlüsse begannen die Bautätigkeit zu hemmen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich das Wachstum sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau deutlich. Davon war hauptsächlich der Wohnungsbau betroffen, der das Vorjahresniveau nicht mehr erreichte.

Aussenhandel

Die konjunkturelle Abschwächung im Ausland, die im Laufe des Jahres einsetzte, beeinflusste die schweizerischen Ausfuhren. Die Bestellungseingänge begannen sich schon im Sommer zurückzubilden, doch schlug sich diese Entwicklung erst in den Ausfuhrzahlen des letzten Quartals nieder. Die Güterexporte wuchsen im Jahre 1990 dank des hohen Auftragsbestandes mit 4,5% real beinahe so stark wie im Vorjahr (5,2%). Die Ausfuhrpreise stiegen – gemessen am Mittelwertindex – nur noch um 1,0%; im Vorjahr wurden noch 6,4% registriert.

Wachstum der Konsumausgaben wie im Vorjahr

Langsameres Wachstum der Bauinvestitionen

Erneut starke Zunahme der schweizerischen Exporte – tiefere Zuwachsraten im vierten Quartal

Die regionale Entwicklung der wertmässigen Ausfuhren widerspiegelte den Konjunkturverlauf in den Absatzländern. Die Ausfuhren nach Grossbritannien und Griechenland schrumpften; der Absatz in die übrigen EG-Länder stieg hingegen im gleichen Rhythmus wie in den Vorjahren. Die Lieferungen in den EFTA-Raum wurden von den hohen Zuwachsraten der Exporte nach Österreich dominiert; die Ausfuhren nach den übrigen Mitgliedsländern stagnierten. Die Exporte in die aussereuropäischen Industriestaaten entwickelten sich unterschiedlich. Während die Ausfuhren nach Japan sprunghaft zunahmen, sanken die Lieferungen in die USA und nach Kanada. Unter den Entwicklungsländern stachen vor allem die südostasiatischen Schwellenländer als Abnehmer schweizerischer Produkte heraus; die Lieferungen in die südamerikanischen Länder gingen dagegen zurück. Der Absatz in die ehemaligen Staatshandelsländer bildete sich ebenfalls zurück.

Uneinheitliche regionale Entwicklung

Die Importe von Gütern nahmen nicht mehr im selben Mass zu wie im Vorjahr. Die Gütereinfuhren stiegen real um 2,7% (1989: 5,4%). Die Preise - gemessen am Mittelwertindex - sanken gegenüber dem Vorjahr um 0,7%. Die Einfuhren von Investitions- und dauerhaften Konsumgütern erhöhten sich überdurchschnittlich, obwohl sich die Inlandnachfrage leicht abzuschwächen begann.

Schwächeres reales Importwachstum

Aussenhandel



Für 1988, 1989 und 1990: Quartalschätzungen des Bundesamtes für Konjunkturfragen

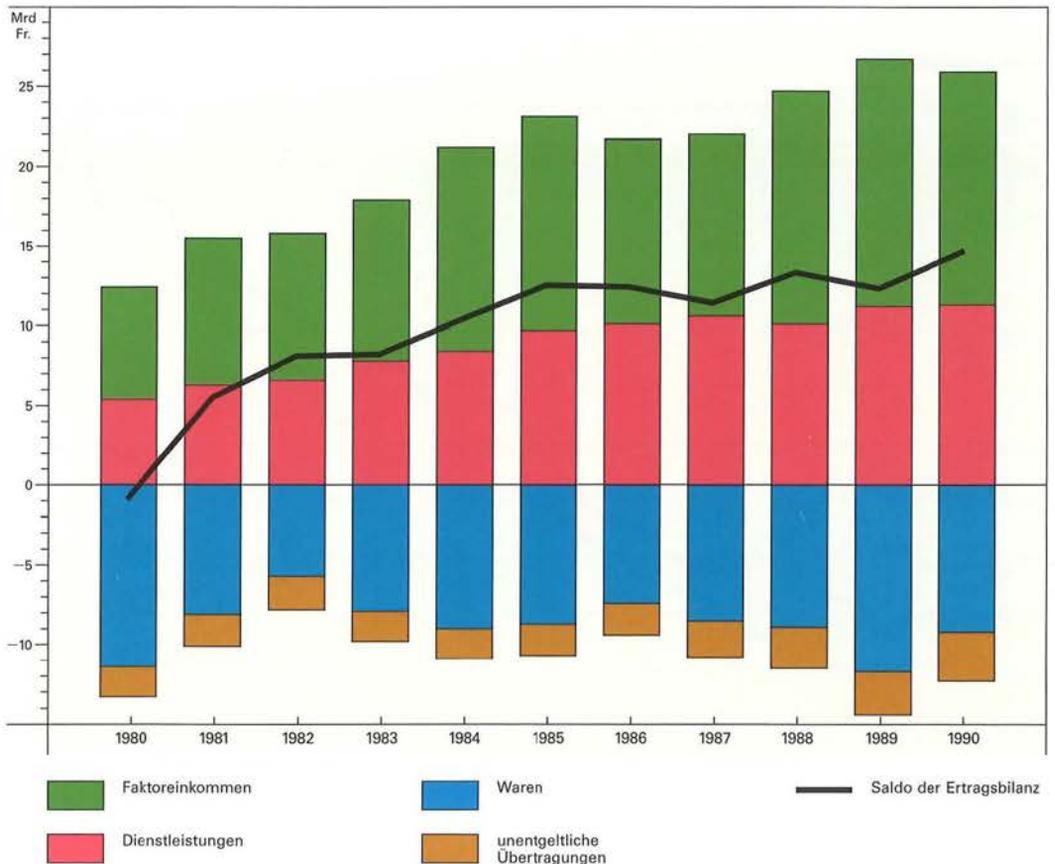
Zahlungsbilanz

Ertragsbilanz

Anstieg des Ertragsbilanzüberschusses

Der Überschuss der Ertragsbilanz nahm im Jahre 1990, nach einem Rückgang im Vorjahr, wieder zu. Er stieg um 1,3 Mrd auf 13,5 Mrd Franken. Diese Erhöhung war hauptsächlich der Preisentwicklung im Aussenhandel zuzuschreiben. Die Preise der eingeführten Güter und Dienstleistungen stiegen weniger stark als jene der Exporte. Das Defizit im Warenverkehr (Spezialhandel, elektrische Energie und übriger Warenverkehr) sank von 11,7 Mrd im Vorjahr auf 9,2 Mrd Franken. Das Wachstum der Einnahmen und Ausgaben im Fremdenverkehr bildete sich zurück. Besonders ausgeprägt war die Abflachung bei den Ausgaben. Da die Umsätze im Wertpapiergeschäft drastisch sanken, gingen auch die Kommissionseinnahmen der Banken markant zurück. Der traditionelle Überschuss bei den Kapitalerträgen stieg mit 200 Mio Franken nur geringfügig auf 21,6 Mrd Franken.

Ertragsbilanz



Die Zahl der ausländischen Grenzgänger nahm um 14000 auf 173000 (+9%) weiter zu. Dadurch stiegen die ans Ausland bezahlten Arbeitseinkommen von 7 auf 8 Mrd Franken. Auch die Überweisungen der in der Schweiz wohnhaften ausländischen Arbeitskräfte fielen höher aus als im Vorjahr. Das Defizit der Übertragungsbilanz stieg dadurch von 2,8 Mrd im Jahre 1989 auf 3,3 Mrd Franken.

Starke Zunahme der Ausgaben für die Beschäftigung ausländischer Grenzgänger und Immigranten

Zahlungsbilanz 1985—1990 Saldi¹ in Mrd Franken

	1985	1986	1987	1988 ^r	1989 ^p	1990 ^p
1. Ertragsbilanz	12,4	12,3	11,3	13,2	12,2	13,5
Warenverkehr	- 8,7	- 7,4	- 8,5	- 8,9	-11,7	- 9,2
Dienstleistungen	9,7	10,1	10,6	10,1	11,2	11,3
Arbeits- und Kapitaleinkommen	13,4	11,6	11,4	14,5	15,4	14,7
Unentgeltliche Übertragungen	- 2,0	- 2,0	- 2,2	- 2,5	- 2,8	- 3,3
2. Kapitalverkehr	-15,4	- 9,6	-14,0	-21,8	- 4,3	...
Direktinvestitionen	- 8,7	0,6	1,1	-12,7	- 8,3	...
Portfolioinvestitionen	- 2,7	2,5	- 2,6	-10,9	- 2,4	...
Kapitalverkehr der Geschäftsbanken ²	-12,5	-17,1	-15,0	- 3,5	2,5	-10,4
Interbankgeschäfte	0,9	- 6,6	- 3,5	11,6	30,4	15,3
Kredit- und Einlagegeschäft mit Nichtbanken	- 4,9	- 1,1	- 2,3	- 4,6	- 5,0	- 6,4
Treuhandgelder	- 9,1	- 2,9	- 7,5	- 7,7	-23,9	-16,4
Edelmetalle	0,6	- 6,5	- 1,8	- 2,9	1,0	- 2,9
Übriger Kapitalverkehr	8,5	4,4	2,5	5,3	3,8	...
3. Nicht erfasste Transaktionen und statistische Fehler	5,9	- 0,8	7,4	5,1	- 5,7	...
4. Veränderungen der Währungsreserven der SNB ³	2,9	1,9	4,7	- 3,5	2,3	1,7
Zinserträge auf Devisen	3,4	2,4	1,9	2,2	2,9	2,7
Devisenswaps ⁴	- 0,7	0,7	2,0	- 5,5	4,2	- 3,1
Übrige Devisentransaktionen ⁴	0,2	- 1,2	0,8	- 0,2	- 4,8	2,2

Anmerkungen:

... noch keine Daten verfügbar

r revidiert

p provisorische Angaben

¹ Ein Minuszeichen bedeutet bei der Ertragsbilanz einen Überschuss der Importe über die Exporte, beim Kapitalverkehr einen Kapitalexport

² Inklusive Treuhandgeschäfte und Ein- und Ausfuhr von Silber und Gold

³ Ohne Berücksichtigung der Wechselkursverluste auf dem Devisenbestand; ein Pluszeichen bedeutet einen Anstieg, ein Minuszeichen eine Abnahme der Währungsreserven der SNB

⁴ Ein Pluszeichen bedeutet Nettokäufe, ein Minuszeichen Nettoverkäufe von Devisen

Kapitalverkehr

Die Banken (inländische Geschäftsstellen) bauten im Jahre 1990 erneut in grossem Umfang ihre Nettoguthaben bei Banken im Ausland ab. Der Abbau der Nettoguthaben im Ausland spiegelte die rege inländische Kreditfähigkeit und einen Rückgang der Einlagen ausländischer Kunden bei inländischen Banken. Diese Entwicklung verlangsamte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte, so dass die Banken mit 15,3 Mrd Franken nur noch halb so viel Geld bei ausländischen Finanzinstituten aufnahmen als 1989 (30,4 Mrd). Im Gegensatz zu den Banken dehnten die inländischen Nichtbanken ihre Guthaben im Ausland aus.

Starke Beanspruchung des internationalen Interbankmarktes

Zunahme der Kredite an Nichtbanken

Die Kredite von inländischen Bankstellen an ausländische Nichtbanken nahmen von 5 Mrd im Jahre 1989 auf 5,6 Mrd Franken zu. Gleichzeitig zogen die ausländischen Nichtbanken für 0,8 Mrd Franken Einlagen ab, so dass im Kredit- und Einlagengeschäft mit dem Ausland der Kapitalexport 6,4 Mrd Franken betrug.

Hohe Kapitalexporte der Nichtbanken

Die Kapitalexporte der inländischen Nichtbanken in Form von Treuhandgeldern blieben mit 16,4 Mrd Franken auch im langfristigen Vergleich hoch, obschon der Wert des Vorjahres (23,9 Mrd) nicht mehr erreicht wurde. Daten über die übrigen Kapitalausfuhren in Form von Portfolio- und Direktinvestitionen sind noch nicht verfügbar.

Zunahme der Währungsreserven der Nationalbank

Die Nationalbank erhöhte die Währungsreserven – zu konstanten Wechselkursen – im Jahre 1990 um 1,7 Mrd Franken (1989: +2,3 Mrd). Die Zinserträge auf den Devisenanlagen betrugen 2,7 Mrd Franken (2,9 Mrd). Die Devisenswaps, welche die Nationalbank zur Steuerung der Liquidität im Bankensektor verwendet, wurden gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mrd Franken vermindert (+ 4,2 Mrd). Die übrigen Devisentransaktionen führten zu einem Zufluss von 2,2 Mrd Franken (– 4,8 Mrd).

Auslandvermögen

Höheres Nettoauslandvermögen

Trotz dem hohen Ertragsbilanzüberschuss blieb das schweizerische Nettoauslandvermögen im Jahre 1989 nahezu konstant, weil sich der Marktwert der schweizerischen Portfolioanlagen im Ausland verringerte. Es betrug Ende 1989 277 Mrd Franken (1988: 280 Mrd). Die Zahlen für Ende 1990 sind noch nicht vollständig bekannt. Aufgrund des höheren Ertragsbilanzüberschusses dürfte das Nettoauslandvermögen 1990 insgesamt wieder zugenommen haben.

Öffentliche Hand

Erneuter Überschuss des Bundeshaushaltes

Das Wachstum der staatlichen Konsumausgaben (Bund, Kantone und Gemeinden) beschleunigte sich und erreichte im Jahre 1990 real 3,1%, gegenüber 2,4% im Vorjahr. Die Finanzrechnung des Bundes schloss zum fünften aufeinanderfolgenden Mal mit einem Überschuss ab. Dieser betrug bei Ausgaben von 30,1 Mrd Franken und Einnahmen von 31,2 Mrd Franken über 1 Mrd Franken und lag damit über dem Vorjahresergebnis (900 Mio). Für 1991 ist wiederum ein positiver Saldo budgetiert; der Voranschlag des Bundes sieht Ausgaben von 33,8 Mrd und Einnahmen von 33,9 Mrd Franken vor.

Kleinere Bundesschuld

Die gesamte Schuld des Bundes konnte dank des Überschusses in der Finanzrechnung weiter reduziert werden. Sie betrug Ende 1990 noch 23,9 Mrd Franken,

verglichen mit 25,1 Mrd zu Jahresbeginn. Die bereits im Vorjahr begonnene Umschichtung der Schulden wurde fortgesetzt. Der Bund erhöhte den Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten zu Lasten längerfristiger Anleihen, indem er vermehrt Geldmarktbuchforderungen ausgab. Die geänderte Fälligkeitsstruktur soll auf lange Sicht Zinseinsparungen ermöglichen.

Die Kantone wiesen im Jahre 1989 – die Zahlen für 1990 liegen noch nicht vor – erstmals seit 1984 insgesamt wieder einen Ausgabenüberschuss in der laufenden Rechnung aus. Das Defizit betrug 200 Mio Franken, verglichen mit einem Überschuss von 400 Mio Franken im Vorjahr. Trotz der guten Konjunkturlage vermochten die Einnahmen mit dem starken Anstieg der Ausgaben – um 3,8 Mrd auf 37,6 Mrd Franken – im Jahre 1989 nicht Schritt zu halten. Schätzungen zufolge verschlechterten sich die kantonalen Rechnungen im Jahre 1990 weiter; das Gesamtdefizit dürfte deutlich höher liegen als im Vorjahr.

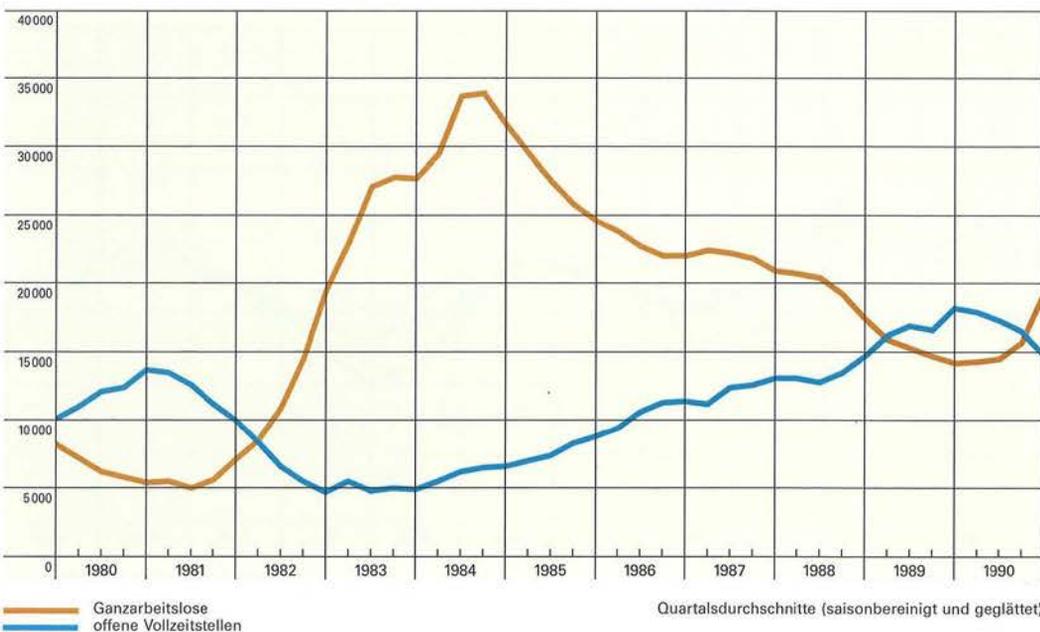
Defizite der kantonalen Rechnungen

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Dank der anhaltend guten Wirtschaftslage stieg die Zahl der Beschäftigten mit 1,4% noch stärker als im Vorjahr. Sie nahm im industriellen Sektor besonders kräftig zu; insbesondere in der Uhren-, der Metall- und der Nahrungsmittelindustrie wuchs sie überdurchschnittlich stark. Die Beschäftigtenzahl ging jedoch in einzel-

Starkes Wachstum der Beschäftigung

Arbeitsmarkt



nen Industriezweigen – wie in der Bekleidungs- und Textilindustrie – zurück. Im Baugewerbe nahm die Beschäftigung kaum noch zu, da die hohen Hypothekarzinsen, die gestiegenen Baulandpreise und die Bauteuerung die Baukonjunktur abkühlten. Im Bauhauptgewerbe sank die Zahl der Beschäftigten seit Beginn des Frühjahres, während sie im Ausbaugewerbe das ganze Jahr über leicht stieg. Im Dienstleistungssektor beschleunigte sich das Beschäftigungswachstum gegenüber dem Vorjahr. Vor allem die Banken und die Versicherungen trugen dazu bei.

Leichte Zunahme der Kurzarbeit

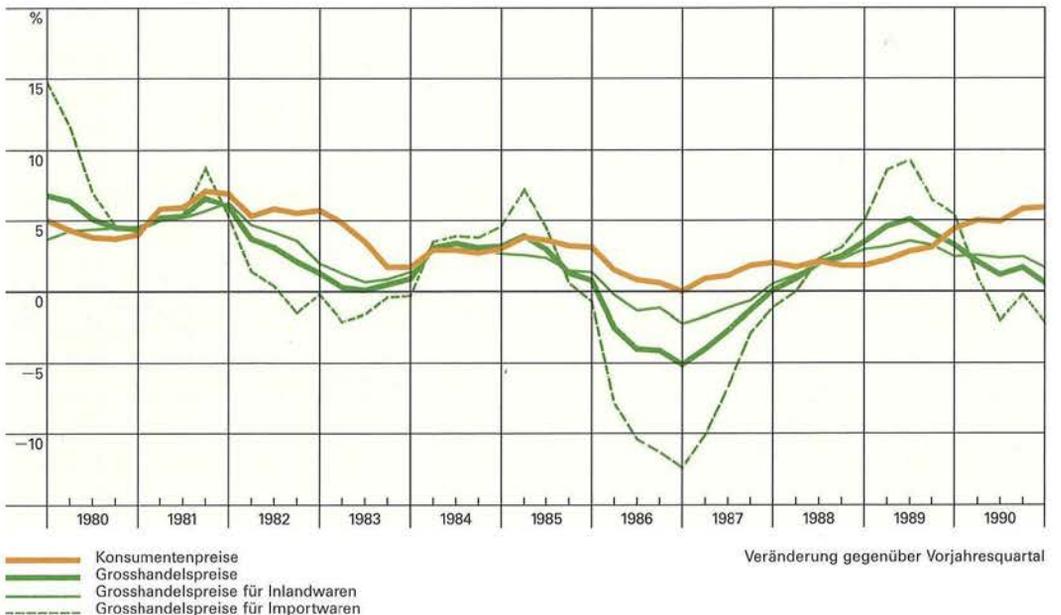
Der Arbeitsmarkt war – obwohl die Industrieunternehmen in Konjunkturumfragen die Zukunftsaussichten weniger optimistisch beurteilten – weiterhin angespannt. Mangel herrschte vor allem an qualifizierten Arbeitskräften. Die Zahl offener Vollzeitstellen, die bis Ende des dritten Quartals die Zahl der Ganzarbeitslosen übertraf, lag im vierten Quartal wieder darunter. Die Kurzarbeit blieb auf einem äußerst tiefen Niveau. In der Uhrenindustrie nahm sie im vierten Quartal jedoch markant zu.

Preise und Löhne

Starker Anstieg der Teuerung

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung erreichte im Oktober 1990 mit einer Jahresrate von 6,4% den höchsten Wert seit Dezember 1981 (6,6%). Bis Ende 1990 bildete sie sich wieder auf 5,3% zurück. Im Jahresdurchschnitt lag der Landesindex der Konsumentenpreise um 5,4% über dem Stand des Vorjahres.

Preisveränderungen



Der Preisindex für inländische Waren (5,8%) stieg im Gegensatz zu 1989 stärker als derjenige der Auslandsgüter (4,4%). Die importierte Teuerung schwächte sich angesichts des wieder höher bewerteten Schweizer Frankens sowie der sinkenden Erdölpreise bis zum Ausbruch der Golfkrise im August ab. Im September und Oktober stiegen die Erdölpreise und somit auch die Preise für importierte Güter kräftig. Der Teuerungsdruck aus dem Ausland liess im November und Dezember nach, als das Erdöl wieder billiger wurde. Der Anstieg der Hypothekarzinsen, die die Wohnungsmieten stark beeinflussten, heizte die Inlandteuerung kurzfristig an. Die Nahrungsmittelpreise, die mit einem Anteil von 21% in die Indexberechnung eingehen, stiegen um 5,4%.

Starker Einfluss der Erdölpreise und des Hypothekarzinses auf den Preisindex

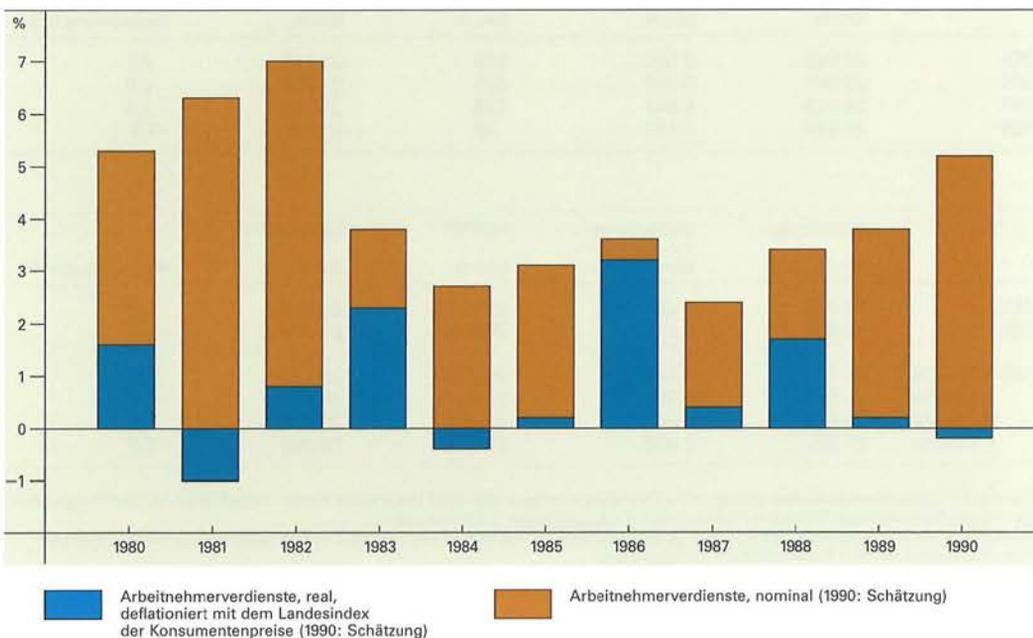
Der Anstieg des Grosshandelspreisindexes betrug 1,5% und verlangsamte sich gegenüber dem Vorjahr (4,3%) deutlich. Während die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate unverändert blieben, stiegen jene für Konsumgüter überdurchschnittlich stark. Die Krise im Mittleren Osten beeinflusste auch die Energiepreise auf Grosshandelsstufe. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3,3%. Insgesamt nahmen die Preise für Inlandwaren um 2,3% zu; für Importgüter sanken sie um 0,9%.

Schwächere Zunahme der Grosshandelspreise

Gemäss einer Schätzung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) lagen 1990 die Nominallöhne im Durchschnitt um 5,2% über jenen der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Schätzung basiert auf den Daten der Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung (SSUV). Unter Berücksichtigung der

Leichter Rückgang der Reallöhne

Nominales und reales Wachstum der Löhne



Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise (Jahresdurchschnitt) ergab sich damit ein leichter Rückgang der Reallöhne um 0,2%.

2. Monetärer Bereich

Entwicklung der Geldaggregate

Rückläufige Notenbankgeldmenge, Ziel unterschritten

Im vierten Quartal lag die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge um 2,6% unter dem Wert des vierten Quartals 1989. Damit wurde das Ziel, das eine Wachstumsrate von 2% vorgesehen hatte, deutlich unterschritten. Das Ziel war ursprünglich als Durchschnitt der auf ein Jahr hochgerechneten monatlichen Veränderungsrate gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres definiert worden. Diese Definition bewährte sich jedoch nicht. Sie überzeichnete den Rückgang der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge in den ersten Monaten des Jahres, so dass auch das Jahresmittel nicht dem wahren Ausmass der Zielunterschreitung entsprochen hätte. Die Nationalbank entschied sich deshalb dafür, das Ziel auf die Veränderungsrate der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge vom vierten Quartal 1989 zum vierten Quartal 1990 zu beziehen.

Entwicklung der bereinigten Notenbankgeldmenge und ihrer Komponenten Quartals- und Jahresdurchschnitte¹

	Notenumlauf Mio Fr.	Giroguthaben von Banken Mio Fr.	Ultimokredite Mio Fr.	BNBGM ² Mio Fr.	Veränderung in % ³
1985	23 626	8 090	574	31 142	2,2
1986	23 951	8 297	481	31 768	2,0
1987	24 785	8 647	724	32 708	2,9
1988	25 819	5 667	66	31 420	-3,9

	Notenumlauf Mio Fr.	Giroguthaben von Banken Mio Fr.	NBGM ⁴ Mio Fr.	SBNBGM ⁵ Mio Fr.	Veränderung in % ³
1989	26 438	3 487	29 925	29 925	-1,9 ⁶
1990	25 880	3 018	28 898	28 898	-3,7
1990 1. Quartal	26 152	3 066	29 218	29 226	-4,0
2. Quartal	25 629	2 992	28 621	28 862	-4,8
3. Quartal	25 438	3 045	28 482	28 838	-3,3
4. Quartal	26 302	2 970	29 272	28 809	-2,6 ⁷

¹ Durchschnitt aus Monatswerten; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungsrate

² Bereinigte Notenbankgeldmenge = Notenumlauf + Giroguthaben - Ultimokredite

³ Gegenüber Vorjahresperiode; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungsrate

⁴ Notenbankgeldmenge = Notenumlauf + Giroguthaben

⁵ Saisonbereinigte Notenbankgeldmenge = Notenbankgeldmenge dividiert durch die entsprechenden Saisonfaktoren

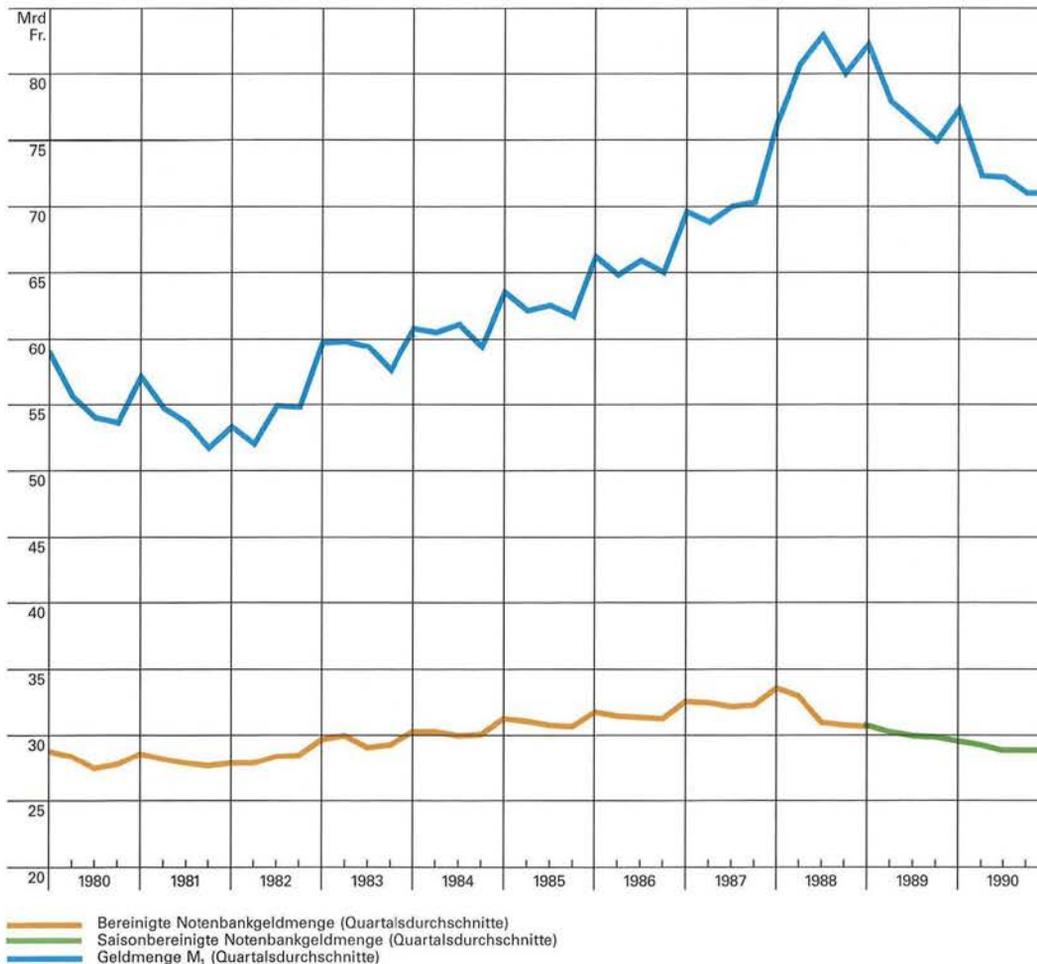
⁶ Durchschnitt der auf Jahresbasis hochgerechneten monatlichen Veränderungsrate gegenüber dem durchschnittlichen Stand der saisonbereinigten Notenbankgeldmenge des vierten Quartals des Vorjahres; zentriert auf November

⁷ Massgebend für die Zielabweichung 1990

Die Giroguthaben schwankten während des ganzen Jahres 1990 um den Durchschnittswert von rund 3 Mrd Franken. Das tiefe Niveau widerspiegelt hauptsächlich die Verschärfung der Geldpolitik, welche die Nationalbank um die Jahreswende 1989/90 vornahm. Daneben dürfte ein Teil der Abnahme gegenüber dem Vorjahreswert auf die Schwierigkeiten zurückzuführen sein, die bei der Durchsetzung der neuen Liquiditätsvorschriften auftraten. Verschiedene Banken wandten nämlich eine Buchungspraxis an, welche ihre Kassenliquidität überzeichnete. Sie verbuchten Zahlungseingänge am Tag, an dem ein Geschäft abgeschlossen wurde, während Zahlungsausgänge erst zum Zeitpunkt der Valutierung, d.h. ungefähr zwei Tage später, in ihren Rechnungen erschienen. Aus diesem Grunde übertrafen die Giroguthaben, welche die Banken in ihren Liquiditätsausweisen meldeten, regelmässig die bei der Nationalbank effektiv gehaltenen Bestände. Die Unterschiede schwankten im Jahre 1990 zwischen 300 und 700 Mio Franken.

Verschärfte Geldpolitik
– Giroguthaben auf
Tiefstand

Bereinigte Notenbankgeldmenge und Geldmenge M_1



Um künftige Abweichungen zu verhindern, modifizierten die Eidgenössische Bankenkommission und die Nationalbank ihr gemeinsames Rundschreiben zur Kassenliquidität. Die Banken müssen damit ab 20. März 1991 bei der Meldung ihrer Kassenliquidität für die Berechnung der Giroguthaben auf die Kontoauszüge der Nationalbank abstellen.

Entwicklung der Geldaggregate¹ Quartals- und Jahresdurchschnitte²

	Bargeldumlauf ³		Sichteinlagen ⁴		Geldmenge M ₁ ⁵	
	Mio Fr.	Ver- änderung in %	Mio Fr.	Ver- änderung in %	Mio Fr.	Ver- änderung in %
1985	22 151	1,2	38 903	− 0,5	61 054	0,1
1986	22 394	1,2	43 961	7,0	66 354	5,0
1987	22 991	2,7	48 360	10,0	71 351	7,5
1988	24 141	5,0	57 339	19,0	81 480	14,4
1989	24 675	2,2	51 946	− 9,4	76 621	− 5,9
1990	24 165	−2,1	48 610	− 6,4	72 775	− 5,0
1989 1. Quartal	24 811	4,5	53 097	− 6,8	77 908	− 3,5
2. Quartal	24 575	3,1	51 843	−12,3	76 418	− 7,8
3. Quartal	24 310	1,4	50 580	− 9,8	74 890	− 6,4
4. Quartal	25 005	−0,1	52 264	− 8,6	77 269	− 6,0
1990 1. Quartal	24 214	−2,4	48 055	− 9,5	72 269	− 7,2
2. Quartal	23 882	−2,8	48 370	− 6,7	72 252	− 5,5
3. Quartal	23 752	−2,3	47 244	− 6,6	70 996	− 5,2
4. Quartal	24 813	−0,8	50 770	− 2,9	75 583	− 2,2

	Quasi-Geld ⁶		Geldmenge M ₂ ⁷		Spareinlagen ⁸		Geldmenge M ₃ ⁹	
	Mio Fr.	Ver- änderung in %	Mio Fr.	Ver- änderung in %	Mio Fr.	Ver- änderung in %	Mio Fr.	Ver- änderung in %
1985	51 301	17,3	112 355	7,3	139 361	3,0	251 716	4,8
1986	59 814	6,9	126 168	5,9	150 979	7,5	277 146	6,7
1987	67 151	12,3	138 502	9,8	164 890	9,2	303 392	9,5
1988	67 616	0,8	149 097	7,8	183 992	11,6	333 089	9,8
1989	102 681	51,5	179 303	20,2	174 303	− 5,2	353 605	6,2
1990	130 161	28,1	202 936	13,5	159 669	− 8,3	362 604	2,5
1989 1. Quartal	85 081	32,9	162 990	12,6	183 562	2,0	346 552	6,7
2. Quartal	101 167	54,8	177 585	19,8	176 032	− 4,8	353 617	6,2
3. Quartal	110 147	56,5	185 037	23,0	169 377	− 8,4	354 414	5,7
4. Quartal	114 329	61,7	191 599	25,3	168 238	− 9,6	359 837	6,1
1990 1. Quartal	125 083	47,2	197 352	21,1	163 324	−11,0	360 676	4,1
2. Quartal	129 114	27,9	201 366	13,5	159 227	− 9,5	360 593	2,0
3. Quartal	132 784	20,6	203 780	10,1	156 712	− 7,5	360 493	1,7
4. Quartal	133 662	16,9	209 245	9,2	159 411	− 5,2	368 656	2,5

¹ Vgl. Monatsbericht der SNB, Tabellen 11 und 12, ab September-Heft 1990 Tabelle B2; ab 1986 Fürstentum Liechtenstein = Inland

² Durchschnitt aus Monatswerten; Jahres- und Quartalsveränderungen sind Durchschnitte der monatlichen Veränderungs-
raten

³ Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum

⁴ Sichteinlagen = inländische Sichteinlagen in Schweizer Franken des privaten Publikums bei Banken und beim Postcheck

⁵ Geldmenge M₁ = Bargeldumlauf + Sichteinlagen (ohne Edelmetalle)

⁶ Quasi-Geld = inländische Termineinlagen in Schweizer Franken

⁷ Geldmenge M₂ = M₁ + Quasi-Geld

⁸ Spareinlagen = inländische Spareinlagen sowie Depositen- und Einlagehefte des Publikums bei Banken

⁹ Geldmenge M₃ = M₂ + Spareinlagen

Der Notenumlauf ging im Jahresdurchschnitt 1990 gegenüber dem Vorjahr um 2,1% zurück. Die Abnahme ist auf die gestiegenen Zinssätze zurückzuführen, welche den Anreiz erhöhten, Barbestände abzubauen und zinstragend anzulegen. Weil diese Umlagerungen der Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze verzögert folgen, ist der beträchtliche Notenrückgang im Jahre 1990 teils eine Spätfolge der Zinserhöhung im Vorjahr. Wie üblich konzentrierte sich die Zinswirkung auf die grossen Notenabschnitte von 500 und 1000 Franken, deren Umlauf um 4,4% abnahm (1989: +1,4%), während die kleineren Abschnitte noch einen Zuwachs um 1,5% verzeichneten (1989: +3,8%).

Zinsbedingte Abnahme des Notenumlaufs

Das Geldaggregat M_1 , das den Bargeldumlauf und die Sichteinlagen umfasst, ging 1990 in ähnlichem Umfang zurück wie 1989 (1990: -5%; 1989: -5,9%). Die wegen der restriktiven Geldpolitik höheren Zinsen bewirkten, dass niedrig verzinsten Sichteinlagen in Termineinlagen und in andere höher verzinsten Anlageformen umgewandelt wurden (1990: -6,4%; 1989: -9,4%). Aus denselben Gründen wie der Notenumlauf sank auch der Bargeldumlauf (1990: -2,1%; 1989: 2,2%).

Fortgesetzter Rückgang der Geldmenge M_1

Dank der anhaltend hohen Verzinsung nahmen die inländischen Franken-Termineinlagen absolut fast so stark zu wie im Vorjahr; prozentual fiel ihre Wachstumsrate jedoch von 50% auf knapp 30%. Die Zunahme der Termineinlagen machte den Rückgang der Komponente M_1 aber immer noch mehr als wett, und M_2 stieg in der Folge um 13,5% (Vorjahr: 20,2%).

Verringerte Zunahme von M_2

Die Spareinlagen schmolzen 1990 noch rascher als im Vorjahr. (1990: -8,3%; 1989: -5,2%). Die Zunahme von M_2 und der Rückgang der Spareinlagen hielten sich die Waage, so dass das Geldmengenaggregat M_3 während des Jahres auf einem Niveau von etwa 360 Mrd Franken verharrte. Seine Veränderungsrate gegenüber dem Stand vor Jahresfrist gingen deshalb im Laufe des Jahres 1990 von Monat zu Monat zurück. Nach 6,2% im Vorjahr betrug die durchschnittliche Wachstumsrate noch 2,5%.

Deutliche Wachstumsverlangsamung von M_3

Geldmarkt

Die schweizerischen Geldmarktsätze lagen 1990 erneut deutlich über dem Vorjahresniveau. Infolge der restriktiven Politik der Nationalbank stiegen sie um nahezu 2 Prozentpunkte auf durchschnittlich 8,3% für Tagesgeld und 8,8% für dreimonatige Eurofrankeneinlagen. Die höheren Euromarktzinsen schlugen auch auf die Festgeldsätze der Banken durch; die Vergütung auf dreimonatigen Kundendepots bei den Grossbanken stieg auf durchschnittlich 8,3%. Die Rendite neu begebener eidgenössischer Geldmarkt-Buchforderungen stieg in ähnlichem Ausmass. Für dreimonatige Laufzeiten betrug sie durchschnittlich 8,3% nach 6,6% im Vorjahr.

Erneuter Anstieg der Geldmarktsätze

Kreditgewährung der Nationalbank
(in Mio Franken, Monatsdurchschnitte aus Tageswerten)

Monat	Swapkredite		Lombard- vorschüsse		Diskontkredite		Inland- korrespondenten		Total	
	(1)		(2)		(3)		(4)		(5)=(1)+(2)+(3)+(4)	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Januar	10 510	13 059	67	48	415	736	148	217	11 140	14 060
Februar	10 938	11 914	52	21	477	809	143	176	11 610	12 920
März	11 454	10 974	36	38	536	776	159	193	12 185	11 981
April	10 753	9 762	103	59	393	757	170	241	11 419	10 819
Mai	11 189	9 258	291	39	419	783	207	245	12 106	10 325
Juni	12 458	9 952	64	15	415	752	233	228	13 170	10 947
Juli	12 134	9 612	20	26	490	761	222	278	12 866	10 677
August	11 568	9 988	17	19	1 082	794	177	182	12 844	10 983
September	11 519	10 134	15	21	1 366	721	169	160	13 069	11 036
Oktober	11 912	9 541	18	30	999	680	176	231	13 105	10 482
November	11 771	9 565	57	44	1 157	659	184	231	13 169	10 499
Dezember	13 468	11 657	85	39	808	686	246	283	14 607	12 665

Sekundärmarkt für
Buchforderungen
erleichtert

Mit der am 8. November erfolgten Emission eidgenössischer Geldmarkt-Buchforderungen übernahm die Schweizerische Effekten-Giro AG (SEGA) von der Nationalbank die Führung des Registers der Buchforderungen. Mit der erleichterten Möglichkeit der – mangels Verbriefung stempelsteuerfreien – Übertragung im Register ist die Voraussetzung zur Entwicklung eines Sekundärmarktes in Geldmarkt-Buchforderungen geschaffen worden. Neben der Eidgenossenschaft haben auch andere öffentliche und private Schuldner begonnen, SEGA-fähige Geldmarkt-Buchforderungen auszugeben.

Keine Änderung des
offiziellen Diskontsatzes

Die Nationalbank beliess ihren offiziellen Diskontsatz unverändert auf 6%. Dagegen stieg der mit einem Aufschlag an die Entwicklung des Tagesgeldsatzes geknüpfte Lombardsatz der Notenbank von durchschnittlich 7,8% im Vorjahr auf 10,7%.

Zinsvorsprung des
Frankens bis in die
zweite Jahreshälfte

Die Sätze dreimonatiger Schweizerfrankendepots am Euromarkt lagen 1990 um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkt über denjenigen entsprechender D-Mark-Einlagen. Dies festigte den Frankenkurs gegenüber der D-Mark deutlich. Als die Nationalbank im Laufe des Sommers die Stärke des Frankens zu einer etwas weniger restriktiven Geldpolitik zu nutzen begann, kehrte sich die Zinsdifferenz zur D-Mark um, und der Franken schwächte sich wieder leicht ab. Gegenüber dem US-Dollar hatte der Franken im Jahre 1990 einen durchschnittlichen Zinsvorsprung von 0,7 Prozentpunkt.

Devisenmarkt und Wechselkurs

Im Laufe des Jahres 1990 erholte sich der Schweizer Franken von der vorangegangenen Schwächeperiode. Der exportgewichtete Kurs lag Ende 1990 um rund 8% über seinem Stand vor Jahresfrist. Im Jahresdurchschnitt war er rund 6% teurer (1989: -5,3%). Am meisten gewann die schweizerische Währung gegenüber dem japanischen Yen (23%), dem US-Dollar (18%) und dem britischen Pfund (8%). Gegenüber der italienischen Lira und der D-Mark waren die Veränderungen mit rund 3% bzw. 1% deutlich kleiner, und gegenüber dem französischen Franken notierte der Schweizer Franken im Mittel nahezu unverändert.

Höherbewertung des Frankens nach Schwächeperiode

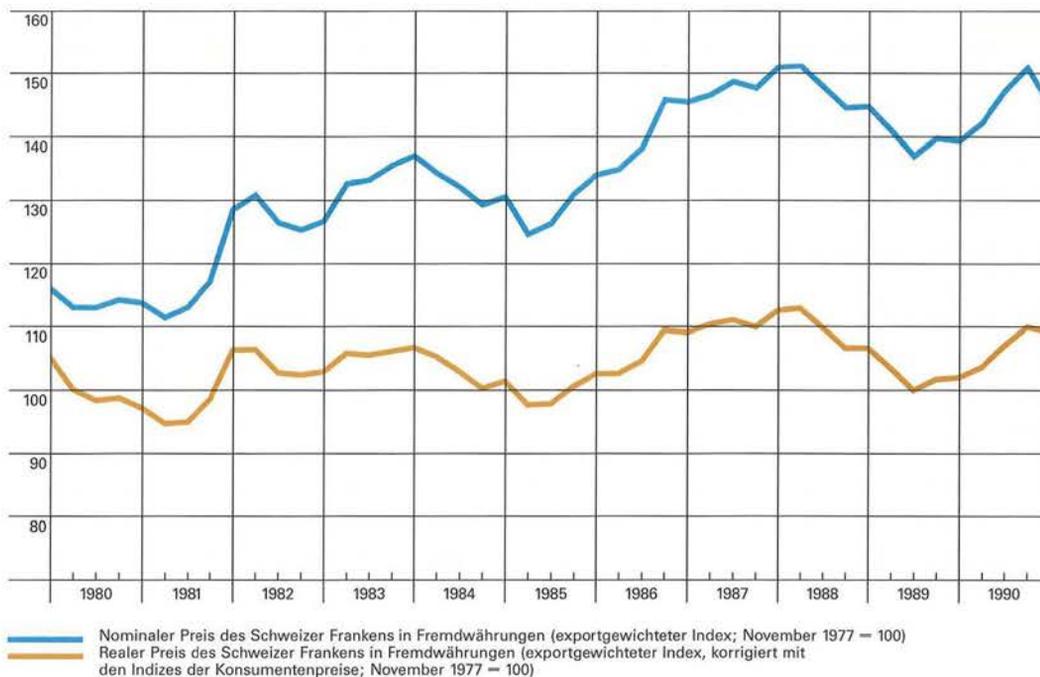
Der reale, d.h. um die unterschiedliche Teuerungsentwicklung im In- und Ausland korrigierte, exportgewichtete Wert der schweizerischen Währung lag 1990 um durchschnittlich 5,7% höher als im Vorjahr (1989: -6,4%).

Auch höherer realer Wechselkurs

Die Schweizerische Nationalbank intervenierte in den Anfangsmonaten des Jahres 1990 in Abstimmung mit anderen Zentralbanken gelegentlich am Devisenmarkt. In den Monaten Januar, März und April verkaufte sie insgesamt 85 Mio Dollar gegen Schweizer Franken und 110 Mio Dollar gegen japanische Yen.

Devisenmarktinterventionen

Nominaler und realer Fremdwahrungskurs des Schweizer Frankens



Kapitalmarkt

Weiterhin inverse Zinsstruktur

Im Sog der zu Jahresanfang nochmals gestiegenen Geldmarktsätze nahmen die Renditen am Kapitalmarkt im Jahre 1990 wiederum kräftig zu. Die inverse Zinsstruktur blieb, besonders in der ersten Jahreshälfte, sehr ausgeprägt. Im Jahresdurchschnitt lagen die Renditen eidgenössischer Obligationen um beinahe 2,5 Prozentpunkte unter dem Zinssatz dreimonatiger Eurofrankenanlagen. Im Vorjahr hatte die entsprechende Differenz 1,8 Prozentpunkte betragen.

Zinssätze am Jahresende (in Prozent)

	1988	1989	1990
Offizieller Diskontsatz	3½	6	6
Lombardsatz	5½	11 ⁷ / ₈	11
Privatdiskontsatz	5	8½	9
Eurofranken (3 Monate)	4 ³ / ₄	8 ¹⁵ / ₁₆	8 ⁹ / ₁₆
Festgelder (3 Monate)	4½	8,08	8,28
Geldmarkt-Buchforderungen gegenüber dem Bund (3 Monate) ¹	4,68	7,25	8,20
Spareinlagen bei Kantonalbanken ²	3,02	3,98	4,77
Kassenobligationen bei Grossbanken ³			
3 und 4 Jahre	4 ¹ / ₄	6 ¹ / ₃	7 ³ / ₄
5 und 6 Jahre	4½	5 ⁷ / ₈	7,44
7 und 8 Jahre	4½	5 ³ / ₄	7,19
Anleihen ⁴			
Eidgenossenschaft	4,11	5,75	6,66
Kantone, Gemeinden	4,35	5,91	7,19
Banken	4,61	6,35	7,50
Übrige (Finanzgesellschaften, Kraftwerke, Industrie)	4,66	6,52	7,86

¹ Zinssätze bei Liberierung im Dezember

² Zinssätze Anfang Dezember

³ Durchschnitt aus den entsprechenden zwei Laufzeiten

⁴ Renditen am letzten Börsentag berechnet unter Berücksichtigung der Kündbarkeit

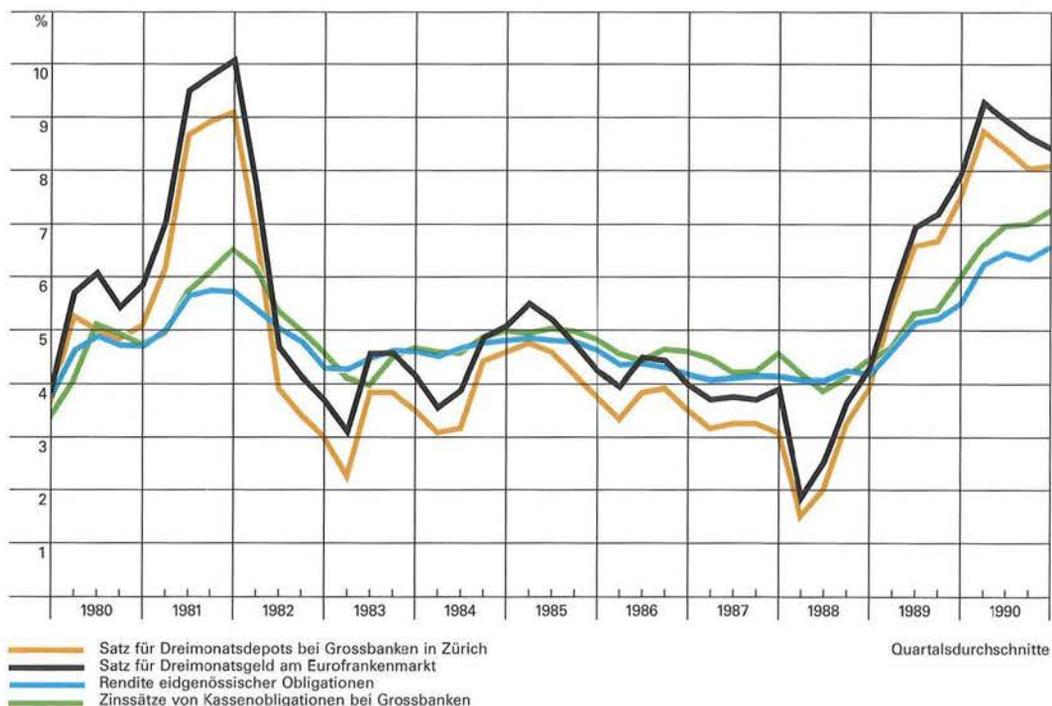
Anstieg der Renditen
bis zum Sommer

Die Rendite eidgenössischer Obligationen stieg von 5 ³/₄% Anfang Januar auf 6,6% im Mai und sank anschliessend bis zum Ausbruch der Golfkrise wieder auf 6%. Im August stieg die Rendite sprunghaft an und blieb bis zum Jahresende hoch. Im Jahresdurchschnitt lag sie mit 6,4% um 1,3 Prozentpunkte höher als 1989. Die Renditen der Anleihen anderer inländischer Schuldner zogen im allgemeinen noch etwas kräftiger an.

Höhere Sätze auf
Kassenobligationen,
Hypotheken und Spar-
einlagen

Die durchschnittlichen Zinssätze auf neu ausgegebenen Kassenobligationen der Grossbanken lagen 1990 im Mittel bei rund 7%, verglichen mit 5,4% im Vorjahr. Gegen Ende Jahr erreichte der am häufigsten angewandte Zinssatz 7³/₄% für dreijährige, 7¹/₂% für fünfjährige und 7¹/₄% für achtjährige Laufzeiten. Die Banken erhöhten auch ihre Hypothekar- und Spareinlagensätze. Die Kantonalbanken verlangten 1990 durchschnittlich 6,3% Zins auf alten (1989: 5,4%) und 7,4% auf neuen

Geld- und Kapitalmarktsätze



Hypotheken (1989: 5,8%) im ersten Rang. Auf gewöhnlichen Spareinlagen vergüteten sie im Mittel 4,55% (1989: 3,45%). Die Grossbanken wandten höhere Zinssätze an.

Die Kurse der Schweizer Aktien fielen 1990, gemessen am Swiss Performance Index, um 20%. Zudem lag der Gesamtumsatz der Zürcher Börse um 19% unter

Starker Kursrückgang der Aktien

Beanspruchung des Kapitalmarktes durch Emissionen (in Mrd Franken)¹

	1987		1988		1989		1990	
	brutto	netto ²						
Schweizer Anleihen ³	11,7	7,0	13,5	5,5	14,2	6,4	17,1	11,2
Schweizer Aktien ³	5,2	4,9	2,2	1,9	5,2	5,0	3,4	2,9
Total Schweizer Wertpapiere ³	16,9	11,9	15,7	7,4	19,4	11,4	20,5	14,0
Ausländische Anleihen ⁴	36,0	.	40,0	.	31,3	.	32,2	.
Total brutto	52,9	.	55,7	.	50,7	.	52,7	.

¹ Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Komponenten nicht unbedingt zu den ausgewiesenen Totalbeträgen

² Emissionswert – Konversionen – Rückzahlungen

³ Nur öffentlich aufgelegte Wertpapiere

⁴ Inkl. Notes, keine Nettozahlen verfügbar

dem Vorjahresniveau. Auch die Börsen von Genf und Basel beklagten grosse Umsatzeinbussen.

Zunahme der inländischen Anleihen und Rückgang der Aktienemission

Im Jahre 1990 wurden Obligationen und Aktien in Höhe von insgesamt 52,7 Mrd Franken emittiert. Dieser Betrag lag um 4% über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die Neuemissionen im Inlandbereich umfassten 20,5 Mrd Franken, 6% mehr als im vorangegangenen Jahr. Dabei stiegen die schweizerischen Obligationenmissionen um 20% auf 17,1 Mrd Franken, während mit 3,4 Mrd Franken 35% weniger schweizerische Aktien ausgegeben wurden. Nach Abzug der Rückzahlungen im Betrage von 6,5 Mrd Franken ergab sich 1990 im Inlandbereich eine Nettobeausspruchung des Kapitalmarktes in Höhe von 14,0 Mrd Franken, gegenüber 11,4 Mrd Franken im Vorjahr.

Anstieg des Kapitalexports

Obwohl sich das Emissionsvolumen auf den internationalen Kapitalmärkten 1990 abschwächte, nahmen die in der Schweiz für ausländische Schuldner getätigten Operationen gegenüber dem Vorjahr um 4% auf 43,6 Mrd Franken zu. Dabei erhöhten sich die Kredite allein um 7% und die Anleihen um 3%. Bei den Emissionen erlitten jedoch die eigenkapitalbezogenen Anleihen, die vor allem von japanischen Anleihenschuldnern begeben werden, infolge des Kursrückgangs an der

Kapitalexportbewilligungen nach Finanzinstrumenten und Ländergruppen (in Prozent)¹

Finanzinstrumente	1988	1989	1990
Anleihen ²	78,7	74,6	73,7
davon: Straights ³	51,4	22,1	48,0
Wandelanleihen	22,0	42,3	20,2
Optionsanleihen	5,3	10,2	5,5
Kredite	21,3	25,4	26,3
Total	100,0	100,0	100,0
Ländergruppen			
Europäische Gemeinschaft	35,4	22,5	31,6
Europäische Freihandelszone	10,6	4,8	6,8
Übrige Westeuropa	0,3	0,6	1,1
Vereinigte Staaten, Kanada	11,2	6,9	17,6
Japan	30,5	49,5	29,7
Australien, Neuseeland	2,5	0,6	0,2
Osteuropa	2,9	7,7	2,1
Karibische Zone	2,8	4,3	6,4
Lateinamerika	0,3	0,4	1,2
Mittlerer Osten	0,5	0,2	0,6
Afrika ⁴	1,2	1,7	1,2
Asien, Ozeanien	1,9	0,8	1,4
Total	100,0	100,0	100,0
davon Entwicklungsorganisationen ⁵	3,2	4,6	5,6
Total in Mrd Franken	50,9	42,0	43,6

¹ Wegen Rundens der Zahlen addieren sich die einzelnen Anteile nicht unbedingt auf 100

² Inklusive Fremd- und Doppelwährungsanleihen

³ Inklusive Ausgabe, Übernahme und Plazierung von Aktien

⁴ Ohne Libyen und Ägypten (enthalten in Mittlerer Osten)

⁵ Weltbank (IBRD), Interamerikanische Entwicklungsbank, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank

Tokioter Börse eine kräftige Einbusse. Sie gingen gegenüber dem Vorjahresstand um 49% zurück, während die gewöhnlichen (Straight-)Anleihen um 126% zunahmen. Der Anteil der herkömmlichen Anleihen am Emissionstotal erreichte daher mit 65% wieder den Stand von 1988, nachdem er im Vorjahr auf 30% gesunken war. Mit 87% entfiel der weitaus grösste Teil des bewilligungspflichtigen Kapitalexports auf die Industrieländer. Dabei ging aber der Anteil Japans am gesamten bewilligten Kapitalexport von 50% im Vorjahr auf rund 30% zurück, während derjenige der Europäischen Gemeinschaft von 23% auf 32% zunahm. Der Anteil der internationalen Entwicklungsorganisationen stieg von 5% auf 6%.

Die Nationalbank kaufte im Jahre 1990 Obligationen im Nennwert von 457 Mio Franken. Der Nettozuwachs des Obligationenbestandes nach Abzug der Rückzahlungen betrug 325 Mio Franken.

Obligationenkäufe der Nationalbank

Bankbilanzen

Die Verlangsamung des Konjunkturaufschwungs und die Dollarabwertung prägten auch die Entwicklung der Bankbilanzen. Die Bilanzsumme der 68 in die Erhebung einbezogenen Bankinstitute erhöhte sich 1990 um 7% (1989: 7%) auf 803 Mrd Franken. Bei einer Bewertung der Dollarpositionen zum Vorjahreskurs ergäbe sich eine Zunahme um 10%. (Die Zahl der erfassten Banken verringerte sich infolge der Übernahme einer Sparkasse durch eine Kantonalbank von 69 auf 68.)

Wachstum der Bankbilanzen durch Konjunktur und Dollarkurs geprägt

Die Kredite lagen im Dezember 1990 um 9% über dem Vorjahresstand (1989: 16%). Der Anteil der Kredite an der Bilanzsumme erreichte – wie aus der Graphik «Bilanzstruktur» ersichtlich ist – mit 69% den höchsten Wert seit den späten sechziger Jahren (1989: 67%). Wie die Graphik «Mittelfluss» zeigt, wurde Ende 1989 der konjunkturelle Gipfel des Kreditwachstums überschritten. Das Kreditwachstum ging seither zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Rückgang des Dollarkurses die Zunahme der Kredite im Auslandsbereich unterzeichnet. Bei den Inlandkrediten stiegen die Debitoren mit einer Jahreswachstumsrate von 10% (1989: 18%). Die ausstehenden Kredite an inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften nahmen – angesichts der schlechteren Finanzlage der Gemeinwesen – nach längerer Stagnation markant zu (22%). Der Bestand an Hypotheken, die volumemässig grösste Kreditposition, wuchs trotz abgeschwächter Baukonjunktur noch um 8% (1989: 13%). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Hypothekarkredite mit zeitlicher Verzögerung auf Änderungen der Bautätigkeit reagieren, da diese in der Regel zunächst durch Baukredite finanziert wird.

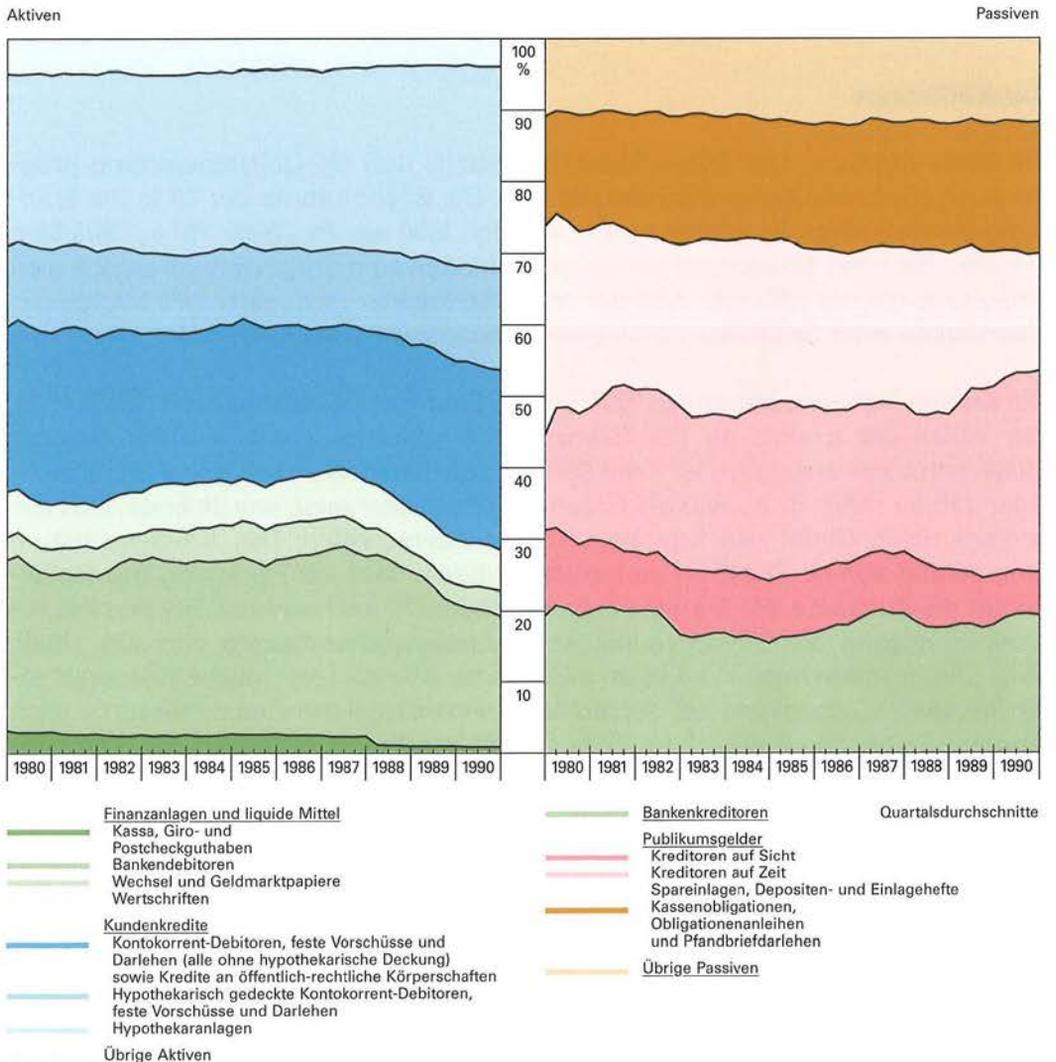
Schwächere Zunahme der Kredite

Die 68 Banken gewährten wie schon im Vorjahr netto mehr Kredite, als sie mit zufließenden Publikumsgeldern finanzieren konnten. Deshalb bauten sie ihre Finanzanlagen (liquide Mittel, Saldo Interbankgeschäft, Wechsel und Geldmarktpapiere sowie Wertschriften) weiter ab. Die Finanzanlagen sanken insgesamt im

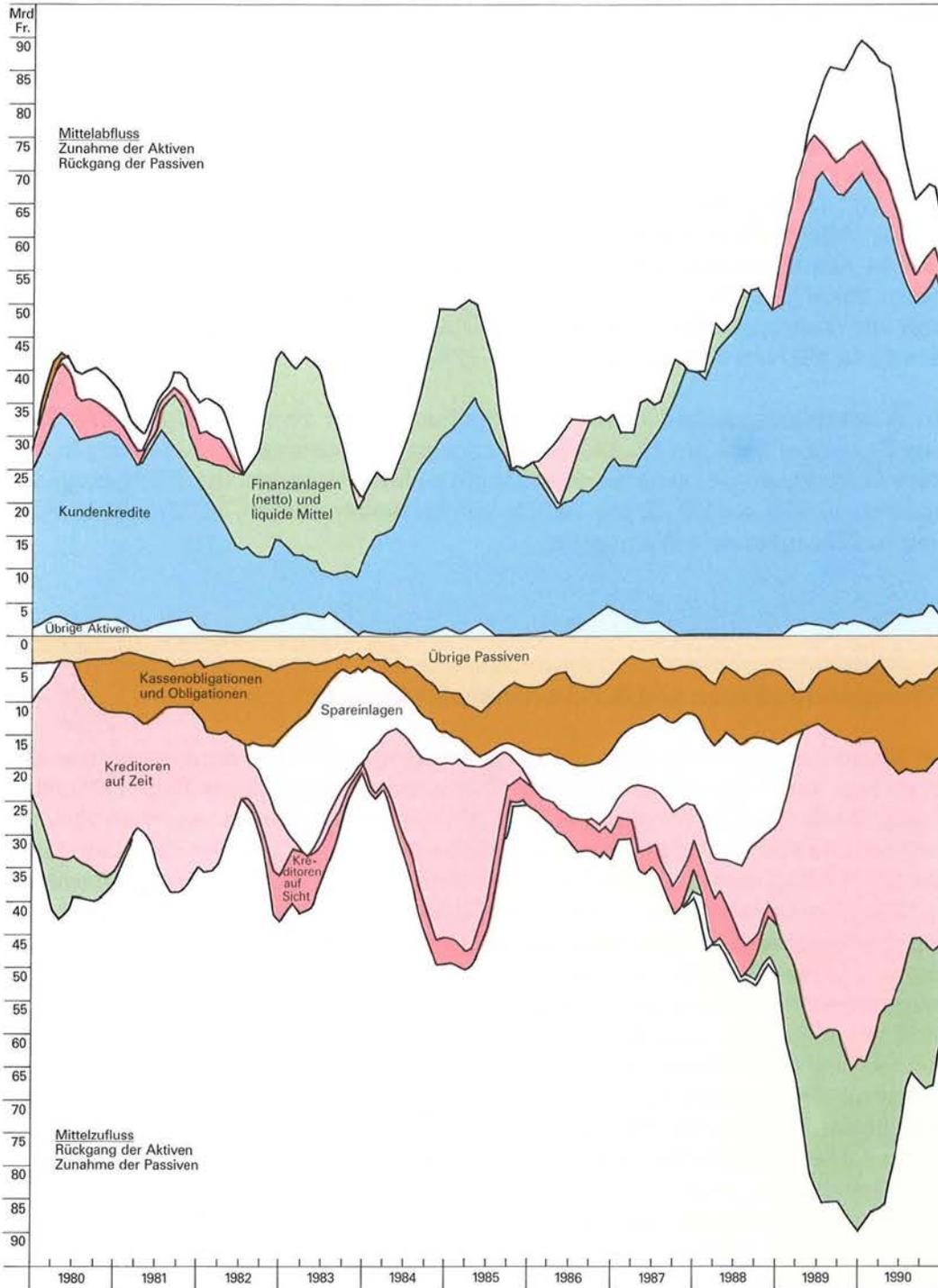
Abbau der Netto-Finanzanlagen durch Kreditaufnahme im Interbankgeschäft

Laufe des Jahres 1990 um 11% (1989: -27%). Der Rückgang betraf zum grossen Teil das Interbankgeschäft: die Bankenkreditoren überstiegen die Bankendebitoren im Mai erstmals seit dem zweiten Weltkrieg. Das bedeutet, dass die 68 erfassten Banken im Jahre 1990 im Interbankgeschäft von Gläubigern zu Schuldnern wurden. Die liquiden Mittel lagen, sowohl im Franken- als auch im Fremdwährungsbe- reich, Ende 1990 unter ihrem Stand vor Jahresfrist. Die Banken scheinen ihre Liquidität den neuen Vorschriften (Neue Liquiditätsvorschriften, SIC) weitgehend angepasst zu haben. Die Wertschriftenbestände stiegen infolge der anhaltenden Börsenbaisse nur um 3% über ihren Vorjahreswert (1989: +8%). Als einzige Unter- position der Finanzanlagen überstiegen die Wechsel und Geldmarktpapiere Ende 1990 den Wert von Ende Dezember 1989 markant (1990: +34%; 1989: +16%).

Bilanzstruktur von 68 Banken



Mittelfluss von 68 Banken



Quartalsdurchschnitte: absolute Veränderung gegenüber Vorjahresquartal

Umlagerungen bei den
Publikumsgeldern

Das Total der Publikumsgelder (einschliesslich Fremdwährungen) stieg im Jahre 1990 um 6% (1989: 7%). Die Passivseite der Bankbilanzen war auch im Jahre 1990 durch Umschichtungen vor allem von den Sichteinlagen (Kreditoren auf Sicht) und den Spargeldern zu den Termingeldern (Kreditoren auf Zeit) geprägt. Die Sichteinlagen sanken um 4% (1989: -6%), während die Termineinlagen um 14% stiegen. Die Graphik «Bilanzstruktur» zeigt den auch im Vergleich zur Hochzinsphase von 1981/82 gestiegenen Bilanzanteil der Kreditoren auf Zeit. Der Abfluss der Spar- und der Sichteinlagen hat sich – wie das Diagramm «Mittelfluss» zeigt – im Jahre 1990 jedoch verlangsamt. Nachdem die Spargelder von Monat zu Monat abgenommen hatten, lagen sie im September erstmals wieder über dem Niveau des Vormonats. Sie lagen Ende 1990 jedoch immer noch um 4% unter ihrem Vorjahreswert (1989: -9%). Die höhere Verzinsung der Kassenobligationen und die zunehmenden Renditen der Obligationen liessen die ausstehenden Bestände 1990 um 10% zunehmen (1989: +7%).

Schwacher Rückgang
im Treuhandgeschäft

Im Ausserbilanzgeschäft sanken die Treuhandgelder zwischen Dezember 1989 und Dezember 1990 um 1%. Die Treuhandpassiven stammten zu zwei Dritteln aus dem Ausland, wo sie beinahe vollumfänglich plaziert wurden. Die Treuhandgelder lauteten zu 35% auf US-Dollar, zu 27% auf Schweizer Franken, zu 12% auf D-Mark und zu 26% auf andere Währungen.

Finanzinnovationen und Strukturverschiebungen

Konzentrationsprozess
im Bankenbereich

Im Bankenbereich setzte sich der Konzentrationsprozess mit der Übernahme der Bank Leu durch die CS Holding, der Übernahme verschiedener Regionalbanken durch Gross- und Kantonalbanken und der Zusammenarbeit sowie dem Zusammenschluss von Regionalbanken fort. Infolge der Übernahme der Bank Leu durch die CS Holding wird die Bank Leu in der SNB-Statistik nicht mehr als Grossbank geführt. Die Kantonalbank von Bern, die Hypothekarkasse des Kantons Bern und die Gewerbekasse in Bern übernahmen Garantieverpflichtungen zugunsten von Berner Regionalbanken, die wegen erhöhten Rückstellungsbedarfs im Hypothekengeschäft die Eigenmittelvorschriften nicht mehr erfüllen konnten. Im Dezember 1990 gründeten sie zudem die BF Finanz AG, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Berner Regionalbanksubstanz zu erhalten. Das Bankenspektrum hat sich umgekehrt mit der Gründung der Alternativen Bank Schweiz (ABS) erweitert. Die ABS will ideelle Projekte mit Hilfe eines teilweisen Zinsverzichts der Gläubiger unterstützen. Die ausländischen Banken verhielten sich 1990 in der Schweiz uneinheitlich: Japanische, deutsche und britische Banken bauten ihre Stellung mit der Eröffnung neuer Niederlassungen oder der Übernahme anderer Bankinstitute aus. Zudem wurden 1990 vier japanische Finanzgesellschaften in Banken umgewandelt. Im Gegensatz dazu verminderten einzelne amerikanische Banken ihre Präsenz, indem sie gewisse Niederlassungen schlossen oder Abteilungen auflösten.

Auch im Börsen- und Finanzmarktbereich waren im Jahre 1990 Änderungen zu beobachten: Im Wertschriftenhandel konzentriert sich das Geschäft immer mehr auf die drei Börsenplätze Zürich, Genf und Basel. Die Regionalbörsen von Bern, Lausanne und St. Gallen beschlossen, den Handel aufzugeben. Einzig in Neuenburg wurde der Entscheid, ob die Börse weiterbestehen soll, aufgeschoben. Im Jahre 1990 gaben zudem verschiedene Banken ihren Börsensitz auf. Sie begründeten dies mit zu hohen Kosten einer direkten Börsenpräsenz. Der Handel mit Schweizer Aktien wird immer mehr ins Ausland verlagert. So verdoppelte sich im Jahre 1990 der Anteil der in London getätigten Umsätze am gesamten Handel mit Schweizer Aktien auf 20%. Umgekehrt sank der Umsatz an den Schweizer Börsen markant. Diese Verlagerungen sind teilweise mit der Stempelsteuer zu erklären.

Strukturwandel im
Wertschriftenhandel

Die SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange) führte im November einen Futureskontrakt auf den Aktienindex SMI ein. Indexfutures erlauben es den Anlegern, diversifizierte Aktienpositionen auf- und abzubauen, wobei wesentlich geringere Transaktionskosten anfallen als im Markt der einzelnen im Index enthaltenen Titel. Wichtige neue Informationen, die den Gesamtmarkt betreffen, führen deshalb zunächst zu Reaktionen im Futuresmarkt. Die Arbitrage zwischen dem Markt für Indexfutures und den Aktienbörsen sorgt für die entsprechende Anpassung der Aktienkurse. Im Sommer emittierte die Luzerner Kantonalbank erstmals am schweizerischen Kapitalmarkt eine Realzinsanleihe, die mit einem 2½% über der Inflationsrate (d.h. über der Zuwachsrate des Konsumentenpreisindex) liegenden Coupon ausgestattet ist. Im Dezember emittierte der Schweizerische Bankverein erstmals Call- und Putoptionen auf den Geldmarktzinssatz für dreimonatige Einlagen am Eurofrankenmarkt.

Neue Finanz-
instrumente

Die Association Tripartite Bourses (ATB) publiziert nebst dem Swissindex und dem Swiss Market Index neu auch den Swiss Bid/Ask-Index (SBAI). Der SBAI berücksichtigt nicht nur effektiv zustande gekommene Kurse, sondern auch Geld- und Briefkurse der an den ATB-Börsen Zürich, Genf und Basel permanent gehandelten Titel.

Neuer Börsenindex

3. Übrige Notenbankpolitik

Reform des Börsenwesens

Im Februar 1990 legte eine vom Eidg. Finanzdepartement eingesetzte Studien- gruppe über das Börsenwesen, in der auch die Nationalbank vertreten war, ihren Schlussbericht vor. Sie gab eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Organisation der schweizerischen Wertschriften- märkte ab. So regte sie an, ein Bundesgesetz über den Effektenhandel sowie ein Bundesgesetz über Finanzmarktdienstleistungen zu erlassen. Angesichts der Ten-

Empfehlungen zur
Reform

denz zur Zentralisierung des Börsenhandels erachtete sie eine einheitliche Aufsicht über die Wertschriftenmärkte als notwendig.

Auftrag an Expertenkommission

Im Juni 1990 wurde eine Expertenkommission damit betraut, den Entwurf eines eidgenössischen Effektenhandelsgesetzes zu erarbeiten. Ziel des gewerbepolizeilich ausgerichteten Erlasses ist die Gewährleistung eines ausreichenden Anleger- und Funktionsschutzes. Es geht darum, die Transparenz und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wertschriftenmärkte in einem globalen Umfeld sicherzustellen. Materiell soll das Gesetz eine Aufsicht über organisierte Handelssysteme (Börsen) und über gewerbsmässige Effekthändler beinhalten.

Rahmengesetz, Selbstregulierung und internationale Zusammenarbeit

Die Expertenkommission, der Vertreter von Bund, Nationalbank, Bankenkommission, Wissenschaft, Banken und Börsen angehörten, legte im Dezember 1990 dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements ihren Gesetzesentwurf mit Erläuterungsbericht vor. Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes. Im Bereich der Börsen beschränkt er sich auf eine staatliche Oberaufsicht und gibt der Selbstregulierung breiten Raum; bei der Händlernaufsicht übernimmt der Entwurf die bewährten Konzepte der schweizerischen Bankenaufsicht. Im Gesetzesentwurf sind auch die erforderlichen Kompetenzen für die Teilnahme der Schweiz an der internationalen Zusammenarbeit der Wertpapieraufsichtsbehörden verankert.

Finanzbeziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz

Einsetzen einer Arbeitsgruppe

Die Eidg. Bankenkommission war im Frühjahr 1989 vom Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements gebeten worden, die Unterschiede in den Rahmenbedingungen der schweizerischen und der liechtensteinischen Banken umfassend zu untersuchen. Abgeklärt werden sollten namentlich die Regelungsdifferenzen in bezug auf Fluchtgelder, Geldwäscherei, Gesellschaftsrecht und Bankenaufsicht. Die Bankenkommission setzte zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe ein, der auch Vertreter der Nationalbank angehörten.

Bericht über die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Banken

Ende April 1990 wurde der Bericht über die Finanzbeziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz erstattet. Er zeigt die dynamische Entwicklung des liechtensteinischen Finanzsektors in den letzten zwei Jahrzehnten sowie die enge Verflechtung der liechtensteinischen Banken mit dem Finanzplatz Schweiz auf. Ferner weist der Bericht auf die Lücken in der liechtensteinischen Bankenaufsicht hin, erörtert den nach wie vor hohen Anonymitätsgrad im liechtensteinischen Gesellschaftswesen und analysiert die Wettbewerbsvorteile, die sich für die liechtensteinischen Banken aus dem Ausschluss internationaler Rechtshilfe bei Steuer- und Abgabebetrug sowie aus der steuerrechtlichen Behandlung liechtensteinischer Holding- und Sitzgesellschaften ergeben. Da das Fürstentum beabsichtigt, binnen kurzem Insider- und Geldwäschereistrafnormen zu schaffen, dürfte sich das Regelungsgefälle gegenüber der Schweiz im Straf-

recht verringern. Der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements nahm vom Bericht in der Erwartung Kenntnis, dass die bestehenden Rechtsunterschiede zwischen dem Fürstentum und der Schweiz im Finanzbereich kleiner werden dürften. Ende Juni 1990 wurde der Bericht publiziert.

Gestützt auf den schweizerisch-liechtensteinischen Währungsvertrag finden regelmässig Konsultationen zwischen der liechtensteinischen Regierung und Vertretern der Nationalbank statt. Die Bedürfnisse der Geld- und Währungspolitik sind durch dieses Abkommen hinreichend abgedeckt. Die eingeleitete Totalrevision des liechtensteinischen Bankengesetzes soll eine professionelle Überwachung der liechtensteinischen Banken, an der auch die Nationalbank ein Interesse hat, sicherstellen. Nach Auffassung der Nationalbank wäre es sinnvoll, den Stand der liechtensteinischen Gesetzgebung in einigen Jahren erneut zu überprüfen.

Haltung der Nationalbank

Notenbankspezifische Fragen eines EWR-Abkommens

Die Schweiz führte zusammen mit den anderen EFTA-Ländern Verhandlungen mit der EG-Kommission zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR). Im EWR sollen ähnliche Bedingungen gelten wie im Binnenmarkt der EG. Die EFTA-Länder machten den Umfang der im EWR-Vertrag zu erfassenden Materie von ihrer Mitwirkung an der Entscheidungsbildung abhängig. Sie erklärten sich im Verlaufe der Verhandlungen bereit, im Prinzip auf permanente Ausnahmen zu Gunsten von Übergangsbestimmungen und Schutzklauseln zu verzichten, sofern die EG im Gegenzug einen echten gemeinsamen Entscheidungsmechanismus akzeptiert.

Schwierige Verhandlungen zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes

Die Nationalbank nahm auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs den vom Bundesrat eingeleiteten Vergleich zwischen dem Recht der Europäischen Gemeinschaften und dem schweizerischen Recht vor. Die Stellungnahmen der Nationalbank sind in die verschiedenen im Hinblick auf den Abschluss eines EWR-Vertrags gebildeten Arbeitsgruppen des Bundes und der EFTA-Verhandlungsdelegation eingeflossen.

Vergleich mit dem europäischen Recht

Es konnte festgestellt werden, dass die innerhalb der Europäischen Gemeinschaften per 1. Juli 1990 realisierte Freiheit des Kapitalverkehrs (Ratsrichtlinie vom 24. Juni 1988) seitens der Schweiz im wesentlichen bereits besteht. Generell stellt sich die Frage, wie sich die Schweiz in bezug auf den Immobilienerwerb durch Ausländer verhalten soll. Die geltenden Kapitalexportvorschriften (Art. 8 Bankengesetz) werden von der Nationalbank liberal gehandhabt, so dass in der Praxis Kapitalverkehrsfreiheit besteht. Mit dem Grundsatz der Freiheit des Dienstleistungsverkehrs kollidiert dagegen die gegenwärtig aus steuerlichen Gründen noch praktizierte Syndizierungsregel bei der Emission von Wertpapieren ausländischer Schuldner. Die im Nationalbankgesetz (Art. 16i) enthaltenen Instrumente zur Begrenzung des Kapitalimports werden von der Nationalbank derzeit nicht einge-

Wenig Probleme auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs

setzt. Eine Einbindung der Schweiz in das Recht der EG würde bedeuten, dass diese Massnahmen, wie auch eine Verschärfung der Kapitalexportpolitik, nur noch im Rahmen des Schutzklauselsystems eines EWR ergriffen werden könnten. Der Nationalbank erscheint eine solche Einbusse an Handlungsfreiheit vertretbar, sofern sie institutionell angemessen abgesichert wird. Dagegen hat die Nationalbank darauf aufmerksam gemacht, dass das in den EG-Verträgen und -Richtlinien vorgesehene Regime gemeinsamer devisenpolitischer Massnahmen gegenüber Drittstaaten angesichts der engen Verflechtung des Finanzplatzes Schweiz mit nichteuropäischen Finanzzentren problematisch sein könnte.

Untersuchungen über Netting-Systeme

Arbeiten im Rahmen
der BIZ

Aufgrund von Vorarbeiten einer bei der BIZ bestehenden Expertengruppe für Zahlungsverkehrssysteme setzten die Zentralbankpräsidenten der Länder der Zehnergruppe einen Ad-hoc-Ausschuss ein, der die Auswirkungen grenzüberschreitender und mehrere Währungen einbeziehender Netting-Vereinbarungen vertieft untersuchen sollte. Die gewonnenen Erkenntnisse sowie geschäftspolitische Empfehlungen an die Zentralbanken wurden im November 1990 von der BIZ veröffentlicht.

Netting als Mittel zur
Rationalisierung

Mit der Errichtung und dem Betrieb von Netting-Systemen bezwecken die teilnehmenden Finanzinstitute, die gegenseitigen Devisenzahlungen zwischen den Marktteilnehmern zu reduzieren, indem bei Fälligkeit pro Währung nur noch der durch Verrechnung gebildete Differenzbetrag beglichen wird. Die anzahl- und betragsmässige Verringerung der Zahlungen vermindert die Beanspruchung der bestehenden nationalen Zahlungsverkehrssysteme, kann die Abwicklungskosten senken und auch die Bonitäts- und Liquiditätsrisiken der Marktteilnehmer reduzieren helfen, sofern die Netting-Vereinbarungen rechtlich in allen betroffenen Staaten als verbindlich anerkannt werden.

Empfehlungen für
Netting-Systeme

Die Zentralbanken der Zehnergruppe verabschiedeten die vom Ad-hoc-Ausschuss vorgeschlagenen Mindestanforderungen für grenzüberschreitende und mehrere Währungen einbeziehende Netting-Systeme. Netting-Systeme sollten über fundierte Rechtsgrundlagen in allen betroffenen Rechtsordnungen verfügen. Die Teilnehmer sollten sich der mit den Einzelzahlungen verbundenen finanziellen Risiken und der durch das Netting bewirkten Änderungen dieser Risiken bewusst sein. Bei multilateralen Systemen sollte die Kreditexposition der Teilnehmer limitiert sein. Zudem sollte das System auch bei Ausfall des bedeutendsten Schuldners funktionsfähig bleiben. Schliesslich sind klare Zulassungskriterien und eine funktionierende technische Infrastruktur zu verlangen.

Grundsätze für die
Überwachung

Der Ad-hoc-Ausschuss formulierte zudem Grundsätze für die Überwachung von Netting-Systemen. Zuständig für die Beobachtung und Überwachung sollte primär die Zentralbank desjenigen Landes sein, in welchem das Netting-System

betrieben wird. Gegenstand der Überwachung sind das Konzept und der Betrieb des Systems. Sind mehrere Staaten betroffen, so müssen deren Aufsichtsorgane zusammenarbeiten. Von der Benutzung eines Netting-Systems, das die Mindestanforderungen nicht erfüllt, sollte die betreffende Zentralbank abraten.

Mitwirkung der Nationalbank an internationalen Währungsmassnahmen

Mitte Februar zahlte Mexiko einen Überbrückungskredit, der Mitte September 1989 von den Währungsbehörden der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Zentralbanken der anderen Länder der Zehnergruppe und Spaniens gewährt worden war, vollständig zurück. Damit endete die Beteiligung der Nationalbank, welche die Form einer Substitutionszusage an die BIZ in der Höhe von 20,2 Mio Dollar hatte.

Rückzahlung des Überbrückungskredits für Mexiko

Nachdem Polen im Februar vom IWF und von der Weltbank Kredite in Höhe von insgesamt 2,5 Mrd Dollar zugesprochen erhalten hatte, bezahlte das Land Ende Februar einen Überbrückungskredit von 500 Mio Dollar vorzeitig zurück. Der Kredit war Polen Ende Dezember 1989 von den Währungsbehörden der Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Zentralbanken der anderen Länder der Zehnergruppe, Spaniens und Österreichs gewährt worden. Die Substitutionszusage der Nationalbank an den von der BIZ koordinierten Kreditbetrag hatte 7,5 Mio Dollar betragen.

Rückzahlung des Überbrückungskredits für Polen

Mitwirkung der Nationalbank an Kreditzusagen und deren Beanspruchung Ende 1990

	Ursprüngliche Zusagen		Ausstehende Kredite		Offene Zusagen
			Ende 1989	Ende 1990	Ende 1990
1. Swap-Vereinbarungen					
Federal Reserve Bank of New York	4	Mrd \$	0	0	4 Mrd \$
Bank of Japan	200	Mrd Yen	0	0	200 Mrd Yen
BIZ	600	Mio \$	0	0	600 Mio \$
2. Multilaterale Kredite					
Allgemeine Kreditvereinbarungen (AKV)	1 020	Mio SZR	0	0	1 020 Mio SZR
«Witteveen»-Fazilität des IWF	650	Mio SZR	31,6 Mio SZR	0	0
3. Bilaterale Kredite					
Jugoslawien ¹	80	Mio \$	14,5 Mio \$	0	0
4. Substitutionszusagen					
Mexiko ¹	20,2	Mio \$	10,0 Mio \$	0	0
Polen ¹	7,5	Mio \$	3,2 Mio \$	0	0
Ungarn ¹	5,0	Mio \$	0	0	0

¹ Mit Bundesgarantie

Überbrückungskredit
für Ungarn

Mitte Juni 1990 gewährten die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten und die Zentralbanken der anderen Länder der Zehnergruppe sowie Österreichs einen Überbrückungskredit in Höhe von 280 Mio Dollar an Ungarn. Der Kredit diente zur Überbrückung der Zeitspanne, bis die Weltbank und die japanische Exim-Bank längerfristige Mittel zur Verfügung stellten. Die ungarische Nationalbank zahlte den Kredit bis Mitte September vollständig zurück. Die Schweizerische Nationalbank hatte eine Substitutionszusage von 5 Mio Dollar an die BIZ geleistet.

Rückzahlung
mittel- und langfristiger
Kredite

Der im Rahmen der «Witteveen»-Fazilität des Internationalen Währungsfonds (IWF) noch ausstehende Restbetrag von 31,6 Mio SZR eines Kredites von ursprünglich 650 Mio SZR wurde vom Fonds im Jahre 1990 zurückbezahlt. Damit endete die Beteiligung der Nationalbank an dieser befristeten Sonderfazilität. Ferner tilgte Jugoslawien den letzten Teil eines mittelfristigen Kredites von ursprünglich 80 Mio Dollar, den die Nationalbank im Jahre 1983 im Auftrag und mit Garantie des Bundes eingeräumt hatte.

D. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

1. Devisen-, Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäfte

Devisengeschäfte

Die Devisengeschäfte der Nationalbank standen 1990 wiederum hauptsächlich im Dienste der Geldpolitik. Den Devisenswaps kam dabei die grösste Bedeutung zu. Daneben wurden vor allem kommerzielle Devisengeschäfte mit dem Bund und mit ausländischen Institutionen abgeschlossen. Devisenmarktinterventionen wurden lediglich in geringem Umfang getätigt.

Devisenswaps

Die Swaps wurden zu Marktbedingungen gegen Dollars abgeschlossen, d.h. der angewandte Terminkurs reflektierte die Zinsdifferenz von vergleichbaren Franken- und Dollardepots im Eurogeldmarkt. Die Swapabschlüsse konzentrierten sich auf Laufzeiten zwischen einer Woche und sechs Monaten.

Entwicklung

Dollar/Franken-Swaps

in Mio Franken, Jahresmittel	1989	1990
Mit Laufzeit von:		
bis 1 Woche	255,8	49,4
über 1 Woche bis 1 Monat	2 384,3	1 921,5
über 1 Monat bis 2 Monate	2 947,5	1 995,8
über 2 Monate bis 3 Monate	4 528,0	3 961,1
über 3 Monate bis 6 Monate	1 521,9	2 503,1
über 6 Monate bis 12 Monate	—	—
Total	<u>11 637,5</u>	<u>10 430,9</u>

Übrige Devisengeschäfte

Neben den Swapoperationen führte die Nationalbank eine Reihe weiterer Devisengeschäfte durch. Interventionen fanden lediglich in den Monaten Januar, März und April statt. Sie verursachten einen deutlich geringeren Abfluss an Devisen als im Vorjahr. Bei den kommerziellen Transaktionen dominierten die für Auslandzahlungen bestimmten Devisenverkäufe an den Bund. Geschäfte mit internationalen Organisationen und mit anderen Notenbanken führten zu einem Devisenzufluss.

Entwicklung

Devisenoperationen (ohne Swaps und Erträge)

in Mio Franken, Näherungswerte	Veränderung des Devisenbestandes	
	1989	1990
Interventionen	-3770	- 128
Fällige Termingeschäfte	—	—
Devisengeschäfte mit Notenbanken	+ 135	+ 29
Devisengeschäfte mit internationalen Organisationen	- 42	+ 31
Devisenzahlungen für den Bund	-3402	-2898
Fremdwährungsrückdeckungen	+1419	+4522
Total	-5660	+1556

Bewertung

Die Bewertung der Devisenbestände erfolgt zum Einstandspreis in fremder Währung. Deren Umrechnung in Franken per Bilanzstichtag basiert für alle nicht kursgesicherten Auslandforderungen auf dem mittleren Wechselkurs des Monats Dezember. Beim Dollar ergab dies im Berichtsjahr einen Kurs von 1,2776 (1989: 1,5680) Franken. Forderungen aus Devisenswaps werden, da sie kursgesichert sind, zum Kassakurs bilanziert. In erster Linie wegen dem Kursrückgang des Dollars resultierte ein Buchverlust von insgesamt 3,98 Mrd Franken.

Devisenanlagen

Die Devisenanlagen der Nationalbank wurden auch 1990 nach den anlagepolitischen Kriterien Sicherheit, Liquidität und Ertrag bewirtschaftet. Der grösste Teil der Devisenanlagen war in den USA investiert, und zwar hauptsächlich in amerikanischen Schatzwechseln. Der Rest war in Europa, vor allem bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), angelegt. Ein geringer Anteil wurde direkt im Euromarkt plziert.

Entwicklung

Am Jahresende betrug der Dollaranteil am Devisenbestand fast 90%. Von den Dollars stammten rund die Hälfte aus Swapoperationen und waren somit kursgesichert. Die Zunahme des D-Mark- und Yen-Bestandes steht im Zusammenhang mit längerfristigen Bemühungen, den Devisenbestand graduell zu diversifizieren. Die starke Erhöhung des Bestandes an japanischen Regierungspapieren wurde durch die Bestrebungen Japans möglich, einen zunehmenden Anteil der Staatsschuld durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel zu finanzieren.

Devisenanlagen

in Mio Franken, Jahresende	1989	1990	Veränderung
Dollars			
— US-Staatspapiere	20 310,9	23 180,3	+ 2 869,4
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	12 258,0	7 934,7	- 4 323,3
— Übriger Geldmarkt	3 264,9	1 648,5	- 1 616,4
	<u>35 833,8</u>	<u>32 763,5</u>	<u>- 3 070,3</u>
davon kursgesichert	17 859,8	14 729,3	- 3 130,5
Deutsche Mark			
— Staatspapiere	1 280,8	1 317,2	+ 36,4
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	1 687,4	1 828,5	+ 141,1
— Übriger Geldmarkt	2,3	2,4	+ 0,1
	<u>2 970,5</u>	<u>3 148,1</u>	<u>+ 177,6</u>
Yen			
— Staatspapiere	4,9	740,3	+ 735,4
— Forderungen gegenüber Währungsinstitutionen	405,6	202,8	- 202,8
— Übriger Geldmarkt	390,5	340,3	- 50,2
	<u>801,0</u>	<u>1 283,4</u>	<u>+ 482,4</u>
Diverse	14,9	14,8	- 0,1
Total	<u>39 620,2</u>	<u>37 209,8</u>	<u>- 2 410,4</u>

Internationale Zahlungsmittel

Zu den internationalen Zahlungsmitteln zählen die Sonderziehungsrechte (SZR) und die Europäischen Währungseinheiten (Ecu). Als sogenannter «other holder» von SZR ist die Nationalbank berechtigt, beim IWF SZR-Sichtguthaben zu halten und damit Transaktionen durchzuführen. Am Jahresende erreichten die SZR-Guthaben der Nationalbank den Gegenwert von 2,4 Mio (1989: 7,4 Mio) Franken. Die Ecu-Guthaben erreichten den Gegenwert von 110,5 Mio (1989: 116,2 Mio) Franken.

Internationale Zahlungsmittel

in Mio Franken, Jahresende	1989	1990	Veränderung
Sonderziehungsrechte	7,4	2,4	- 5,0
Ecu	<u>116,2</u>	<u>110,5</u>	<u>- 5,7</u>
Total	<u>123,6</u>	<u>112,9</u>	<u>- 10,7</u>

Währungskredite

Ende 1990 waren keine Währungskredite mehr ausstehend. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zahlte den noch ausstehenden Restbetrag der «Witteveen»-Fazilität zurück. Ferner tilgte Jugoslawien den letzten noch ausstehenden Teil eines bilateralen Kredites von ursprünglich 80 Mio. Dollar.

Geldmarktgeschäfte

Geschäftsarten

Neben den Devisenswaps kommt der Weiterplazierung von Bundesgeldern eine bedeutende Rolle bei der Liquiditätssteuerung zu. Diskont- und Lombardkredite zählen gleichfalls zu den Geldmarktgeschäften.

Weiterplazierung von Bundesgeldern

Die Nationalbank kann Festgeldanlagen des Bundes auf eigene Initiative und nach geldpolitischen Kriterien am Markt weiterplazieren. Die Weiterplazierung von Bundesgeldern eignet sich im besonderen Mass, um die Notenbankgeldmenge kurzfristig flexibel zu steuern. Im Jahresmittel wurden 890 Mio (1989: 1775 Mio) Franken weiterplaziert. Die Gelder wurden in der Regel für einen Tag bis drei Monate auf Rechnung und Gefahr des Bundes bei Banken angelegt.

Diskontkredit: Pflichtlagerwechsel

Mit Wirkung ab 1. Januar 1990 hat das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement mit der Nationalbank und der Schweizerischen Bankiervereinigung eine neue Vereinbarung über die Finanzierung von Pflichtlagern abgeschlossen. Die Nationalbank hat den Banken im Rahmen dieser zweijährigen Übergangslösung die Möglichkeit gegeben, bis zu einem Drittel ihrer diskontierten Pflichtlagerwechsel bei der SNB zum offiziellen Diskontsatz zu rediskontieren. Da der Diskontsatz deutlich unter den Marktzinsen lag, haben die Banken von dieser Möglichkeit regen Gebrauch gemacht. Im Jahresdurchschnitt gewährte die Nationalbank Darlehen für rediskontierte Pflichtlagerwechsel von 742,3 Mio (1989: 718,8 Mio) Franken. Die Nationalbank rediskontierte im Durchschnitt 28% aller ausstehenden Pflichtlagerwechsel.

Lombardkredit

Lombardkredite wurden von den Banken 1990 lediglich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe beansprucht. Im Jahresdurchschnitt waren 33,0 Mio (1989: 67,2 Mio) Franken Lombardkredite ausstehend.

Kapitalmarktgeschäfte

Wertschriftenkäufe im Jahre 1990

Im Berichtsjahr erwarb die Nationalbank Wertschriften im Nennwert von gesamt 457 Mio (1989: 304 Mio) Franken. Rund 47% der Käufe entfielen auf Obligationen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden), der Rest auf Obligationen von Banken und Pfandbriefanstalten. Rückzahlungen reduzierten den Wert-

schriftenbestand um nominal 132 Mio (1989: 102 Mio) Franken. Die Obligationenkäufe wurden gleichmässig auf das Jahr verteilt; Obligationenverkäufe wurden keine vorgenommen.

Die Bundestitel sind mit 80%, die übrigen mit 70% ihres Nominalwerts bilanziert. Wo der Anschaffungspreis im Einzelfall tiefer liegt, wird zu diesem Wert bilanziert. Wertschriften mit einer Restlaufzeit bis zu zwei Jahren werden in die Deckung des Notenumlaufs einbezogen.

Bewertung

Wertschriftenbestand

Nominalwert am Jahresende in Mio Franken	Total 1989	wovon deckungsfähige	Total 1990	wovon deckungsfähige
Eidgenossenschaft	846,5	95,4	976,6	190,0
Kantone	823,1	92,8	819,2	143,4
Gemeinden	493,6	64,9	493,0	71,6
Banken	715,3	89,4	776,6	150,0
Pfandbriefinstitute	677,7	3,7	815,8	49,3
	<u>3 556,2</u>	<u>346,2</u>	<u>3 881,2</u>	<u>604,3</u>

2. Zahlungsverkehr

Im Rahmen ihres Auftrags, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, gibt die Nationalbank Banknoten aus und besorgt für den Bund die Verteilung der Münzen. Ausserdem nimmt sie zentrale Aufgaben im bargeldlosen Zahlungsverkehr wahr (Nationalbankgiro und Interbank-Zahlungsverkehr).

Beitrag der
Nationalbank

Noten- und Münzumlauf

Notenumlauf

Der Notenumlauf ging im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im Jahresdurchschnitt 1990 betrug der Notenumlauf 25,9 Mrd Franken. Er lag damit 2,0% unter dem Vorjahresstand (1989: + 2,3%).

Entwicklung

Notenumlauf nach Abschnitten

Jahresmittel der Ausweiswerte								
Abschnitte zu Franken	1000	500	100	50	20	10	5	Total
in Mio Franken								
1989	12 022,0	3 832,4	7 924,6	1 254,6	915,5	524,0	9,0	26 482,1
1990	11 495,8	3 666,6	8 029,0	1 274,4	935,9	537,4	9,0	25 948,1
in %								
1989	45,40	14,47	29,92	4,74	3,46	1,98	0,03	100
1990	44,31	14,13	30,94	4,91	3,61	2,07	0,03	100

Deckung des Notenumlaufs

Im Jahresdurchschnitt betrug die Deckung des Notenumlaufs unter Einrechnung sämtlicher deckungsfähiger Aktiven 185,8%. Die Notendeckung durch Gold allein lag im Jahresdurchschnitt bei 46,0%. Das Gold wurde zum gesetzlich festgelegten Kurs von 4595,74 Franken pro Kilogramm bewertet.

Deckung des Notenumlaufs

in Mio Franken, Ende 1990	
Gold	11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven	
Devisenanlagen	37 209,8
Internationale Zahlungsmittel	112,9
Inlandportefeuille	711,1
Lombardvorschüsse	165,7
Deckungsfähige Wertschriften	442,0
Gesamte Notendeckung	50 545,4

Notenherstellung und -vernichtung

Im Jahre 1990 nahm die Nationalbank rund 115,9 Mio druckfrische Banknoten im Nennwert von 6,5 Mrd Franken in ihre Bestände auf. Andererseits wurden 74,9 Mio beschädigte oder zurückgerufene Noten im Gegenwert von 6,9 Mrd Franken vernichtet.

Zurückgerufene Noten

Von den im Jahre 1980 zurückgerufenen Noten früherer Emissionen – sie sind bis zum 30. April 2000 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr noch Abschnitte im Werte von gesamthaft 374,6 Mio Franken (1989: 399,6 Mio Franken) ausstehend.

Münzen

1990 lieferte die Eidg. Münzstätte der Nationalbank 91,5 Mio Münzen im Nennwert von 33,2 Mio Franken für den Zahlungsverkehr. Neben den erforderlichen Scheidemünzen gab die Nationalbank im Auftrag und für Rechnung des Bundes 1,2 Mio Gedenkmünzen «100. Todestag von Gottfried Keller» zu nominal 5 Franken sowie 31500 Münzsätze 1989 aus. Der Münzumsatz betrug im Jahresdurchschnitt 1,8 Mrd (1989: 1,7 Mrd) Franken.

Neue Münzen

Die Notenausgabe und die Münzverteilung erfolgten über die Sitze Bern und Zürich, die acht Zweiganstalten und die zwanzig Agenturen der Nationalbank. Dazu kamen 748 Banken, die als Korrespondenten der Nationalbank den lokalen Geldausgleichsverkehr mit den PTT- und SBB-Stellen besorgten.

Organisation der Bargeldversorgung

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Der überwiegende Teil des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird über das Überweisungssystem der Nationalbank (Nationalbankgiro), das «Swiss Interbank Clearing» (SIC), die verschiedenen Interbank-Dienstleistungen und das Postchecksystem abgewickelt. Bank- und Postzahlungsverkehr sind über Nationalbankkonten miteinander verbunden.

Die Nationalbank führt Girorechnungen für Banken, öffentliche Körperschaften, ausländische Noten- und Geschäftsbanken sowie internationale Organisationen. Ende 1990 betrug die Anzahl Girokonten 1018, davon waren 149 ausländische Adressen.

Nationalbankgiro

Ende 1990 waren 164 Bankinstitute an das elektronische Zahlungsverkehrssystem SIC angeschlossen. 1990 wurden von diesen Instituten 62 Mio (1989: 56 Mio) Zahlungen im Gesamtbetrag von rund 30 Billionen (1989: 30 Billionen) Franken über das SIC ausgeführt.

SIC

Interbank-Dienstleistungen, wie der «Datenträgeraustausch», das «Checkclearing» und die Abrechnung der Wertschriftentransaktionen, die von verschiedenen Gemeinschaftsunternehmen der Banken angeboten werden, ergänzen das Nationalbankgiro und das SIC. Die Forderungen, die bei der Abwicklung dieser Interbank-Zahlungen entstehen, werden über die Girokonten der Teilnehmer bei der Nationalbank beglichen.

Dienstleistungen im Bankenclearing

3. Dienstleistungen für den Bund

Die Dienstleistungen der Nationalbank für den Bund umfassen im wesentlichen den Bereich Zahlungsabwicklung sowie die Aufnahme und Anlage von Bundesmitteln.

Bundeskonto und Bundesanlagen

Zahlungsverkehr des Bundes

Die Nationalbank nimmt für Rechnung des Bundes Zahlungen entgegen und führt in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte – darunter auch Auslandszahlungen – aus.

Anlage kurzfristiger Bundesmittel

Die Konten des Bundes bei der Nationalbank dienen in erster Linie dem Zahlungsverkehr. In ihrer Ausgestaltung werden sie aber auch anlagepolitischen Bedürfnissen gerecht. Die Sichtguthaben des Bundes werden bis zum Betrag von 500 Mio Franken zum Tagesgeldsatz verzinst. Ausserdem steht dem Bund die Möglichkeit offen, seine liquiden Mittel bei der Nationalbank als Festgelder bis zu 2 Jahren Laufzeit und zu marktüblichen Zinsen zu plazieren. Die Nationalbank ist ihrerseits frei, diese Mittel im Markt weiterzuplazieren. Im Berichtsjahr hielt der Bund bei der Nationalbank Sichtguthaben von durchschnittlich 209 Mio (1989: 251 Mio) Franken und Festgeldanlagen von durchschnittlich 2099 Mio (1989: 2975 Mio) Franken. Seit Anfang August 1990 werden die Festgeldanlagen des Bundes unter der Position «Verbindlichkeiten auf Zeit» separat ausgewiesen.

Bundesanlagen bei Banken

Durch Vermittlung der Nationalbank tätigte der Bund bei verschiedenen Banken zudem Festgeldanlagen mit Laufzeiten von 11 Monaten bis 3 Jahren im Gesamtbetrag von 32 Mio Franken.

Mitwirkung der Nationalbank bei der Mittelaufnahme des Bundes

Die Nationalbank ist dem Bund bei der Mittelbeschaffung im Geld- und Kapitalmarkt behilflich. Im Auftrag und für Rechnung des Bundes emittierte sie öffentliche Anleihen, gab Geldmarkt-Buchforderungen aus und plazierte Schatzanweisungen.

Bundesanleihen

1990 wurden 4 (1989: 4) Bundesanleihen im Gesamtbetrag von 1019 Mio (1989: 972 Mio) Franken ausgegeben. Die Emissionen erfolgten wiederum nach dem Tender-Verfahren. Im Unterschied zum Vorjahr gelangten 1990 keine Anleihen zur Rückzahlung (1989: 930 Mio Franken).

Geldmarkt-Buchforderungen

Bei den Auktionen dreimonatiger Buchforderungen, welche zweimal monatlich erfolgten, wurden zwischen 178,30 Mio und 314,45 Mio Franken zugeteilt. Zudem gab der Bund sechsmonatige Geldmarkt-Buchforderungen in den Monaten März, Juni, September und Dezember aus. Dabei wurden durchschnittlich rund 136 Mio Franken zugeteilt. Im Jahresdurchschnitt waren Buchforderungen in der Höhe von 1262 Mio (1989: 849 Mio) Franken ausstehend.

Im November 1990 übergab die Nationalbank die Führung des Geldmarkt-Registers, in das die Buchforderungen des Bundes eingetragen sind, der SEGA

Schweizerische Effekten-Giro AG. Die Zeichnungen für die Forderungen werden weiterhin bei der Nationalbank eingereicht, die wie bisher das Auktionsverfahren, die Emission und die Rückzahlung abwickelt. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Führung des Geldmarkt-Registers durch die SEGA wurden die technischen Voraussetzungen für den weiteren Ausbau eines Sekundärmarktes für Buchforderungen geschaffen.

Die Mittelaufnahme des Bundes am Geldmarkt erfolgte ausserdem durch die Emission von Schatzanweisungen, wobei die Nationalbank deren Plazierung bei den Banken vornahm. Im Berichtsjahr wurden Schatzanweisungen mit Laufzeiten von 3 und 6 Monaten ausgegeben. Die Liechtensteinischen Banken verzichteten darauf, zwei fällig gewordene Spezialemissionen von Schatzanweisungen zu erneuern. Ein entsprechendes Angebot wurde ihnen vom Bund unterbreitet. Der Betrag an ausstehenden Schatzpapieren belief sich im Jahresmittel auf 247 Mio (1989: 384 Mio) Franken.

Schatzanweisungen

Seine kürzerfristigen Liquiditätsbedürfnisse befriedigte der Bund durch tageweise Festgeldverschuldung bei Geschäftsbanken von zusammen 31,1 Mrd Franken. Den Lombardkredit der SNB beanspruchte er zweimal mit insgesamt 54 Mio Franken.

Festgeldaufnahmen im Markt

Übrige Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank besorgte unentgeltlich die Aufbewahrung und Verwaltung der ihr vom Bund und seinen Betrieben übergebenen Wertschriften und Wertgegenstände.

Wertschriftenverwaltung

Sie führte ausserdem das Eidgenössische Schuldbuch, in das Forderungen aus der Geldaufnahme oder der Schuldübernahme für Rechnung des Bundes eingetragen werden können. Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Bewegungen:

Eidgenössisches Schuldbuch

Eintragungen im Eidgenössischen Schuldbuch

in Mio Franken

Bestand Ende 1989	1415,8
Zunahme im Jahre 1990:	
Zeichnungen aus Neuemissionen	+ 1,8
Umwandlungen von Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen	+ 81,1
Abgänge im Jahre 1990:	
Rückzahlungen	- 146,8
Bestand Ende 1990	<u>1351,9</u>

Akkreditive

Als weitere Dienstleistung für den Bund übernahm die Nationalbank wie bisher die Abwicklung der Dokumentarakkreditive für spezielle Güterimporte von Bundesstellen. Hauptsächlich wickelte die Nationalbank Exportakkreditive ab, die im Zusammenhang mit Entwicklungshilfeleistungen des Bundes an Drittweltländer stehen.

4. Geschäftsergebnis

Eigene Mittel

Grundkapital

Das Grundkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio Franken, eingeteilt in 100 000 Aktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Verteilung des Aktienbesitzes

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Uebertragung von 3668 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 1990 waren die Eintragungsgesuche für 430 Aktien hängig oder ausstehend. Die übrigen Aktien waren wie folgt verteilt:

1565	Privataktionäre mit je	1 Aktie
1961	Privataktionäre mit je	2— 10 Aktien
382	Privataktionäre mit je	11— 100 Aktien
22	Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
20	Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>3950</u>	Privataktionäre mit zusammen	<u>36 641</u> Aktien
26	Kantone mit zusammen	38 981 Aktien
29	Kantonalbanken mit zusammen	17 730 Aktien
51	Andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	<u>6 218</u> Aktien
<u>4056</u>	Aktionäre mit zusammen	<u>99 570</u> Aktien
	pro memoria: Eintragungsgesuche hängig oder ausstehend für	<u>430</u> Aktien
	insgesamt	<u>100 000</u> Aktien

Somit waren 63% der Aktien im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 37% im Besitz von Privataktionären; 22% wurden von natürlichen Personen und 15% von juristischen Personen gehalten.

Reservefonds

Im Jahre 1990 wurde der Reservefonds um 1 Mio Franken auf 55 Mio Franken aufgestockt. Die ausgewiesenen Eigenmittel der Nationalbank betragen somit 80 Mio Franken.

Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich Ende 1990 um 1578,2 Mio Franken.

Rückstellungen

in Mio Franken, Jahresende	Bestand 1989	Bestand 1990	Veränderung
Währungsrisiken	<u>15 534,9</u>	<u>17 113,1</u>	<u>+1 578,2</u>
Andere:			
Bankgebäude	100,0	100,0	
Banknotenherstellung	100,0	100,0	
Offenmarktoperationen	100,0	100,0	
Nicht versicherte Schadenfälle	100,0	100,0	
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	90,0	90,0	
Diverse	<u>140,0</u>	<u>140,0</u>	
	<u>630,0</u>	<u>630,0</u>	
Total	<u>16 164,9</u>	<u>17 743,1</u>	<u>+1 578,2</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand	1989 Fr.	1990 Fr.
Betriebsaufwand	152 865 084.22	143 896 414.14
Bankbehörden	734 132.85	792 605.90
Personal	58 569 929.63	62 716 930.66
Raumaufwand	45 149 955.44	20 304 614.55
Betriebsausstattungsaufwand	4 357 981.85	15 966 057.40
Geschäfts- und Büroaufwand	3 359 898.95	3 984 566.66
Information und Kommunikation	1 944 879.28	2 542 733.64
Druckaufwand, Publikationen	852 222.15	849 762.10
Aufwand aus Notenumlauf	21 291 645.25	20 462 747.20
Übriger Sachaufwand	16 604 438.82	16 276 396.03
Wertaufwand	95 232 671.85	155 224 643.50
Passivzinsen Deponenten	4 267 202.05	5 809 725.10
Passivzinsen Bundesverwaltung	55 161 042.30	101 145 182.40
Abschreibungen auf Wertschriften	35 804 427.50	48 269 736.—
Abschreibungen auf Bankgebäuden	—.—	—.—
Abschreibungen auf Devisen	—.—	3 976 820 144.04
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	1 089 907 360.02	—.—
Steuern	297 861.—	3 365 063.15
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	2 000 000.—	6 000 000.—
Einlage in die Rückstellung für Währungsrisiken	2 793 303 159.39	2 494 209 440.25
Reingewinn	7 592 823.20	7 592 823.20
	<u>4 141 198 959.68</u>	<u>6 787 108 528.28</u>

Ertrag	1989 Fr.	1990 Fr.
Betriebsertrag	6 250 592.28	6 123 403.02
Kommissionen	1 696 177.49	1 625 644.07
Ertrag aus Bankgebäuden	4 087 962.35	4 100 377.30
Diverse Einnahmen	466 452.44	397 381.65
Wertertrag	3 045 041 007.38	2 804 164 981.22
Devisen- und Goldertrag	2 848 708 022.68	2 585 096 887.40
Diskontertrag	33 906 386.55	44 196 803.87
Lombardertrag	5 672 088.30	3 895 215.20
Wertschriftenertrag	149 503 808.40	160 162 947.60
Ertrag von Inlandkorrespondenten	7 250 701.45	10 813 127.15
Aufwertung auf Devisen	1 089 907 360.02	—.—
Übertrag ab Konto Bewertungs- korrektur auf Devisen	—.—	3 060 813 627.42
Entnahme aus der Rückstellung für Währungsrisiken	—.—	916 006 516.62
	<u>4 141 198 959.68</u>	<u>6 787 108 528.28</u>

Jahresschlussbilanz¹

Aktiven	1989 Fr.	1990 Fr.
Kassa	12 128 458 663.56	12 093 587 706.32
Gold	11 903 906 919.85	11 903 906 919.85
Münzen	224 551 743.71	189 680 786.47
Devisenanlagen	39 620 214 366.40	37 209 822 918.86
Internationale Zahlungsmittel	123 616 795.32	112 868 945.66
Währungskredite	87 148 160.79	—.—
Inlandportfeuille	542 741 002.70	711 050 422.—
Pflichtlagerwechsel	542 741 002.70	711 050 422.—
Lombardvorschüsse	704 123 171.15	165 688 570.83
Wertschriften	2 573 973 001.—	2 813 979 561.—
deckungsfähige	251 840 500.—	442 011 100.—
andere	2 322 132 501.—	2 371 968 461.—
Korrespondenten im Inland	458 343 312.64	566 983 853.69
Inkassowechsel	816 493.80	144 840.80
Postcheckguthaben	2 729 872.87	3 416 476.20
Coupons	—.—	565 264.70
Bankgebäude	1.—	1.—
Mobilier	1.—	1.—
Sonstige Aktiven	23 448 447.08	27 633 768.07
Nicht einbezahltes Grundkapital	25 000 000.—	25 000 000.—
	<u>56 290 613 289.31</u>	<u>53 730 742 330.13</u>

¹ Erläuterungen zur Bilanz sind in Teil D, Ziffern 1-4 des Geschäftsberichts zu finden.

Passiven	1989 Fr.	1990 Fr.
Notenumlauf	29 168 378 715.—	29 640 487 125.—
Girorechnungen inländischer Banken und Finanzgesellschaften	4 948 390 215.88	4 595 298 502.53
Girorechnungen ausländischer Banken	119 005 011.56	59 783 270.33
Bundesverwaltung	2 571 879 948.88	621 681 899.88
Deponenten	77 865 430.40	88 561 201.47
Ausstehende Checks	7 556 881.02	6 444 929.50
Verbindlichkeiten auf Zeit	—.—	785 000 000.—
Sonstige Passiven	60 184 019.89	77 743 038.53
Rückstellung für Währungsrisiken	15 534 946 616.06	17 113 149 539.69
Andere Rückstellungen	630 000 000.—	630 000 000.—
Bewertungskorrektur auf Devisen	3 060 813 627.42	—.—
Grundkapital	50 000 000.—	50 000 000.—
Reservefonds	54 000 000.—	55 000 000.—
Reingewinn	7 592 823.20	7 592 823.20
	<u>56 290 613 289.31</u>	<u>53 730 742 330.13</u>

Anmerkungen zur Bilanz		
— Versicherungswert der Bankgebäude	371 041 100.—	380 696 600.—
— Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	75 101 061.—	61 192 038.—
— Substitutionszusage für Überbrückungskredite der BIZ (vgl. S. 51f.)	27 440 000.—	—.—
— Akkreditive gedeckt durch ausgesonderte Guthaben ungedeckt, ohne Verbindlichkeit der Nationalbank avisiert	6 144 993.—	1 765 944.—
	271 836.—	332 826.—

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erfolgsrechnung der Nationalbank wurde wie üblich von den Zinseingängen und den Wertänderungen auf dem Devisenbestand beherrscht. In erster Linie führte der Rückgang des Dollarkurses von 1,5680 Franken auf 1,2776 Franken (Dezember-Mittelkurse 1989/90) zu einem Buchverlust auf dem nicht kursgesicherten Devisenbestand von 3976,8 Mio Franken. Er wurde durch die Auflösung des Kontos «Bewertungskorrektur auf Devisen» von 3060,8 Mio Franken und durch die Entnahme aus der Rückstellung für Währungsrisiken von 916 Mio Franken gedeckt. Der Saldo der übrigen Posten der Erfolgsrechnung von 2501,8 Mio (1989: 2800,9 Mio) Franken wurde zur Äufnung der Rückstellung für Währungsrisiken sowie für den Reingewinn verwendet.

Der Devisenertrag belief sich auf 2585,1 Mio (1989: 2848,7 Mio) Franken. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr erklärt sich vor allem durch realisierte Kursverluste und den Rückgang der Dollarzinsen.

Die Banken haben von der Möglichkeit, bis zu einem Drittel ihrer Pflichtlagerwechsel zu rediskontieren, rege Gebrauch gemacht. Der Diskontertrag ist entsprechend auf 44,2 Mio (1989: 33,9 Mio) Franken angestiegen.

Der Lombardzinsertrag betrug, trotz durchschnittlich höheren Zinssätzen, lediglich 3,9 Mio (1989: 5,7 Mio) Franken.

Mit der Zunahme des Wertschriftenbestandes erhöhte sich auch dessen Zinsertrag; er belief sich auf 160,2 Mio (1989: 149,5 Mio) Franken.

Die vorteilhaften Zinsbedingungen (Diskontsatz 6%) für die Inlandkorrespondenten führten zu erhöhten Kreditbeanspruchungen, weshalb der entsprechende Zinsertrag von 7,3 Mio Franken auf 10,8 Mio Franken anstieg.

Der Personalaufwand erhöhte sich infolge der Zunahme des Personalbestands, von Lohnerhöhungen und von Teuerungszulagen an die Pensionierten auf 62,7 Mio Franken (vgl. S. 73).

Der Unterhalt der eigenen Bankgebäude, die Renovationen von gemieteten Liegenschaften und der Ausbau von Anlagen zur Energieversorgung beim Sitz Zürich verursachten Kosten von 20,3 Mio Franken.

Der Betriebsausstattungs Aufwand von 16 Mio (1989: 4,4 Mio) Franken ist vorab auf die Kosten der Beschaffung von Maschinen für die dezentrale Notensortierung und neuen Computeranlagen zurückzuführen.

Für die Notenherstellung und -verteilung wurden 20,5 Mio Franken, gegenüber 21,3 Mio Franken im Vorjahr, aufgewendet.

Die an die Bundesverwaltung ausgerichteten Zinsen sind im Berichtsjahr von 55,2 Mio Franken auf 101,1 Mio Franken angestiegen. Die Zunahme ist eine Folge der höheren Zinssätze.

Buchgewinne aus Rückzahlungen von früher teilweise abgeschriebenen Wertchriften (insgesamt 39,5 Mio Franken) wurden mit dem Abschreibungsaufwand von 87,8 Mio Franken auf den neu erworbenen Titeln verrechnet. Daraus ergab sich ein Abschreibungssaldo von 48,3 Mio Franken.

Verwendung des Reingewinns

Gemäss Artikel 27 des Nationalbankgesetzes ist zunächst dem Reservefonds ein Betrag von maximal 2% des Grundkapitals zuzuweisen. Sodann wird eine Dividende von höchstens 6% ausgerichtet. Der Rest wird der eidgenössischen Finanzverwaltung zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone von 80 Rappen pro Einwohner überwiesen.

Aufgrund dieser Bestimmungen ist der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von 7,6 Mio Franken wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten der Kantone	<u>Fr. 5 092 823.20</u>
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

E. Bankbehörden und Personal

1. Mutationen in den Bankbehörden

Bankrat

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 27. April 1990 wählte

Frau Rosmarie Huggenberger, Vorsitzende der Geschäftsleitung des SV-Service Schweizer Verband Volksdienst, Zürich,

sowie die Herren

Hans Huber, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der SFS Stadler Heerbrugg AG, Heerbrugg,

Dr. Guido Richterich, Mitglied der Konzernleitung der F. Hoffmann-La Roche AG, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Bottmingen,

und

Anton Salzmann, Zentralpräsident des Christlichen Holz- und Bauarbeiterverbands der Schweiz, Feldmeilen,

zu neuen Mitgliedern des Bankrats.

Der Bundesrat ergänzte das Gremium nach der Generalversammlung durch die Wahl von

Herrn Jörg Baumann, Direktor der Baumann Weberei und Färberei AG, Präsident der Schweizerischen Textilkammer, Langenthal.

Ende Juni 1990 legte Herr Dr. Benno Hardmeier, Herrenschwanden, infolge Ausscheidens aus seinem Wirkungskreis sein Bankratsmandat nieder. Zu seiner Nachfolgerin wählte der Bundesrat

Frau Margrit Meier, Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümli- gen.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 26. April 1991 geht die vierjährige Amtsperiode des Bankrats zu Ende. Auf dieses Datum hin werden die Herren

Franz Beeler, Schwyz, Mitglied seit 1981,
Rainer E. Gut, Bassersdorf, Mitglied seit 1984,

Regierungsrat Dr. Kurt Lareida, Aarau, Mitglied seit 1978,
Regierungsrat Dr. Reto Mengiardi, Chur, Mitglied seit 1983,
Nationalrat Fritz Reimann, Thun, Mitglied seit 1983, und
Regierungsrat Dr. Alfred Rötheli, Solothurn, Mitglied seit 1987

zurücktreten.

Die Nationalbank dankt den Zurücktretenden auch an dieser Stelle für die wertvollen Dienste, die sie für die Bank geleistet haben. Besonderer Dank gebührt Herrn Nationalrat Fritz Reimann und den Herren Regierungsräten Dr. Kurt Lareida und Dr. Reto Mengiardi, die auch dem Bankausschuss angehörten.

Die übrigen Mitglieder des Bankrats stellen sich einer Wiederwahl. Von den sechs Vakanzen im Bankrat sind eine durch die Generalversammlung und — hierauf — fünf durch den Bundesrat zu besetzen.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung

Herrn Nationalrat Dr. Philippe Pidoux, Regierungsrat, Vorsteher des Département de l'intérieur et de la santé publique des Kantons Waadt, Lausanne,

zur Wahl vor.

Lokalkomitees

Auf das Datum der Generalversammlung vom 27. April 1990 schieden aus Lokalkomitees aus die Herren

Dr. Louis Mäder, Vorsitzender des Lokalkomitees Aarau seit 1988 (Mitglied seit 1978),

Dr. Hans Steinemann, Vorsitzender des Lokalkomitees Basel seit 1985 (Mitglied seit 1979),

Martin Gétaz, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne seit 1988 (Mitglied seit 1982),

Paride Melera, Vorsitzender des Lokalkomitees Lugano seit 1983 (Mitglied seit 1974),

Dani Tenconi, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Lugano seit 1983 (Mitglied seit 1978),

Hans Huber, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees St. Gallen seit 1987 (Mitglied seit 1986),

Dr. Werner Fuchs, Vorsitzender des Lokalkomitees Zürich seit 1982 (Mitglied seit 1980).

Die Nationalbank dankt diesen Herren bestens für die geleisteten Dienste.

Bankrat und Bankausschuss haben folgende Ernennungen vorgenommen:

Lokalkomitee Aarau:

John Strasser zum Vorsitzenden,
Heinrich Häseli zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Dr. Erich Haag, Mitglied der Gruppenleitung der Motor-Columbus AG, Wettingen,
zum Mitglied;

Lokalkomitee Basel:

Werner Jauslin zum Vorsitzenden,
Alexander Peter Füglistaller zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Peter Wagner, Generaldirektor der Danzas AG, Basel, zum Mitglied;

Lokalkomitee Lausanne:

Christian Seiler zum Vorsitzenden,
Hubert Barde zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Pierre Baroffio, Delegierter des Verwaltungsrats der Bobst AG, Renens, zum Mitglied;

Lokalkomitee Lugano:

Ulrich K. Hochstrasser zum Vorsitzenden,
Franco Donati, dipl.Ing.ETH, Delegierter des Verwaltungsrats der Invertomatic SA,
Tegna, zum Mitglied und Stellvertreter des Vorsitzenden,
Paolo Foglia, Präsident des Verwaltungsrats der Ezio Foglia SA, Bioggio, zum Mitglied;

Lokalkomitee St. Gallen:

Urs Bühler zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Dr. Roland Bertsch, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Hydrel AG,
Romanshorn, zum Mitglied;

Lokalkomitee Zürich:

Rudolf Hauser zum Vorsitzenden,
Dr. Adolf Gugler zum Stellvertreter des Vorsitzenden,
Fritz Jenny, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Fritz und Caspar
Jenny AG, Ziegelbrücke, zum Mitglied.

Revisionskommission

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 27. April 1990 wählte die Herren Hans Casanova, bisher Ersatzmitglied der Revisionskommission, zum Mitglied sowie Hans Michel, Generaldirektor der Thurgauer Kantonalbank, Romanshorn, und Francis Sauvain, Generaldirektor des Crédit Foncier Vaudois, Morges, zu Ersatzmitgliedern der Revisionskommission.

Die Revisionskommission ihrerseits bestimmte im Anschluss an die Generalversammlung Herrn Peter Blaser, Thun, zu ihrem Präsidenten und Herrn Gilbert Jobin, Delémont, zu ihrem Vizepräsidenten.

Auf das Datum der Generalversammlung vom 26. April 1991 tritt Herr Fritz Sperb, Wädenswil, der der Revisionskommission seit 1986 als Ersatzmitglied angehörte, zurück. Die Nationalbank dankt ihm für seine geleisteten Dienste.

Als Nachfolger wird

Herr Werner M. Schumacher, Direktor der Sparkasse Basel, Basel, vorgeschlagen.

2. Mutationen in der Direktion

Ende Januar 1990 verliess Herr Martin Papp, Vizedirektor im III. Departement, die Nationalbank, um eine Aufgabe in der Privatwirtschaft zu übernehmen. Die Nationalbank dankt ihm für seine Dienste.

Der Bankausschuss beförderte im Jahre 1990 Herrn Ulrich W. Gilgen zum Direktor, die Herren Daniel Wettstein und Dr. Markus Zimmerli zu stellvertretenden Direktoren und die Herren Roger Arthur, Theo Birchler, Dr. Martin Hess sowie Jules Troxler zu Vizedirektoren.

3. Personal

Der Mitarbeiterbestand umfasste per 31. Dezember 1990 547 Personen; er nahm gegenüber dem Vorjahr um 26 Personen zu und erreichte damit wieder den Stand von 1984. Der Anteil aller Unterschriftsberechtigten am gesamten Personal stellte sich auf 37%. Im Total nicht eingeschlossen sind 33 Teilzeitangestellte. Die Personalfuktuation stieg von 9,2% auf 9,9%.

Für das aktive Personal wendete die Nationalbank 1990 59,1 Mio Franken auf. Die Gehaltssumme (inkl. Kinderzulagen) stieg gegenüber 1989 um 7,6% auf 48,1 Mio Franken. Die restlichen 11,0 Mio Franken entfielen auf Sozialleistungen sowie Aufwendungen für Ausbildung und Personalverpflegung. Die Nationalbank beteiligte sich an der Finanzierung der Teuerungszulagen für die Rentenbezüger mit 3,6 Mio Franken.

Im Rahmen der Personalschulung haben sich 1990 rund 440 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an internen und externen mehrtägigen Kursen weitergebildet. Diese umfassten die Führungsschulung, die fachliche Weiterbildung, die EDV- Benutzerschulung, die Sicherheitsschulung und die Sprachausbildung.

Bankrat und Direktorium danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den grossen Einsatz, den sie im abgelaufenen Jahr für die Bank geleistet haben.

F. Bericht der Revisionskommission und Anträge an die Generalversammlung

1. Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission hat die auf den 31. Dezember 1990 abgeschlossene Jahresrechnung 1990 im Sinne der Vorschriften des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts geprüft.

Gestützt auf unsere eigenen Überprüfungen bei sämtlichen Sitzen und Zweiganstalten sowie nach Einsichtnahme in den von der ATAG Allgemeine Treuhand AG erstatteten schriftlichen Bericht über deren Prüfungen haben wir festgestellt, dass

- die Jahresschlussbilanz per 31. Dezember 1990 mit einem Total von Fr. 53 730 742 330.13 und die Gewinn- und Verlustrechnung 1990 mit einem Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist,
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Geschäftsergebnisses die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfungen beantragen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ferner bestätigen wir, dass der Vorschlag des Bankrats über die Gewinnverteilung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bern, den 11. März 1991

Die Revisionskommission:
Blaser
Jobin
Casanova

2. Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 8. März 1991 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 83. Geschäftsbericht über das Jahr 1990 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 18. März 1991 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 11. März 1991 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge* :

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1990 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 7 592 823.20 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung zugunsten der Kantone	<u>Fr. 5 092 823.20</u>
	<u>Fr. 7 592 823.20</u>

Bern, den 19. März 1991

Im Namen des Bankrats
der Präsident des Bankrats
Gerber

Ein Mitglied des Direktoriums
Lusser

* Die Anträge betreffend die Wahlen in den Bankrat und in die Revisionskommission sind auf den Seiten 71 und 73 zu finden.

G. Anhang

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1990
2. Hauptposten der Bilanz seit 1956 (Jahresendwerte)
3. Hauptposten der Bilanz seit 1956
(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)
4. Geschäftsergebnisse seit 1983
5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936
6. Geld- und währungspolitische Chronik 1990
7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise im Jahre 1990

Aktiven

		Gold	Devisen- anlagen	Internationale Zahlungs- mittel	Währungs- kredite	Inland- portefeuille	Lombard- vorschüsse	Wertschriften		Korrespon- denten im Inland	Sonstige Aktiven
								<i>deckungs- fähige</i>	<i>andere</i>		
<i>in 1000 Franken</i>											
Januar	10.	11 903 907	34 923 296	123 617	87 148	693 679	17 130	253 931	2 320 042	93 834	274 807
	19.	11 903 907	34 068 070	117 199	74 624	818 570	3 766	253 861	2 326 066	184 794	294 652
	31.	11 903 907	34 201 770	115 425	74 624	841 454	55 225	243 870	2 338 453	387 461	310 440
Februar	9.	11 903 907	33 439 542	115 425	74 624	821 437	32 460	254 009	2 344 431	106 178	317 381
	20.	11 903 907	32 922 940	115 568	74 624	755 982	24 750	255 764	2 349 696	124 159	329 015
	28.	11 903 907	33 682 660	115 265	74 624	847 190	2 587	273 278	2 338 939	202 250	329 515
März	9.	11 903 907	33 436 691	115 265	62 360	767 950	28 225	280 457	2 338 523	110 190	320 262
	20.	11 903 907	32 900 996	115 265	62 360	736 968	87 925	344 813	2 279 893	145 902	309 833
	30.	11 903 907	34 864 062	116 401	62 360	827 288	14 684	345 171	2 292 417	418 910	325 707
April	10.	11 903 907	33 035 754	116 254	61 648	729 887	47 234	339 568	2 303 879	142 378	329 533
	20.	11 903 907	33 388 282	116 254	48 909	740 646	12 393	343 423	2 308 823	113 276	305 860
	30.	11 903 907	34 075 359	113 999	48 909	824 369	350 860	349 571	2 310 600	366 174	308 596
Mai	10.	11 903 907	34 367 565	113 999	48 909	769 237	1 925	357 493	2 313 449	126 466	317 227
	18.	11 903 907	33 940 233	114 020	48 909	765 263	2 429	357 237	2 321 330	202 427	316 939
	31.	11 903 907	34 989 084	110 983	37 794	781 868	39 865	360 328	2 326 943	433 590	393 258
Juni	8.	11 903 907	35 119 220	110 983	37 794	784 573	17 012	358 253	2 330 581	139 853	331 204
	20.	11 903 907	34 145 643	110 983	37 794	727 906	4 454	362 101	2 333 724	145 382	322 173
	29.	11 903 907	36 302 268	111 702	36 132	837 790	40 522	353 517	2 340 970	394 243	340 404
Juli	10.	11 903 907	34 755 382	111 702	36 132	728 924	17 948	348 577	2 347 987	147 585	329 090
	20.	11 903 907	35 025 172	113 142	36 132	744 455	10 053	348 577	2 369 799	149 750	339 680
	31.	11 903 907	35 469 494	113 505	36 132	843 908	29 886	348 577	2 388 018	379 099	346 664
August	10.	11 903 907	35 608 531	113 505	36 132	793 633	25 240	370 522	2 380 944	120 484	350 531
	20.	11 903 907	35 195 375	113 505	20 452	798 833	32 348	370 547	2 392 727	125 540	351 057
	31.	11 903 907	36 683 620	110 642	20 452	824 925	9 230	367 894	2 405 675	362 157	356 206
Sept.	10.	11 903 907	36 411 350	110 642	20 452	708 476	71 812	384 026	2 397 057	78 252	364 065
	20.	11 903 907	35 327 751	110 642	20 452	718 311	5 561	394 589	2 397 905	113 296	367 230
	28.	11 903 907	36 442 203	111 432	20 452	752 208	44 105	394 161	2 405 309	278 486	367 262
Okt.	10.	11 903 907	35 617 988	111 432	13 404	671 821	3 056	395 400	2 410 431	120 028	340 654
	19.	11 903 907	35 048 589	111 432	—	661 130	3 886	397 517	2 414 730	220 717	362 448
	31.	11 903 907	35 445 979	113 169	—	699 670	366 760	400 168	2 412 735	454 164	355 320
Nov.	9.	11 903 907	35 731 936	113 169	—	684 152	8 285	398 592	2 416 337	129 600	354 264
	20.	11 903 907	35 330 785	113 223	—	631 433	1 867	408 807	2 409 947	171 330	354 078
	30.	11 903 907	36 617 398	113 593	—	667 617	10 230	425 738	2 395 131	450 735	365 471
Dez.	10.	11 903 907	36 981 062	113 593	—	715 514	4 157	429 205	2 388 449	128 192	353 641
	20.	11 903 907	38 343 133	113 593	—	712 875	11 095	443 159	2 371 969	224 008	346 990
	31.	11 903 907	37 209 823	112 869	—	711 050	165 689	442 011	2 371 968	566 984	246 441

Passiven

Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit ¹	Sonstige Passiven	Grundkapital und Reservefonds	Bilanz- summe
	<i>Girorechnungen von inländischen Banken und Finanzgesellschaften</i>	<i>übrige täglich fällige Ver- bindlichkeiten¹</i>				
<i>in 1000 Franken</i>						
27 172 227	3 014 056	1 034 237	—	19 366 871	104 000	50 691 391
26 177 232	2 990 689	1 305 902	—	19 467 686	104 000	50 045 509
26 463 878	3 118 400	1 278 445	—	19 507 906	104 000	50 472 629
25 977 521	3 002 845	783 904	—	19 541 124	104 000	49 409 394
25 346 368	2 905 837	891 519	—	19 608 681	104 000	48 856 405
26 185 677	2 947 736	888 763	—	19 644 039	104 000	49 770 215
25 901 961	2 996 796	651 308	—	19 709 765	104 000	49 363 830
25 341 704	2 756 058	854 174	—	19 831 926	104 000	48 887 862
26 361 456	3 591 680	1 210 181	—	19 903 590	104 000	51 170 907
25 915 226	2 769 500	138 988	—	20 082 328	104 000	49 010 042
25 300 634	2 861 299	802 234	—	20 213 606	104 000	49 281 773
26 105 098	3 411 541	758 270	—	20 272 435	105 000	50 652 344
25 523 007	3 006 461	1 316 493	—	20 369 216	105 000	50 320 177
25 091 729	2 980 136	1 388 504	—	20 407 325	105 000	49 972 694
25 900 708	3 091 126	1 806 029	—	20 474 757	105 000	51 377 620
25 707 049	2 778 281	1 954 516	—	20 588 534	105 000	51 133 380
25 019 583	2 727 050	1 471 488	—	20 770 946	105 000	50 094 067
26 424 552	3 920 823	1 503 544	—	20 707 536	105 000	52 661 455
25 704 655	2 989 019	1 129 324	—	20 799 236	105 000	50 727 234
25 357 828	3 018 186	1 670 041	—	20 889 612	105 000	51 040 667
25 875 566	2 803 267	1 952 723	—	21 122 634	105 000	51 859 190
25 414 311	2 870 158	625 026	1 590 000	21 098 934	105 000	51 703 429
24 947 308	3 046 354	734 106	1 330 000	21 141 523	105 000	51 304 291
25 733 698	3 091 044	250 426	2 565 000	21 299 540	105 000	53 044 708
25 400 610	3 153 361	234 243	2 215 000	21 341 825	105 000	52 450 039
24 912 744	2 833 821	256 798	1 865 000	21 386 281	105 000	51 359 644
26 012 029	3 411 084	195 563	1 515 000	21 480 849	105 000	52 719 525
25 404 739	3 121 806	166 293	1 335 000	21 455 283	105 000	51 588 121
25 012 398	2 958 478	234 864	1 335 000	21 478 616	105 000	51 124 356
25 974 116	3 011 784	581 185	815 000	21 664 787	105 000	52 151 872
25 667 250	2 976 903	307 222	1 035 000	21 648 867	105 000	51 740 242
25 161 382	2 834 826	711 702	785 000	21 727 467	105 000	51 325 377
26 672 622	2 928 000	437 180	1 005 000	21 802 018	105 000	52 949 820
26 843 506	3 093 663	341 423	805 000	21 829 128	105 000	53 017 720
28 479 230	2 879 437	243 811	720 000	22 043 251	105 000	54 470 729
29 640 487	4 595 299	776 471	785 000	17 828 485	105 000	53 730 742

¹ Die Anlagen des Bundes, die im Markt nicht weiterplaziert wurden, sind bis Juli in den «übrigen täglich fälligen Verbindlichkeiten», ab August in den «Verbindlichkeiten auf Zeit» enthalten.

2. Hauptposten der Bilanz seit 1956

(Jahresendwerte)

Aktiven

Jahres- ende	Gold ¹	Devisen- anlagen	Inter- nationale Zahlungs- mittel ²	Wäh- rungs- kredite ³	Inlandportefeuille			Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland	Verlust auf Devisen und Gold	
					Schwei- zer- wechsel	Schatz- anwei- sungen des Bundes ⁴	Diskon- tierte Obliga- tionen					Total
<i>in Millionen Franken</i>												
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	39,7	44,2	45,2	—
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	37,8	43,3	45,1	—
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	66,3	42,9	58,3	—
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	71,7	42,8	77,8	—
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	97,5	51,7	61,5	—
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	77,7	65,3	75,3	—
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	38,9	92,9	66,1	—
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	109,3	181,7	81,5	—
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	86,6	181,9	72,4	—
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	160,1	180,6	99,7	—
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	277,1	170,2	89,5	—
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	223,5	156,0	82,8	—
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	28,5	10,8	72,4	1 243,5 ⁵
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	418,8	—	142,3	1 243,5 ⁵
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	557,7	—	281,8	1 243,5 ⁵
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	699,9	92,5	166,9	621,5 ⁵
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	200,2	3,7	136,3	621,5 ⁵
1976	11 903,9	20 426,5	5 222,0	—	912,5	375,0	13,3	1 300,8	157,0	63,8	160,3	—
1977	11 903,9	20 514,2	3 949,0	—	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	197,5	559,1	171,6	—
1978	11 903,9	28 981,8	2 028,5	—	214,6	—	21,5	236,1	49,6	348,0	185,7	2 593,5 ⁶
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	886,4	963,4	288,6	1 110,9 ⁶
1980	11 903,9	27 355,6	11,4	—	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	919,8	1 212,2	289,6	—
1981	11 903,9	25 494,8	0,2	—	2 710,0	256,0	40,9	3 006,9	2 513,9	1 018,4	399,6	—
1982	11 903,9	31 872,8	6,3	—	2 076,8	109,2	2,1	2 188,1	1 559,6	1 268,3	314,0	—
1983	11 903,9	32 677,5	28,7	—	2 524,5	149,2	2,6	2 676,3	2 408,6	1 562,5	346,4	—
1984	11 903,9	38 876,0	23,2	—	2 455,4	293,5	—	2 748,9	2 677,9	1 773,6	500,8	—
1985	11 903,9	38 133,8	6,8	—	2 465,9	372,5	—	2 838,4	2 973,6	1 911,1	529,7	—
1986	11 903,9	36 262,0	—	—	2 411,9	335,5	—	2 747,4	3 204,0	2 045,0	564,4	—
1987	11 903,9	37 439,9	18,5	—	2 246,8	54,9	—	2 301,7	3 126,9	2 190,8	460,1	—
1988	11 903,9	35 946,7	30,5	—	2 133,8	—	—	2 133,8	795,9	2 421,4	416,0	—
1989	11 903,9	39 620,2	123,6	87,1	542,7	—	—	542,7	704,1	2 574,0	458,3	—
1990	11 903,9	37 209,8	112,9	—	711,1	—	—	711,1	165,7	2 814,0	567,0	—

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Bis 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ab 1980: Sonderziehungsrechte und (ab 20. 04. 1989) ECU.

³ 1964 bis 1968: kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Zentralbanken, seit 20. April 1989: Währungskredite.

⁴ Seit 1979: inkl. Geldmarktbuchforderungen.

⁵ Schuldverpflichtung des Bundes, gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

⁶ Gedeckt durch stille Reserven auf Gold.

Passiven

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Mindest- reserven von Banken	Verbind- lichkeiten auf Zeit ⁹	Bewer- tungs- korrek- tur auf Devisen	Grund- kapital und Reserve- fonds	Rückstellungen		Bilanz- summe	Jahres- ende
		Total	davon								für Wäh- rungs- risiken	andere		
			Girorech- nungen von inlan- dischen Banken und Finanz- gesell- schaften ⁷	Rech- nungen des Bundes	Konti Zah- lungs- und Clear- ing- abkom- men	Gut- haben auslan- discher Banken ⁸								
in Millionen Franken	%	in Millionen Franken												
5 809,7	122,26	2 286,4	1 570,6	609,2	89,2	—	—	—	—	73,0	—	16,0	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	2 393,0	1 831,1	471,1	74,7	—	—	—	—	74,0	—	17,1	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 726,4	2 541,2	105,7	61,3	—	—	—	—	75,0	—	16,8	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 535,3	2 330,7	165,6	22,1	—	—	—	—	76,0	—	17,0	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 756,4	2 288,4	416,6	33,3	—	—	390,3	—	77,0	—	18,4	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	2 947,0	1 996,1	662,5	37,2	231,5	1 035,0 ¹¹	293,5	—	78,0	—	21,7	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 799,7	2 294,2	355,9	30,0	98,0	1 035,0 ¹¹	373,0	—	79,0	—	22,9	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	3 187,8	2 700,0	389,4	39,3	31,8	1 035,0 ¹¹	357,3	—	80,0	—	26,1	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	3 270,6	2 907,9	291,5	24,4	25,6	1 035,0 ¹¹	433,2	—	81,0	—	28,7	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 215,4	3 005,0	126,2	20,9	44,3	1 035,0 ¹¹	602,0	—	82,0	—	37,1	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	3 430,5	2 982,2	375,2	23,3	34,4	1 035,0 ¹¹	389,0	—	83,0	—	37,2	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	4 144,9	3 810,8	230,7	29,0	53,9	—	550,0	—	84,0	—	52,2	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	6 413,6	5 776,2	505,0	33,4	75,1	—	233,1	—	85,0	—	69,2	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 954,8	6 353,4	493,0	40,0	49,6	—	141,9	—	86,0	—	105,0	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	8 410,1	7 749,6	405,3	18,3	208,4	—	401,7	—	87,0	—	145,0	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	11 854,4	10 701,6	713,7	15,3	393,1	516,4 ¹²	313,1	—	88,0	665,2	160,0	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	11 020,8	9 312,6	1 380,3	17,0	279,5	2 029,3 ¹³	75,2	—	89,0	783,7	210,0	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	9 036,1	8 234,9	458,2	7,8	296,7	2 872,0 ¹³	229,6	—	90,0	547,7	290,0	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	10 367,1	9 505,0	714,5	—	114,8	347,8 ¹³	1 233,2	—	91,0	157,7	360,0	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	13 296,0	11 478,5	1 623,8	—	150,0	165,3 ¹³	379,8	—	92,0	389,7	380,0	34 991,0	1975
19 730,9	60,33	16 648,7	12 643,7	3 817,5	—	146,2	246,2	954,8	—	93,0	—	390,0	39 324,0	1976
20 396,8	58,36	16 330,2	13 622,8	2 513,8	—	149,3	—	772,2	—	94,0	—	226,2	38 921,0	1977
22 499,1	52,91	20 062,8	15 583,9	3 437,7	—	990,6	—	2 893,2	—	95,0	—	190,2	46 421,0	1978
23 760,9	50,10	17 735,6	13 207,1	2 209,4 ¹⁰	—	2 252,8	—	630,1	—	95,0	—	143,5	43 244,5	1979
24 106,3	49,38	16 376,1	13 661,0	402,8 ¹⁰	—	2 254,0	—	273,5	—	95,0	2 157,1	270,0	44 318,7	1980
23 336,7	51,01	14 958,0	12 466,7	1 513,9 ¹⁰	—	908,0	—	500,0	—	96,0	4 531,3	340,0	44 584,5	1981
24 477,0	48,63	15 713,5	13 992,7	798,9 ¹⁰	—	852,0	—	250,0	1 624,6	97,0	6 564,6	450,0	49 374,2	1982
24 759,4	48,08	15 229,4	14 229,2	812,0 ¹⁰	—	125,4	—	—	2 528,1	98,0	8 565,8	500,0	51 869,2	1983
26 489,3	44,94	15 537,1	14 227,8	1 102,9 ¹⁰	—	130,1	—	—	5 118,7	99,0	10 811,7	490,0	58 748,8	1984
25 861,6	46,03	16 872,7	14 105,2	2 537,1 ¹⁰	—	128,1	—	—	1 564,2	100,0	13 467,7	490,0	58 546,7	1985
27 018,9	44,06	16 113,7	14 911,8	1 042,3 ¹⁰	—	86,7	—	—	—	101,0	13 056,2	490,0	56 980,4	1986
27 342,3	43,54	18 643,0	17 044,8	1 362,9 ¹⁰	—	163,1	—	—	—	102,0	10 934,0	490,0	57 715,7	1987
28 979,2	41,08	9 475,6	6 691,6	2 530,1 ¹⁰	—	167,6	—	—	1 970,9	103,0	12 741,6	630,0	53 930,4	1988
29 168,4	40,81	7 724,7	4 948,4	2 571,9 ¹⁰	—	119,0	—	—	3 060,8	104,0	15 534,9	630,0	56 290,6	1989
29 640,5	40,16	5 371,8	4 595,3	621,7	—	59,8	—	785,0	—	105,0	17 113,1	630,0	53 730,7	1990

⁷ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

⁸ Vor 1961: unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

⁹ Bis 1980: Sterilisierungsreskriptionen des Bundes; 1981 und 1982: eigene Schuldverschreibungen; ab 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 10).

¹⁰ Inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 9).

¹¹ Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

¹² Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

¹³ Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

3. Hauptposten der Bilanz seit 1956

(Durchschnitte aus den Werten der veröffentlichten Ausweise)

Aktiven

Jahr	Gold ¹	Devisen- anlagen	Inter- nationale Zahlungs- mittel ²	Wäh- rungs- kredite ³	Inlandportefeuille			Total	Lombard- vor- schüsse	Wert- schriften	Guthaben bei Korre- sponden- ten im Inland
					Schweizer- wechsel	Schatz- anwei- sungen des Bundes ⁴	Diskon- tierte Obliga- tionen				
<i>in Millionen Franken</i>											
1956	6 794,6	585,8	—	—	100,5	1,6	15,8	117,9	47,7	45,4	19,8
1957	7 096,4	538,3	—	—	128,5	0,5	15,8	144,8	31,6	45,4	16,3
1958	7 957,8	539,2	—	—	108,6	0,1	2,6	111,3	11,4	44,9	11,2
1959	8 285,9	444,1	—	—	46,6	—	0,7	47,3	8,5	44,3	10,5
1960	8 151,0	522,4	—	—	48,2	—	1,7	49,9	15,6	43,6	13,4
1961	10 049,6	1 121,6	—	—	48,0	—	1,5	49,5	13,8	43,0	13,0
1962	10 613,6	827,3	207,0 ⁵	—	53,6	1,1	5,3	60,0	16,1	42,8	16,1
1963	10 753,3	844,1	207,0	—	59,6	2,7	4,5	66,8	17,5	91,9	16,3
1964	11 080,6	1 232,4	300,8	—	77,0	5,2	9,8	92,0	29,4	58,3	20,0
1965	11 672,4	971,7	432,0	—	77,5	5,6	10,0	93,1	20,9	78,0	22,1
1966	11 621,5	983,4	474,9	—	86,5	4,7	18,6	109,8	32,6	144,1	26,4
1967	11 982,3	1 351,8	451,8	—	92,5	4,7	15,0	112,2	30,5	185,1	26,9
1968	11 586,5	1 602,6	1 110,3	—	104,4	3,3	6,5	114,2	27,3	181,0	26,8
1969	11 431,8	2 020,8	1 718,8	—	193,4	9,3	19,6	222,3	71,1	176,0	32,2
1970	11 615,5	3 418,7	1 851,0	—	134,6	9,5	11,3	155,4	47,0	167,6	39,3
1971	11 854,9	6 834,3	3 203,3	—	114,3	3,6	4,3	122,2	15,9	128,4	35,6
1972	11 879,6	9 721,4	4 278,0	—	109,5	5,8	1,8	117,1	22,2	122,2	38,5
1973	11 892,5	10 515,1	4 397,6	—	166,0	24,7	4,6	195,3	67,0	—	55,1
1974	11 892,7	8 624,2	5 237,2	—	730,8	48,7	16,3	795,8	132,2	65,6	71,0
1975	11 892,7	10 005,3	5 403,0	—	574,2	61,1	5,3	640,6	85,8	13,9	50,1
1976	11 897,7	13 371,8	5 388,9	—	299,3	63,3	1,5	364,1	81,8	34,3	57,3
1977	11 903,9	13 785,3	4 625,6	—	523,6	72,8	6,4	602,8	93,6	420,3	69,2
1978	11 903,9	21 697,2	3 017,3	—	356,2	32,2	6,8	395,2	35,0	333,5	66,3
1979	11 903,9	24 628,7	1 425,3 ⁶	—	419,0	0,3	9,2	428,5	107,2	684,6	71,8
1980	11 903,9	20 802,0	11,4 ⁷	—	906,1	16,2	27,7	950,0	301,5	1 064,6	112,9
1981	11 903,9	21 488,0	16,8	—	1 250,0	22,0	12,4	1 284,4	689,5	1 203,5	143,7
1982	11 903,9	24 466,9	1,4	—	958,0	13,9	3,0	974,9	391,0	1 126,4	128,4
1983	11 903,9	27 558,6	26,2	—	895,4	12,7	1,0	909,1	610,0	1 422,5	132,4
1984	11 903,9	30 450,4	28,7	—	960,9	19,8	0,1	980,8	735,5	1 671,8	138,6
1985	11 903,9	36 073,8	21,2	—	1 004,8	35,8	—	1 040,6	909,4	1 834,2	159,2
1986	11 903,9	35 296,1	4,5	—	896,0	41,0	—	937,0	998,7	1 985,3	153,4
1987	11 903,9	33 782,1	6,9	—	856,9	19,2	—	876,1	1 046,9	2 119,4	139,6
1988	11 903,9	31 760,7	26,1	—	137,8	—	—	137,8	60,4	2 320,1	99,7
1989	11 903,9	32 639,9	121,5 ⁸	131,9 ⁸	886,6	—	—	886,6	114,0	2 504,3	192,3
1990	11 903,9	35 029,1	113,7	36,5	753,9	—	—	753,9	44,6	2 712,5	223,8

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Bis 1979: ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ab 1980: Sonderziehungsrechte und (ab 20.04.1989) ECU.

³ Bis 10. April 1989: in Devisenanlagen enthalten.

⁴ Seit 1979: inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁶ Durchschnitt Januar bis März.

⁷ Durchschnitt August bis Dezember.

⁸ Durchschnitt 20. April bis Dezember.

Passiven

Notenum- lauf	Deckung des Notenum- laufs durch Gold	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Total	Mindest- reserven von Banken ¹¹	Verbind- lichkeiten auf Zeit ¹²	Jahr
		<i>Girorech- nungen von inländischen Banken und Finanzgesell- schaften</i> ⁹	<i>Rechnun- gen des Bundes</i>	<i>Rechn- ungen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen</i>	<i>Guthaben aus- landischer Banken</i> ¹⁰				
<i>in Millionen Franken</i>	%	<i>in Millionen Franken</i>								
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ²¹	1960
6 672,9	150,80	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ¹⁵	3 198,4	1 035,0 ¹⁷	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0 ¹⁸	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 ¹³	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	949,5 ¹⁹	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	1 674,6	395,1	1972
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 ¹⁶	3 317,2	600,1	1973
17 022,7	69,86	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 ¹⁶	1 586,2	870,9	1974
17 608,5	67,54	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 ¹⁶	371,4	1 222,7	1975
17 778,4	66,92	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	10 062,8 ¹⁶	264,1	1 426,3	1976
18 590,5	64,03	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	9 834,0 ¹⁶	236,0 ²⁰	1 160,4	1977
19 547,6	60,90	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	13 001,1 ¹⁶	—	3 263,0	1978
21 069,7	56,50	10 484,9	2 443,9 ¹⁴	59,6	—	2 226,3	15 221,4 ¹⁶	—	2 656,9	1979
21 779,7	54,66	7 860,6	1 234,2 ¹⁴	52,7	—	2 289,7	11 445,2 ¹⁶	—	925,0	1980
21 937,0	54,26	7 254,2	901,3 ¹⁴	45,3	—	1 645,1	9 852,6 ¹⁶	—	266,3	1981
22 101,9	53,86	7 701,8	904,6 ¹⁴	50,0	—	908,5	9 576,0 ¹⁶	—	395,8	1982
22 796,5	52,22	8 147,2	1 447,9 ¹⁴	54,5	—	182,0	9 842,0 ¹⁶	—	145,8 ²²	1983
23 327,6	51,03	8 333,3	1 237,2 ¹⁴	58,0	—	127,7	9 768,8 ¹⁶	—	—	1984
23 676,7	50,28	8 589,1	1 507,1 ¹⁴	66,7	—	111,1	10 296,4 ¹⁶	—	—	1985
24 030,2	49,54	8 971,5	1 607,4 ¹⁴	61,3	—	127,9	10 768,1 ¹⁶	—	—	1986
24 831,4	47,94	9 407,9	1 465,7 ¹⁴	65,5	—	128,8	11 067,9 ¹⁶	—	—	1987
25 876,5	46,00	5 856,9	2 209,0 ¹⁴	77,4	—	185,3	8 328,6 ¹⁶	—	—	1988
26 482,5	44,95	3 601,9	1 630,2 ¹⁴	78,2	—	143,6	5 453,9 ¹⁶	—	—	1989
25 948,1	45,88	3 069,1	682,3	82,5	—	86,9	3 927,1	—	1 313,3 ²³	1990

⁹ Vor 1986: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie.

¹⁰ Vor 1961: unter Position «Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie».

¹¹ Von 1961 bis 1967: Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung.

¹² Bis 1980: Sterilisierungsreskriptionen des Bundes; 1981 bis 1983: eigene Schuldverschreibungen; ab 1990: im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 14).

¹³ Inkl. auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹⁴ Inkl. im Markt nicht weiterplazierte Festgeldanlagen des Bundes (siehe auch Fussnote 12).

¹⁵ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

¹⁶ Inkl. ausstehende Checks.

¹⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

¹⁸ Durchschnitt Januar bis Anfang Dezember.

¹⁹ Durchschnitt Ende September bis Dezember.

²⁰ Durchschnitt Januar und Februar.

²¹ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

²² Durchschnitt Januar bis August.

²³ Durchschnitt August bis Dezember.

4. Geschäftsergebnisse seit 1983

Aufwand

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	in 1000 Franken							
Betriebsaufwand	106 160	120 232	93 998	95 489	97 702	110 485	152 865	143 896
Bankbehörden	722	726	718	714	705	707	734	792
Personal	46 602	49 984	52 123	52 025	53 343	56 249	58 570	62 717
Raumaufwand	20 355	16 115	9 379	4 918	4 417	9 785	45 150	20 305
Betriebsausstattung	9 658	17 858	2 402	3 034	4 104	3 108	4 358	15 966
Geschäfts- und Büroaufwand	2 248	2 754	2 914	2 861	2 990	3 206	3 360	3 984
Information und Kommunikation	1 639	1 859	1 951	2 436	1 870	2 304	1 945	2 543
Druckaufwand, Publikationen	615	548	635	693	644	731	852	850
Aufwand aus Notenumlauf	18 659	18 601	17 105	18 689	19 485	24 037	21 292	20 463
Übriger Sachaufwand	5 662	11 787	6 771	10 119	10 144	10 358	16 604	16 276
Wertaufwand	197 099	132 687	122 193	181 917	127 711	141 546	95 233	155 225
Passivzinsen Deponenten	2 409	2 767	3 077	2 926	3 012	3 395	4 267	5 810
Passivzinsen Bundesverwaltungen	42 289	39 296	56 767	58 492	41 244	40 444	55 161	101 145
Passivzinsen Schuldverschreibungen	13 126	—	—	—	—	—	—	—
Andere Sterilisierungskosten	167	—	—	—	—	—	—	—
Abschreibungen auf Wertschriften	138 467	90 624	62 349	94 499	66 320	96 407	35 805	48 270
Abschreibungen auf Bankgebäuden	641	—	—	26 000	17 135	1 300	—	—
Abschreibungen auf Devisen	—	—	—	2 139 125¹	3 528 837	—	—	3 976 820
Übertrag auf Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—	—	—	—	—	1 970 906	1 089 907	—
Steuern	—	2 851	—	1 789	2 632	1 592	298	3 365
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	2 500	5 000	3 000	3 000	2 000	2 000	2 000	6 000
Widmung an die Stiftung Studienzentrum Gerzensee	—	32 733	—	—	—	—	—	—
Rückstellungen	2 051 141	2 245 993	2 655 953	—	—	1 807 669	2 793 303	2 494 209
Rückstellung für Währungsrisiken	2 001 141	2 245 993	2 655 953	—	—	1 807 669	2 793 303	2 494 209
Andere Rückstellungen	50 000	—	—	—	—	—	—	—
Reingewinn	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593	7 593
Zuweisung an den Reservefonds	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Dividende	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500	1 500
Ablieferung an Eidg. Finanzverwaltung	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093	5 093
Total	2 364 493	2 547 089	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791	4 141 199	6 787 108

¹ Gesamtabschreibungen auf Devisen
abzüglich Auflösung der Bilanzposition «Bewertungskorrektur auf Devisen»

3 703 300
1 564 175
2 139 125

Ertrag

	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
	in 1000 Franken							
Betriebsertrag	9 319	8 245	7 569	8 069	5 771	6 663	6 251	6 123
Kommissionen	4 756	3 935	2 945	2 216	1 826	1 756	1 696	1 626
Ertrag aus Bankgebäuden	2 892	2 816	3 170	5 313	3 446	4 462	4 088	4 100
Diverse Einnahmen	1 671	1 494	1 454	540	499	445	467	397
Wertertrag	2 355 174	2 538 844	2 875 168	2 009 363	1 638 459	2 064 222	3 045 041	2 804 165
Devisen- und Goldertrag	2 228 957	2 391 222	2 709 177	1 834 097	1 462 698	1 924 021	2 848 708	2 585 097
Diskontertrag	23 651	23 442	25 511	20 848	17 738	3 275	33 906	44 197
Lombardertrag	17 738	21 536	25 257	28 448	27 309	2 832	5 672	3 895
Wertschriftenertrag	83 232	100 691	113 281	123 449	128 782	132 877	149 504	160 163
Ertrag von Inlandkorrespondenten	1 596	1 953	1 942	2 521	1 932	1 217	7 251	10 813
Aufwertung auf Devisen	—	—	—	—	—	1 970 906	1 089 907	—
Übertrag ab Konto Bewertungskorrektur auf Devisen	—	—	—	—	—	—	—	3 060 814
Entnahme aus Rückstellung für Währungsrisiken	—	—	—	411 481	2 122 245	—	—	916 006
Total	2 364 493	2 547 089	2 882 737	2 428 913	3 766 475	4 041 791	4 141 199	6 787 108

5. Diskont- und Lombardsätze seit 1936

Offizieller Diskont- und Lombardsatz			Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel				
Datum der Veränderung	Diskontsatz	Lombardsatz	Datum der Veränderung	Lebens- und Futtermittel ²	Übrige ²		
	%	%		%	%		
1936	9. September	2	3	1966	1. Januar	2 ³ / ₄	3
	26. November	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂		1. Oktober	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
1957	15. Mai	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	1968	1. April	3	3 ¹ / ₂
1959	26. Februar	2	3	1969	11. November	3 ³ / ₄	4
1964	3. Juli	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂	1972	25. Januar	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
1966	6. Juli	3 ¹ / ₂	4		1. März	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
1967	10. Juli	3	3 ³ / ₄	1974	2. Januar	3 ³ / ₄	4
1969	15. September	3 ³ / ₄	4 ³ / ₄		16. April	4	4 ¹ / ₂
1973	22. Januar	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₄	1975	1. Januar	4 ¹ / ₂	5
1974	21. Januar	5 ¹ / ₂	6		25. August	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₄
1975	3. März	5	6		1. November	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
	20. Mai	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	1976	1. Januar	3	3 ¹ / ₄
	25. August	4	5		1. Februar	2 ³ / ₄	3
	29. September	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂		15. März	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄
	29. Oktober	3	4		10. Juni	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂
1976	13. Januar	2 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂		1. Dezember	2	2 ¹ / ₄
	8. Juni	2	3	1977	18. Juli	1 ³ / ₄	2
1977	15. Juli	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	1978	27. Februar	1 ¹ / ₂	1 ³ / ₄
1978	27. Februar	1	2		20. März	1 ¹ / ₄	1 ¹ / ₂
1979	5. November	2	3		25. September	1 ¹ / ₄	1 ¹ / ₄
1980	28. Februar	3	4	1979	8. November	1 ³ / ₄	2
1981	3. Februar	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1980	21. Januar	2	2 ¹ / ₄
	20. Februar	4	5 ¹ / ₂		5. März	3	3 ¹ / ₄
	11. Mai	5	6 ¹ / ₂	1981	6. Februar	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
	2. September	6	7 ¹ / ₂		23. Februar	4	4 ¹ / ₄
	4. Dezember	6	7		12. Mai	5	5 ¹ / ₄
1982	19. März	5 ¹ / ₂	7		4. September	6	6 ¹ / ₄
	27. August	5	6 ¹ / ₂	1982	24. März	5 ¹ / ₂	5 ³ / ₄
	3. Dezember	4 ¹ / ₂	6		14. Juni	5 ¹ / ₄	5 ¹ / ₂
1983	18. März	4	5 ¹ / ₂		1. September	4 ³ / ₄	5
1987	23. Januar	3 ¹ / ₂	5		9. Dezember	4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₂
	6. November	3	4 ¹ / ₂	1983	11. März	4	4 ¹ / ₄
	4. Dezember	2 ¹ / ₂	4		22. März	3 ³ / ₄	4
1988	1. Juli	2 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	1986	24. März	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
	26. August	3	5	1987	26. Januar	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
	19. Dezember	3 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂		9. November	3	3 ¹ / ₄
1989	20. Januar	4	6		7. Dezember	2 ³ / ₄	3
	14. April	4 ¹ / ₂	7	1988	19. Dezember	3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂
	26. Mai	4 ¹ / ₂	1	1989	17. Januar	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄
	30. Juni	5 ¹ / ₂			23. Januar	3 ³ / ₄	4
	6. Oktober	6			14. Februar	4	4 ¹ / ₄
					18. April	4 ¹ / ₄	4 ¹ / ₂
					27. April	4 ¹ / ₂	4 ³ / ₄
					26. Mai	4 ³ / ₄	5
					2. Juni	5	5 ¹ / ₄
					4. Juli	5 ¹ / ₂	5 ³ / ₄
					31. Oktober	6	6 ¹ / ₄
					18. Dezember	6 ¹ / ₄	6 ¹ / ₂
				1990	1. Januar	7 ⁵ / ₈	7 ⁵ / ₈
					22. Januar	8 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂
					25. Mai	8 ³ / ₈	8 ³ / ₈
					24. September	8	8

¹ Seit dem 26. Mai 1989 wird der Lombardsatz täglich entsprechend der Entwicklung der Tagesgeldsätze neu festgelegt. (Durchschnitt der Tagesgeldsätze der beiden Vortage plus Zuschlag von einem Prozentpunkt. Seit dem 14. Dezember 1989 beträgt der Zuschlag zwei Prozentpunkte.) Für die täglichen Werte und Monatsmittel des Lombardsatzes siehe Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, bis 15. August 1990, Tabelle 20/21, danach Tabelle D1.

² Ab 1. Januar 1990 einheitlicher Satz.

6. Geld und währungspolitische Chronik 1990

- Februar Polen zahlt einen Ende Dezember 1989 erhaltenen Überbrückungskredit zurück. Damit erlischt die Substitutionszusage der Nationalbank (vgl. S. 51).
- Mitte Februar Mexiko zahlt einen Mitte September 1989 erhaltenen Überbrückungskredit zurück. Damit erlischt die Substitutionszusage der Nationalbank (vgl. S. 51).
1. März Die Nationalbank ermöglicht auch Finanzinstituten, die die Anforderungen des Kapitalexpert-Merkblattes an Mitglieder von Syndikaten nicht erfüllen, sich an Emissionsgeschäften in Schweizer Franken zu beteiligen, sofern diese dem Vollzug eines internationalen Umschuldungsabkommens dienen und die Titel nicht öffentlich emittiert werden. Gleichzeitig beschliesst sie nach Rücksprache mit den betroffenen Notenbanken, künftig Emissionen in ECU oder mit Bindung zum ECU zuzulassen.
- Anfang Juni Der Bundesrat reicht ein Gesuch um Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF und bei der Weltbankgruppe ein (vgl. S. 23).
- Mitte Juni Die Nationalbank leistet eine Substitutionszusage über 5 Mio Dollar für jenen Teil eines Überbrückungskredites von 280 Mio Dollar an Ungarn, der über die BIZ koordiniert wird (vgl. S. 51).
- September Ungarn zahlt einen Mitte Juni 1990 erhaltenen Überbrückungskredit zurück. Damit erlischt die Substitutionszusage der Nationalbank (vgl. S. 51).
- Oktober Jugoslawien zahlt den letzten Teilbetrag eines mittelfristigen Kredits, den die Nationalbank im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Juni 1983 gewährte, zurück. Das Engagement der Nationalbank über 80 Mio Dollar (mit Bundesgarantie) ist damit beendet (vgl. S. 51).
14. Dezember Das Direktorium hält im Einvernehmen mit dem Bundesrat 1991 an seiner restriktiven Geldpolitik fest. Es erachtet eine mittelfristige Ausweitung der Geldversorgung um rund ein Prozent im Jahr für geeignet, das Preisniveau in der Schweiz zu stabilisieren. Das Direktorium betrachtet die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge weiterhin als geldpolitischen Hauptindikator, verzichtet jedoch darauf, für 1991 ein Jahresziel für das Wachstum dieses Aggregats festzulegen (vgl. S. 10).
- Dezember Der noch ausstehende Restbetrag von 31,6 Mio SZR eines von der Schweiz im Rahmen der sogenannten «Witteveen»-Fazilität im Jahre 1979 zur Verfügung gestellten Kredites in Höhe von 650 Mio SZR wird vom IWF zurückbezahlt. Damit endet die Beteiligung der Schweiz an dieser befristeten Sonderfazilität (vgl. S. 51).

7. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. Januar 1991)

Bankrat (Amtsperiode 1987—1991)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Peter Gerber, dipl. Ing. agr. ETH, Aarberg, Präsident

Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St. Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG, Vizepräsident

Henri André, Präsident des Verwaltungsrats der André & Cie AG, Paudex

* Regierungsrat Dr. Ueli Augsburger, Finanzdirektor des Kantons Bern, Bern

Thierry Barbey, im Hause Lombard, Odier & Cie, Corsier

Jörg Baumann, Direktor der Baumann Weberei und Färberei AG, Präsident der Schweizerischen Textilkammer, Langenthal

Franz Beeler, Schwyz

Regierungsrat Eduard Belser-Bardill, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen

Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Winterthur

* Félix Carruzzo, Präsident des Verwaltungsrats der Walliser Kantonalbank, Sitten

* Nationalrat Gianfranco Cotti, Rechtsanwalt und Notar, Locarno

* Dr. Walter Diehl, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft, Zürich

Melchior Ehrler, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Riniken

Fred-Henri Firmenich, Präsident des Verwaltungsrats der Firmenich SA, Genthod

* Nationalrat Hans-Rudolf Früh, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Bühler

* Dr. Franz Galliker, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Oberwil/BL

Claudio Generali, lic. oec., Präsident des Verwaltungsrats der Banca del Gottardo, Gentilino

Erwin Grimm, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, Wallisellen

* Dr. Gustav E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holding AG, Präsident der Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels, Riehen

Rainer E. Gut, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Kreditanstalt, Bassersdorf

* Hans Huber, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der SFS Stadler Heerbrugg AG, Heerbrugg

* Rosmarie Huggenberger, Vorsitzende der Geschäftsleitung des SV-Service Schweizer Verband Volksdienst, Zürich

* Nationalrat François Jeanneret, Rechtsanwalt, St-Blaise

Pierre-Noël Julen, Direktor des Verbands der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Siders

Dr. Alex Krauer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Riehen

Minister François Lachat, Vorsteher des Departements für Kooperation, Finanzen und Polizei des Kantons Jura, Pruntrut

- * Regierungsrat Dr.Kurt Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau
Margrit Meier, Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Gümliigen
Dr. Reto Mengiardi, Chur
Dr.h.c. Carlo de Mercurio, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Lutry
- * François Milliet, Präsident des Verwaltungsrats der Galenica Holding AG, Lausanne
- * Staatsrat Félicien Morel, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Belfaux
Robert Moser, Zentral-Vizepräsident des Schweizerischen Kaufmännischen Verbands, La Chaux-de-Fonds
Nationalrat Rudolf Reichling, dipl.Ing.agr.ETH, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa
Nationalrat Fritz Reimann, Thun
- * Dr. Guido Richterich, Mitglied der Konzernleitung der F.Hoffmann-La Roche AG, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Bottmingen
Regierungsrat Dr.Alfred Rötheli, Vorsteher des Finanz- und des Justizdepartements des Kantons Solothurn, Solothurn
- * Anton Salzmann, Zentralpräsident des Christlichen Holz- und Bauarbeiterverbands der Schweiz, Feldmeilen
Prof.Dr.Kurt Schiltknecht, BZ Trust Aktiengesellschaft, Zumikon
Nationalrätin Dr.Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich

Bankausschuss (Amtsperiode 1987—1991)

Peter Gerber, dipl.Ing.agr.ETH, Aarberg, Präsident von Amtes wegen
 Ständerat Dr.Jakob Schönenberger, Präsident der Bankkommission der St.Gallischen Kantonalbank, Kirchberg/SG, Vizepräsident von Amtes wegen
 Regierungsrat Eduard Belser-Bardill, Direktor des Bau- und Umweltschutzdepartements des Kantons Basel-Landschaft, Lausen
 Pierre Borgeaud, Präsident des Verwaltungsrats der Gebrüder Sulzer AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Winterthur
 Félix Carruzzo, Präsident des Verwaltungsrats der Walliser Kantonalbank, Sitten
 Regierungsrat Dr.Kurt Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau
 Dr. Reto Mengiardi, Chur
 Dr.h.c. Carlo de Mercurio, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Lutry
 Nationalrat Fritz Reimann, Thun
 Nationalrätin Dr.Lilian Uchtenhagen, Präsidentin des Verwaltungsrats der Coop Zürich LVZ, Zürich

Lokalkomitees (Amtsperiode 1987—1991)

Aarau

John Strasser, Vizepräsident der Franke AG und Mitglied des Verwaltungsrats-Ausschusses der Franke Holding AG, Aarburg, Vorsitzender

Heinrich Häseli, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktor der Jakob Müller AG, Maschinenfabrik, Gipf-Oberfrick, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Erich Haag, Mitglied der Gruppenleitung der Motor-Columbus AG, Wettingen

Basel

Werner Jauslin, dipl. Ing. ETH, Präsident des Verwaltungsrats der Jauslin & Stebler Ingenieure AG, Muttenz, Vorsitzender

Alexander Peter Füglistaller, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Warteck Invest AG, Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

Peter Wagner, Generaldirektor der Danzas AG, Basel

Bern

Max Tschannen, dipl. Ing. agr. ETH, Direktionspräsident des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG Bern), Präsident der Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände der Schweiz, Wohlen bei Bern, Vorsitzender

Hans Ineichen, Mitglied des Verwaltungsrats der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre-Alain Thiébaud, Rechtsanwalt, Freiburg

Genf

Bernard d’Espine, Generaldirektor der Ateliers Casaï SA, Genf, Vorsitzender

Michel Brunschwig, «Bon Génie», Brunschwig & Cie, Vessy, Stellvertreter des Vorsitzenden

Gérard Fatio, Generaldirektor der SIP société genevoise d’instruments de physique, Genf

Lausanne

Christian Seiler, Delegierter des Verwaltungsrats der Hôtels Seiler Zermatt SA, Sitten, Vorsitzender

Hubert Barde, Generaldirektor der Orlait, Fédération laitière vaudoise-fribourgeoise, Le Mont-sur-Lausanne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Pierre Baroffio, Delegierter des Verwaltungsrats der Bobst AG, Renens

Lugano

Ulrich K. Hochstrasser, Direktor der Migros Genossenschaft Tessin, Breganzona, Vorsitzender

Franco Donati, dipl. Ing. ETH, Delegierter des Verwaltungsrats der Invertomatic SA, Tegna, Stellvertreter des Vorsitzenden

Paolo Foglia, Präsident des Verwaltungsrats der Ezio Foglia SA, Bioggio

Luzern

Dr. Jörg Bucher, Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, Luzern, Vorsitzender
Jürg R. Reinshagen, Direktor des Palace Hotels, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden
Dr. Kurt Babst, Vizepräsident des Verwaltungsrats und Direktor der Möbelfabrik Wellis AG, Willisau

Neuenburg

Laurent Favarger, Direktor der SA du Four électrique Delémont, Develier, Vorsitzender
Georges-Adrien Matthey, Delegierter des Verwaltungsrats der Câbles Cortaillod SA, Cormondrèche, Stellvertreter des Vorsitzenden
Dr.ing. Michel Soldini, Delegierter des Verwaltungsrats und Generaldirektor der Bergeon & Cie SA, Le Locle

St. Gallen

Jürg Nef, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Nef & Co. AG, St. Gallen, Vorsitzender
Urs Bühler, Vorsitzender der Konzernleitung der Bühler AG, Uzwil, Stellvertreter des Vorsitzenden
Dr. Roland Bertsch, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Hydrel AG, Romanshorn

Zürich

Rudolf Hauser, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Bucher-Guyer AG, Maschinenfabrik, Zürich, Vorsitzender
Dr. Adolf Gugler, Direktionspräsident der Elektrowatt AG, Zollikon, Stellvertreter des Vorsitzenden
Fritz Jenny, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Fritz & Caspar Jenny AG, Ziegelbrücke

Revisionskommission (Amtsperiode 1990/1991)

Mitglieder

Peter Blaser, Direktor der Amtersparniskasse Thun, Hünibach, Präsident
Gilbert Jobin, Generaldirektor der Banque cantonale du Jura, Delémont, Vizepräsident
Hans Casanova, Direktor der Graubündner Kantonalbank, Rhäzüns

Ersatzmitglieder

Hans Michel, Generaldirektor der Thurgauer Kantonalbank, Romanshorn
Francis Sauvain, Generaldirektor des Crédit Foncier Vaudois, Morges
Fritz Sperb, Direktor der Sparkasse Wädenswil-Richterswil-Knonaueramt, Wädenswil

Direktorium

Dr. Markus Lusser, Präsident, Zürich
Dr. Hans Meyer, Vizepräsident, Bern
Jean Zwahlen, Mitglied, Zürich

Generalsekretariat

Dr. Andreas Frings, Generalsekretär und Direktor, Zürich
Dr. Hans-Christoph Kesselring, Stellvertreter des Generalsekretärs und Vizedirektor, Bern
Michel Gremaud, Abteilungsvorsteher, Zürich

Departemente

I. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Dr. Markus Lusser, Präsident des Direktoriums
Pressesprecher	Werner Abegg, Vizedirektor
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Peter Klauser, Direktor Dr. Georg Rich, Direktor
Bereich Volkswirtschaft	Dr. Georg Rich, Direktor
Ressort Volksw. Studien	Dr. Jean-Pierre Béguelin, Direktor
Forschung	Dr. Erich Spörndli, Vizedirektor Prof. Dr. Hans-Jürg Büttler, wissenschaftlicher Berater Franz Ettlín, wissenschaftlicher Berater Dr. Michel Peytrignet, wissenschaftlicher Berater
Konjunktur	Eveline Ruoss, Abteilungsvorsteherin
Währungsbeziehungen	Dr. Monique Dubois, Vizedirektorin Dr. Robert Cippà, Vizedirektor (beurlaubt)
Ressort Bankwirtschaft	Dr. Urs W. Birchler, stellvertretender Direktor
Europ. Integration	Dr. Urs W. Birchler, stellvertretender Direktor
Studien	Dr. Werner Hermann, Abteilungsvorsteher
Kapitalexport	Mauro Picchi, Abteilungsvorsteher
Ressort Statistik	Christoph Menzel, Direktor
Publikationen	Robert Fluri, Abteilungsvorsteher Willi Heyden, Abteilungsvorsteher
Zahlungsbilanz	Thomas Schlup, Abteilungsvorsteher
Datenbank	Rolf Gross, Abteilungsvorsteher
Bereich Recht und Dienste	Dr. Peter Klauser, Direktor
Rechtsabteilung	Dr. Peter Merz, stellvertretender Direktor Dr. Martin Hess, Vizedirektor
Personalabteilung	Gerhard Nideröst, Direktor Beat Blaesi, Abteilungsvorsteher Elsa Schürch, Abteilungsvorsteherin
Vorsorgeeinrichtungen	Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor
Liegenschaften, technische Dienste	Theo Birchler, Vizedirektor
Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor Othmar Flück, Abteilungsvorsteher

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Dr. Hans Meyer, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Hans Theiler, Direktor
Berater	Dr. Max Baltensperger, Direktor
Bereich Bankgeschäft	Dr. Theodor Scherer, Direktor
Hauptbuchhaltung	Hans-Peter Dosch, stellvertretender Direktor
Kasse Bern	Paul Bürgi, Vizedirektor
Korrespondenz, Portefeuille, Spedition	Daniel Ambühl, Vizedirektor Erich Berthoud, Abteilungsvorsteher
Wertschriften	Max Isenschmid, stellvertretender Direktor Niklaus Wyss, Abteilungsvorsteher
Bereich Bargeld, Sicherheit, Dienste	Dr. Johann Ammann, Direktor
Hauptkasse	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank Peter Trachsel, Stellvertreter des Hauptkassiers Urs Suter, Abteilungsvorsteher
Sicherheit	Alex Huber, Vizedirektor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Jean Zwahlen, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor Dr. Christian Vital, Direktor
Bereich monetäre Operationen	Dr. Jean-Pierre Roth, Direktor
Ressort Devisenhandel	Karl Hug, stellvertretender Direktor Erich Maurer, Abteilungsvorsteher
Ressort Devisenanlagen	Dr. Markus Zimmerli, stellvertretender Direktor Dr. Urs Oberhänsli, Abteilungsvorsteher
Portefeuille	Beat Spahni, Vizedirektor
Bereich Abwicklung und Informatik	Dr. Christian Vital, Direktor
Ressort Abwicklung	Daniel Wettstein, stellvertretender Direktor
Zahlungsverkehr	Eugen Guyer, stellvertretender Direktor Walter Gautschi, Abteilungsvorsteher
Kasse	Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor
Korrespondenz	Markus Steiner, Vizedirektor
Buchhaltung	Werner Bolliger, Vizedirektor Ulrich Kläntschli, Abteilungsvorsteher

Ressort Informatik	Dr. Rudolf Hug, stellvertretender Direktor Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Bankbetriebliche Applikationen	Roger Arthur, Vizedirektor
Statistische Applikationen	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor
Büroautomation/ -kommunikation	Peter Bornhauser, Abteilungsvorsteher
System-Technik	Jules Troxler, Vizedirektor Werner Knecht, wissenschaftlicher Berater
Rechenzentrum Zürich	Peter Künzli, Abteilungsvorsteher
Rechenzentrum Bern	Bruno Beyeler, Abteilungsvorsteher

Zweiganstalten

<i>Aarau</i>	Heinrich Herzog, Direktor Fritz Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	Dr. Anton Föllmi, Direktor Eugen Studhalter, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	Yves Lieber, Direktor Jean-Daniel Zutter, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	François Ganière, Direktor Nivardo Zanini, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	Cesare Gaggini, Direktor Franco Poretti, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Max Galliker, Direktor Josef Huber, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	Jean-Pierre Borel, Direktor Jacques Jolidon, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	Prof. Dr. René Kästli, Direktor Anton Keller, Stellvertreter des Direktors

Fremde Agenturen

Die Schweizerische Nationalbank unterhält in folgenden Städten Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden:

Altdorf, Appenzell, Bellinzona, Biel, Chur, Delémont, Freiburg, Glarus, Herisau, Liestal, Sarnen, Schaffhausen, Schwyz, Sitten, Solothurn, Stans, Thun, Weinfelden, Winterthur und Zug.

Dieser Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank erscheint in deutscher und französischer Sprache sowie als Kurzfassung in italienischer und englischer Sprache. Alle vier Ausgaben sind erhältlich beim Generalsekretariat der Schweizerischen Nationalbank, 3003 Bern, Telefon 031 21 02 11.

Satz und Druck: Benteli Druck AG, Bern

